

FoDEx-Studie
Politische Kultur

Niedersächsischer Demokratie-Monitor

NDM 2019

Stine Marg, Florian Finkbeiner,
Steffen Kühnel, Efpraxia Dermitzaki

Nr. 2
(2019)

 GEORG-AUGUST-UNIVERSITÄT
GÖTTINGEN


Göttinger Institut für
Demokratieforschung


MZS
Methoden-Zentrum Sozialwissenschaften

Inhalt

Kurzzusammenfassung	1
Vorbemerkung	5
Stammdaten auf einen Blick	7
Ergebnisse	9
Leben in Niedersachsen	9
Soziale Lage	9
Politisches Interesse und Partizipation	15
Bewertung der Politik	21
Politische Einstellungen	27
Verschwörungsneigung	31
Vertrauen	38
Demokratie	41
Quellen und Literatur	51
Anhang: Fragebogen	53
Verweise	67
Autorinnen und Autoren	71

Kurzzusammenfassung

Zwischen dem 9. November und dem 4. Dezember 2018 wurden 1.001 Bürger¹ Niedersachsens ab 16 Jahren (repräsentative Stichprobe mit computerunterstützten, standardisierten, deutschsprachigen Telefoninterviews im Dual-Frame-Ansatz, d.h., 70 Prozent der Stichprobe waren Festnetznummern in Niedersachsen und 30 Prozent der Stichprobe Mobilfunknummern) im Zuge des *Niedersächsischen Demokratie-Monitors* zu den Themen Politik und Demokratie befragt.²

Die Bürger Niedersachsens sind nach den vorliegenden Daten kein Motor des bundesweiten „Rechts-Ruckes“, der durch den Einzug der AfD in den Bundestag im Jahr 2017 augenfällig wurde. So gaben im Dezember 2018 lediglich knapp 6 Prozent an, bei einer Landtagswahl am nächsten Sonntag ihre Stimme der AfD geben zu wollen.³ Die CDU käme bei diesem Stimmungsbild auf 29 Prozent (33,6 Prozent bei der letzten Landtagswahl 2017), die SPD auf 27 Prozent (2017:

36,9 Prozent), DIE LINKE würde mit 5 Prozent in den Landtag einziehen (2017: 4,6 Prozent) und auch die FDP würde mit 5 Prozent (2017: 7,5 Prozent) – ganz knapp – weiterhin im Landtag sitzen; sehr deutlich zulegen würden mit 23 Prozent die Grünen (2017: 8,7 Prozent). Das heißt jedoch im Umkehrschluss nicht, dass nicht auch politische Unzufriedenheit, Frustration und Misstrauen in der niedersächsischen Bürgerschaft vorhanden wären. Denn auch diese zeigen sich im *Niedersächsischen Demokratie-Monitor*.

Die Bürger Niedersachsens sind tendenziell politisch interessiert und haben bereits zahlreiche Möglichkeiten genutzt, um politisch Einfluss zu nehmen – z.B. Beteiligung an Unterschriftensammlungen (77 Prozent), Teilnahme an Demonstrationen (41 Prozent), Blockade politischer Gegner (7 Prozent). Obwohl die Menschen in Niedersachsen der aktuellen Landesregierung ihr Vertrauen schenken (lediglich knapp 9 Prozent misstrauen ihr eher oder stark), gibt es doch nicht wenige, die enttäuscht davon sind, wie Politik und Demokratie derzeit funktionieren – zumindest in ihrer Wahrnehmung. Nicht nur gibt es aus der Perspektive der Bürger in Niedersachsen wichtige Probleme in Deutschland – soziale Gerechtigkeit (22 Prozent), Migration (18 Prozent) und Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt (8 Prozent) werden hier auf den ersten drei Plätzen genannt –; auch und vor allem traut ein nicht unerheblicher Teil in Niedersachsen der Politik nicht zu, diese Probleme überhaupt wahrzunehmen (44 Prozent), geschweige denn sie zu lösen (23 Prozent zweifeln daran).

In der Zuschreibung der Problemlösungskompetenz sind die Anhänger der AfD mit 30 Prozent, die hier der Politik keine Kompetenz zusprechen, am pessimistischsten, im Gegensatz zu

- 1 Aus sprachlichen Gründen verwenden wir im Folgenden durchgängig die männliche Form.
- 2 Der *Niedersächsische Demokratie-Monitor* ist ein Teilprojekt von FoDEx (Bearbeiter: Florian Finkbeiner u. Dr. Stine Marg) und wurde zusammen mit Prof. Dr. Steffen Kühnel (Methodenzentrum Sozialwissenschaften in Zusammenarbeit mit Efraxia Dermitzaki), dem Institut für Demokratieforschung an der Universität Göttingen und der Beauftragung von fors.a. Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH durchgeführt.
- 3 Die Zahlen beziehen sich jeweils auf gewichtete, gültige Antworten. Die Gewichte sind so gebildet, dass sie die gemeinsamen Auftretenshäufigkeiten von Alter, Geschlecht und Bildung reproduzieren.

jenen der Grünen mit bloß 13 Prozent. Soziale Gerechtigkeit (24 Prozent) und Migration (19 Prozent) sind für CDU-Anhänger die drängendsten Probleme; mit großem Abstand von 10 Prozentpunkten gefolgt von der Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt (8 Prozent). Demgegenüber scheint der von SPD-Wählern wahrgenommene Problemdruck deutlich größer zu sein: Sie benennen mehr und häufiger Probleme; am wichtigsten sind ihnen die Fragen der Migration (17 Prozent) und der sozialen Gerechtigkeit (13 Prozent). Für die Wähler der Grünen hingegen ist soziale Gerechtigkeit mit 27 Prozent das wichtigste Problem, während Umweltschutz und Klimawandel mit über 13 Prozentpunkten weniger, also 14 Prozent, erst als zweitwichtigste Themen benannt werden. Die Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt (12 Prozent) und Bildung (11 Prozent) liegen dann bei den Grünen-Wählern an dritter und vierter Stelle in etwa gleich auf. Wenig überraschend ist die Problemwahrnehmung der AfD-Anhänger, die im Thema Migration mit 58 Prozent das wichtigste Problem in Deutschland erblicken, um das sich die Politik kümmern sollte. Erst mit 35 Prozentpunkten Abstand folgen die politische Situation, d.h. Parteienkritik und Misstrauen gegen politische Eliten, und als zweitwichtigstes Problem – und wieder mit einem großen Abstand von mehr als 11 Prozentpunkten – das Thema soziale Gerechtigkeit (11 Prozent). Alle anderen Problemfelder scheinen für die Wähler der AfD hingegen eine völlig untergeordnete Rolle zu spielen. Infrastruktur (2 Prozent), innere Sicherheit (1 Prozent) – zu unserer Überraschung – oder auch die Stabilität der Wirtschaft (weniger als 1 Prozent) werden von allen Wählergruppen insgesamt nicht als Problemfelder wahrgenommen.

En gros sind die Bürger Niedersachsens davon überzeugt, dass es in Deutschland insgesamt nicht besonders gerecht zugehe. Dieses Ungerechtigkeitsempfinden ist sogar höher als in anderen Bundesländern (beispielsweise Sachsen). Diese Ungerechtigkeitsvorstellungen spiegeln sich z.T. auch in Verschwörungskonstrukten wider. Fast jeder Vierte in Niedersachsen befürchtet, dass die staatlichen Behörden alle Bürger ganz genau überwachen. Kaum weniger (24 Prozent) gehen davon aus, dass hinter Ereignissen, die auf den ersten Blick nicht miteinander in Verbindung stehen, oftmals geheime Aktivitäten ständen. Diese

Anzeichen von Verschwörungsdanken verstärken sich noch dadurch, dass sogar 43 Prozent meinen, es gebe geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen ausübten.

Das größte Misstrauen bringt man in Niedersachsen den sozialen Medien entgegen (46 Prozent misstrauen hier stark und weitere 32 Prozent eher). Demgegenüber schneiden Politiker verhältnismäßig gut ab: Ihnen misstrauen lediglich knapp 10 Prozent der niedersächsischen Bevölkerung stark. Am stärksten vertrauen die Bürger dem Bundesverfassungsgericht; in Niedersachsen vertrauen dieser Institution 39 Prozent sogar stark. Schaut man jedoch darauf, wem sie stark oder eher vertrauen – also welchen Institutionen und Einrichtungen sie insgesamt Vertrauen schenken –, landet die Polizei mit 85 Prozent noch vor dem Bundesverfassungsgericht (76 Prozent) auf dem ersten Platz, gefolgt von der Landesregierung mit 62 Prozent. Während demzufolge bloß ein knappes Drittel in Niedersachsen der Politik der Parteien auf Bundesebene vertraut (30 Prozent), schenken sie der Landesregierung ein doppelt so hohes Vertrauen (62 Prozent). Auch gibt es deutlich mehr Zufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland (10 Prozent sind mit ihr sehr und 35 Prozent eher zufrieden) als Unzufriedenheit (insgesamt 14 Prozent sind sehr oder eher unzufrieden).

Aber unsere Befragung zeigt auch, dass es durchaus unterschiedliche Vorstellungen darüber gibt, was *die Demokratie* für die Bürger eigentlich bedeutet. Die Bürger Niedersachsens verbinden ganz unterschiedliche Vorstellungen und Leitbilder mit Demokratie und legen insbesondere heterogene und z.T. widersprüchliche Ansprüche an dieses System an. So sind nur rund die Hälfte in Niedersachsen der Meinung, dass Minderheitenrechte und ein staatliches Gewaltmonopol unbedingt zur Demokratie dazugehörten, während 19 Prozent davon überzeugt sind, dass Solidarität und Demokratie eher nicht oder sogar überhaupt nicht zusammengehörten; und 20 Prozent meinen, dass die Austragung von Konflikten nicht zur Demokratie dazugehöre. Gerade diese Ansprüche, Erwartungshaltungen und Forderungen gilt es im Blick zu behalten; denn insbesondere auf diese Bedürfnisse müssen Parteien und Politiker eingehen und sie in ihre politischen Angebote integrieren. Kommen die politischen Akteure die-

ser Aufgabe nicht oder in der Wahrnehmung der Bürger nur unzureichend nach, dann werden sich Verbitterung, Misstrauen und Verdrossenheit in Zukunft weiter ausbreiten.

Immerhin sind mehr als ein Drittel der Befragten davon überzeugt, dass die Dauer und die Bürokratisierung der Entscheidungsprozesse den entscheidendsten Nachteil der Demokratie darstellten, während immerhin 4 Prozent die offene Frage zu den Nachteilen der Demokratie mit grundsätzlich demokratischen Prinzipien wie dem Wahlrecht beantworten und sich damit gegen elementare Prinzipien der demokratischen Staatsform aussprechen. Teilt man die Zufriedenheit mit der Demokratie nach Parteien auf, sind mit dem Zustand der Demokratie die Wähler der CDU am zufriedensten: 19 Prozent der niedersächsischen CDU-Wähler geben zu Protokoll, dass sie sehr zufrieden seien. Dies trifft auch auf jeweils 13 Prozent der Grünen- und 13 der SPD-Wähler zu, jedoch nur auf 2 Prozent der AfD-Anhänger. Die AfD-Wahl erscheint demzufolge auch in Niedersachsen als Möglichkeit, seinem Unmut über den Zustand der Demokratie und des politischen Systems Ausdruck zu verleihen.

Obwohl nicht einmal 1 Prozent davon überzeugt sind, dass Gewaltanwendung zur Durchsetzung der eigenen politischen Ziele grundsätzlich legitim sei, stimmen in Niedersachsen immerhin rund 13 Prozent der Aussage zu, dass Gewalt als Reaktion auf Gewalt gerechtfertigt sei. Insgesamt ist die Gewaltneigung in Niedersachsen allerdings deutlich geringer, als aus Befragungen in den ostdeutschen Bundesländern bekannt ist. Dabei steigt die Bereitschaft, Gewalt als Reaktion einzusetzen, mit der Unzufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik. Auf den ersten Blick scheint die Zustimmung in Niedersachsen zu den Aussagen, mit denen die Autoritarismusneigung erfasst werden soll, sehr hoch – denn: Nur rund ein Viertel der Bürger Niedersachsens (26 Prozent) lehnen die Aussage ab: „Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen“; und 23 Prozent, dass Deutschland eine starke Führung brauche, an deren Vorgaben sich alle halten müssten. Dennoch liegen die Zustimmungswerte immer noch deutlich niedriger als beispielsweise in Sachsen.

Auch zeigen sich Ausgrenzungstendenzen in Niedersachsen: Zwar hat Niedersachsen einen Migrationsanteil von rund 21 Prozent; doch scheint mehr als die Hälfte der Bevölkerung (55 Prozent) eher ein homogenes Umfeld zu bevorzugen. Sie berichten, dass Freunde und Bekannte ihnen ähnlich seien (55 Prozent) und in der Mehrheit dieselbe Religion und Nationalität wie sie hätten. Überdies sind lediglich knapp 61 Prozent in Niedersachsen grundsätzlich offen, wenn ihnen Personen begegnen, die hinsichtlich Aussehen oder Verhalten auf sie ungewöhnlich oder fremd wirken.

Der *Niedersächsische Demokratie-Monitor* ist die erste Erhebung ihrer Art in einem westdeutschen Bundesland. Zunächst erscheinen die Befunde weniger alarmierend und beunruhigend als die regelmäßigen Erhebungen in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Aussagen über Veränderungen im Zeitverlauf und den Strukturwandel der politischen Kultur lassen sich jedoch ausschließlich durch regelmäßige Untersuchungen (alle zwei Jahre) treffen, die durch qualitative Tiefenbohrungen vertieft werden müssen.

Insbesondere muss hier nach den Ursachen des Ungerechtigkeitsempfindens in Niedersachsen gefragt und untersucht werden, ob dies mit der Unzufriedenheit mit Politik und Demokratie zusammenhängt. Gleiches gilt für den Zusammenhang zwischen der Problemwahrnehmung und der Abneigung gegen Demokratie. Warum lehnt ein Teil in Niedersachsen die Demokratie ab? Unter welchen konkreten Umständen ist für die insgesamt rund 14 Prozent in Niedersachsen Gewalt als politisches Mittel legitim und aus welchen Gründen sind die Verschwörungskonstrukte so stark in der gesellschaftlichen Mitte verortet?

Vorbemerkung

Die demokratische Staatsform scheint seit einigen Jahren zunehmend unter Druck geraten oder zumindest Legitimierungsbedürftiger als in der alten Bundesrepublik zu sein. Angesichts der Wahlerfolge der Alternative für Deutschland ist man oftmals geneigt, dies als ein ostdeutsches Phänomen abzutun; insbesondere, da regelmäßige Umfragen über den Zustand der Demokratie in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt (bedingt auch in Brandenburg) einen tieferen Einblick in die ostdeutschen Einstellungen zur Demokratie ermöglichen.

Dergleichen regelmäßige Untersuchung ist auch mit dem *Niedersächsischen Demokratie-Monitor* geplant. Wie groß ist das Vertrauen in Niedersachsen in die Demokratie? Wie bewertet die Bevölkerung demokratische Institutionen und Prozesse; wie ist ihre Einstellung zu politischen Parteien, zur Legislative, Exekutive oder Judikative, wie zu den Medien? Schließlich: Was versteht man in Niedersachsen überhaupt unter Demokratie und wo sieht man zentrale Vorteile dieser gesellschaftlichen Organisationsform, aber auch: Wie ist das Verhältnis zu radikalen Kräften, wie zu autoritä-

ren Politik- und Gesellschaftsvorstellungen; wie schließlich steht man in Niedersachsen zu politischer Militanz und Gewalt?

Bislang gibt es kein einziges westdeutsches Bundesland, in welchem diese Fragen vertiefend und vor allem regelmäßig untersucht werden, um Veränderungen im Zeitverlauf und Strukturwandel der politischen Kultur zu identifizieren. Immerhin ist Niedersachsen nach Bayern das größte Flächenland der Republik und nimmt hinsichtlich der Einwohnerzahl mit knapp acht Millionen den vierten Rang ein (nach Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg); d.h., 9,6 Prozent der Deutschen leben in Niedersachsen. Im Unterschied zu anderen Landesmonitoren soll die standardisierte Befragung – deren Ergebnisse im Folgenden präsentiert werden – erweitert und mit einem qualitativ-empirischen Design kombiniert werden; d.h., Gruppendiskussionen und halbstandardisierte Interviews mit narrativen Elementen sollen verschiedene Aspekte vertiefen, um Wahrnehmungsmuster und Beurteilungsmaßstäbe zu erfassen und ggf. Hinweise dafür zu liefern, den Fragebogen für die kommende repräsentative Umfrage partiell anzupassen.

Stammdaten auf einen Blick

Auswahlgesamtheit: Wohnbevölkerung Niedersachsens ab 16 Jahren mit deutscher Staatsangehörigkeit; angestrebt wurde eine für Niedersachsen repräsentative Stichprobe mit 1.000 Fällen (realisiert: 1.001 Fälle) aus der deutschen Wohnbevölkerung über eine Befragung mit computerunterstützten, standardisierten, deutschsprachigen Telefoninterviews in einem Dual-Frame-Ansatz (70 Prozent der Stichprobe Festnetznummern in Niedersachsen, 30 Prozent der Stichprobe Mobilfunknummern). Die Fehlertoleranz beträgt bei 5 Prozent Irrtumswahrscheinlichkeit und der Annahme einer einfachen Zufallsauswahl bei einem einzelnen Merkmal maximal $\pm 3,1$ Prozent. Um eine unterschiedliche Teilnahmebereitschaft und Verweigerungsneigung auszugleichen, wurden auf Basis der gemeinsamen Verteilung von Alter, Geschlecht und Bildung im Mikrozensus 2017 Poststratifizierungsgewichte eingesetzt.

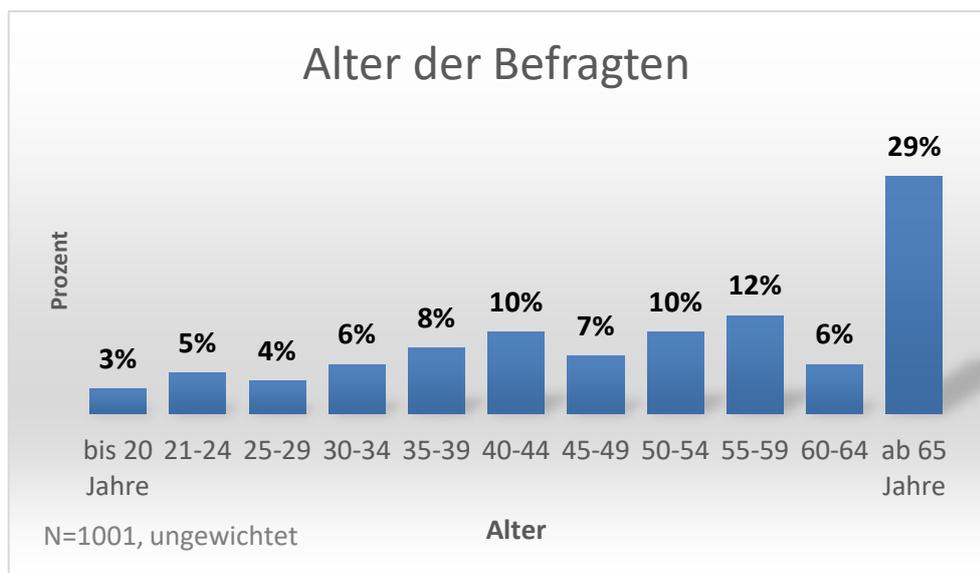
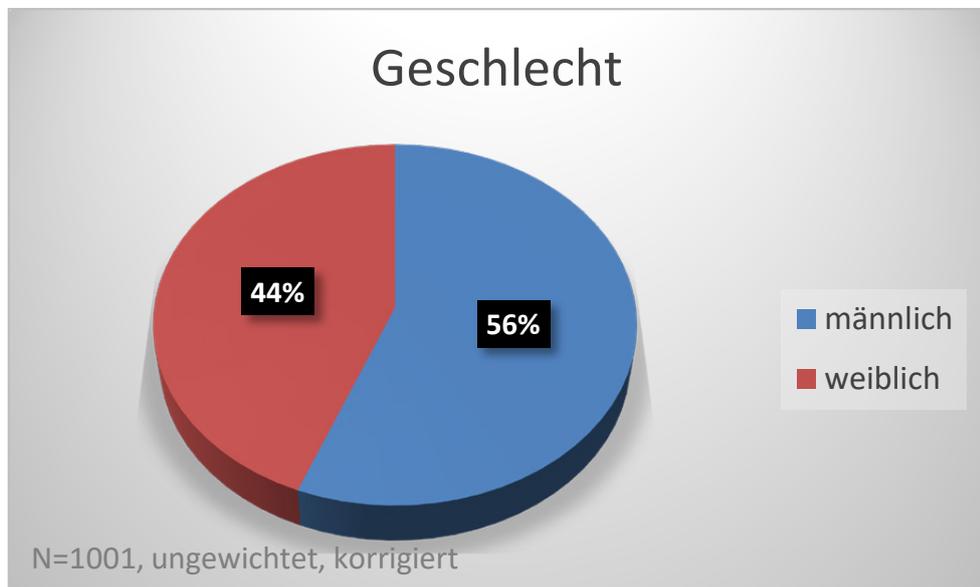
Wie bei Telefonumfragen üblich zeigen sich aufgrund unterschiedlicher Erreichbarkeit und Teilnahmebereitschaft Abweichungen der Stichprobe

gegenüber der amtlichen Statistik (basierend auf Hochrechnungen des Mikrozensus 2017) vor allem bei der Bildungsverteilung und in geringerem Maße auch bei Alter und Geschlecht. Die Poststratifizierungsgewichte sind so gebildet, dass nach der Gewichtung die in der Stichprobe beobachteten relativen Häufigkeiten der Kombinationen von Alter, Geschlecht und Schulbildungsabschluss mit den entsprechenden Anteilen in der Population (hier: niedersächsische deutsche Wohnbevölkerung) übereinstimmen.

Erhebungszeitraum: 9. November bis 4. Dezember 2018 mit einer durchschnittlichen Interviewdauer von 26,1 Minuten.

FoDEx (Dr. Stine Marg/Florian Finkbeiner) unter Beteiligung von Prof. Dr. Steffen Kühnel (Methodenzentrum Sozialwissenschaften in Zusammenarbeit mit Efraxia Dermitzaki), des Instituts für Demokratieforschung an der Universität Göttingen und der Beauftragung von forsa. Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH.

Ergebnisse



Leben in Niedersachsen

Niedersachsen hat aufgrund seiner Geschichte kein eigenständiges einheitliches Landesbewusstsein.¹ Dieses Schicksal teilt das Bundesland beispielsweise auch mit Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen. Niedersachsen existiert in seiner räumlichen Umgrenzung erst seit 1946, weshalb die Niedersachsen keinen über Jahrhunderte gewachsenen Landesstolz wie beispielsweise die Bayern oder die Sachsen aufweisen. Landesstolz und Zugehörigkeitsgefühle zur politischen Einheit sind jedoch Ausdruck von gesellschaftlicher Integration bzw. diffuser politischer Unterstützung. In Niedersachsen wird das fehlende Landesbewusstsein durch einen ausgeprägten Regionalstolz wettgemacht.² Zusammengefasst fühlen sich unserer Umfrage nach weit über 90 Prozent der Befragten in der Region, in der sie leben, sehr wohl (72 Prozent) oder eher wohl (20 Prozent).

Soziale Lage

Die 1.001 befragten Niedersachsen wurden zufällig ausgewählt. Vergleicht man das Geschlecht und das Alter der Befragten mit der niedersächsischen Bevölkerung, sind die Befragten in unserem Sample tendenziell etwas älter; überdies sind auch etwas mehr Männer als Frauen vertreten.

Darüber hinaus sind unsere Befragten sehr gut gebildet – besser als es auf Basis des Mikrozensus 2017 der niedersächsischen Bevölkerung ent-

spricht. Fast die Hälfte (48 Prozent) haben Abitur oder die allgemeine bzw. fachgebundene Hochschulreife. Etwas mehr als ein Drittel haben einen Volks-, bzw. Hauptschulabschluss (10 Prozent) oder einen Realschulabschluss bzw. die mittlere Reife (30 Prozent). Über die Hälfte (58 Prozent) haben eine abgeschlossene Berufsausbildung und über ein Drittel (38 Prozent) haben ein Studium abgeschlossen.

Um die Abweichung der Stichprobe im Vergleich zur niedersächsischen Bevölkerung nach dem Mikrozensus zu kompensieren, berichten wir im Folgenden vorwiegend gewichtete Zahlen – wobei wir für deren Berechnung die gemeinsame Verteilung von Alter, Geschlecht und Bildung anhand des Mikrozensus 2017 berücksichtigen. Größere Änderungen ergeben sich dadurch vor allem bei den Schulabschlüssen: Nach der Gewichtung haben, wie im Mikrozensus 2017, in Niedersachsen 33 statt 10 Prozent einen Hauptschulabschluss, 4 statt 9 Prozent eine Fachhochschulreife und 25 statt 47 Prozent die allgemeine Hochschulreife.

Die Mehrheit der Befragten ist (ungewichtet) voll (45 Prozent) oder in Teilzeit erwerbstätig (12 Prozent) – dies entspricht etwa der durchschnittlichen Erwerbstätigenquote in Niedersachsen von 51 Prozent. Von denjenigen Befragten, die einer Erwerbsarbeit nachgehen, sind die meisten Angestellte (64 Prozent). Der Anteil der Beamten beträgt 15 Prozent, jener der Selbstständigen oder Freiberufler 11 Prozent und jener der Arbeiter 9 Prozent. Von den Befragten, die nicht erwerbstätig sind, fallen zum einen die Schüler sowie Studierenden ins Gewicht (13 Prozent) und zum anderen vor allem die knapp 67 Prozent, die Rentner oder Pensionäre sind.

Die Bevölkerung Niedersachsens ist protestantisch geprägt. Mehr als die Hälfte gehören der evangelischen Kirche an (52 Prozent, gewichtet), der römisch-katholischen Kirche dagegen lediglich 17 Prozent. Zudem gehören 2 Prozent einer protestantischen Freikirche oder einer anderen christlichen Gemeinschaft an sowie knapp 1 Prozent einer nicht-christlichen Religionsgemeinschaft. Schließlich sind mehr als ein Viertel (28 Prozent) konfessionslos. Da zudem von den Konfessionsgebundenen lediglich ein Drittel (34 Prozent) in Niedersachsen regelmäßig die

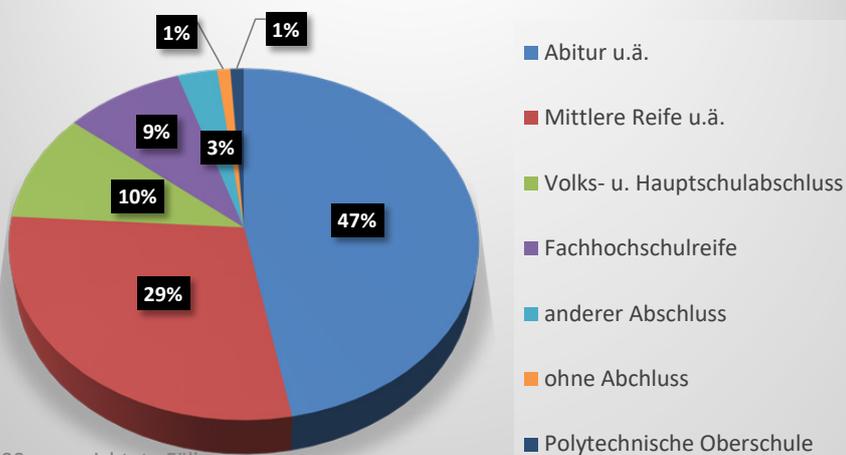
Gottesdienste besuchen, spielt die Religion im Lebensalltag offensichtlich keine sehr ausgeprägte Rolle. Auch stimmt nur ein kleiner Teil in Niedersachsen der Aussage zu, es sei für sie sehr wichtig (5 Prozent) oder eher wichtig (9 Prozent), dass in einer Partnerschaft beide dieselbe Religion haben. Für die überwältigende Mehrheit unserer Befragten ist die Religion in privaten Beziehungen offenbar kaum mehr relevant. Auf der anderen Seite geben jedoch zusammengenommen mehr als ein Drittel in Niedersachsen an, dass die christlich-jüdische Tradition für die Kultur in Deutschland

sehr wichtig (14 Prozent) oder zumindest eher wichtig (24 Prozent) sei. Diese Tradition wird hier offenbar weniger religiös denn säkular-kulturell verstanden.

Unsere Umfrage erfasst die Wohnbevölkerung in Niedersachsen mit deutscher Staatsangehörigkeit. So sind fast alle unserer Befragten in Deutschland geboren (95 Prozent ungewichtet). Gleichwohl geben über ein Viertel an, dass mindestens ein Elternteil (10 Prozent) oder beide (18 Prozent) nicht in Deutschland geboren seien, sie also einen Migrationshintergrund besäßen.

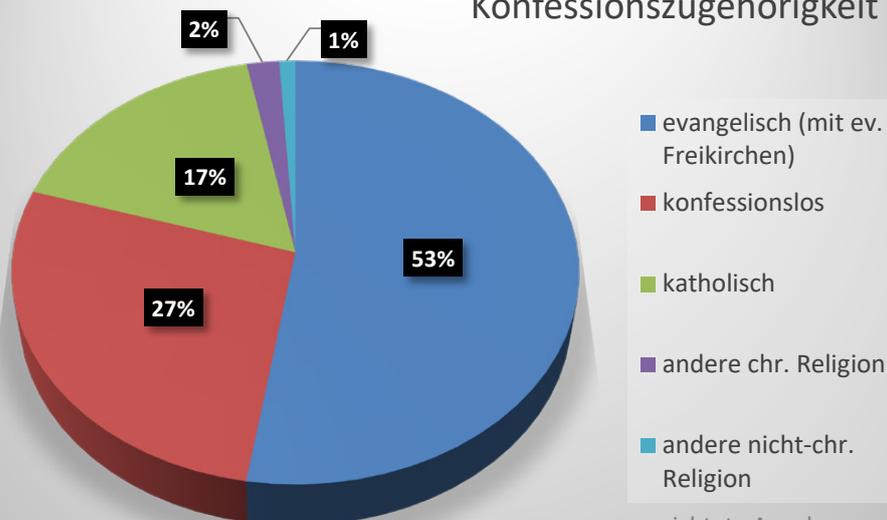
Trotz des relativ hohen Anteils von Personen mit Migrationshintergrund sind lediglich (gewichtet) 61 Prozent in Niedersachsen der Meinung, dass sie grundsätzlich offen (Antwort „eher interessiert“) gegenüber fremden Personen seien, die in ihrem Verhalten und/oder Aussehen ungewöhnlich oder fremd auf sie wirken. Fremden gegenüber eher negativ eingestellt („eher gestört“) fühlen sich in Niedersachsen allerdings nur 12 Prozent.

Höchster erreichter Bildungsabschluss



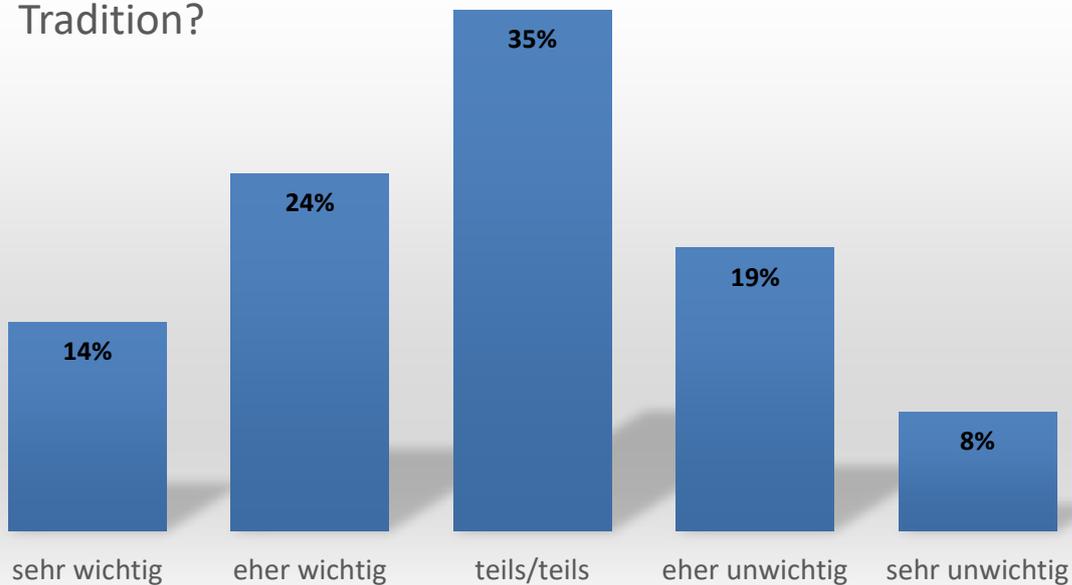
N=1000 ungewichtete Fälle
mit Angaben zum Bildungsabschluss

Konfessionszugehörigkeit



gewichtete Angaben
von 998 Befragten

Wie wichtig ist Ihnen die christlich-jüdische Tradition?



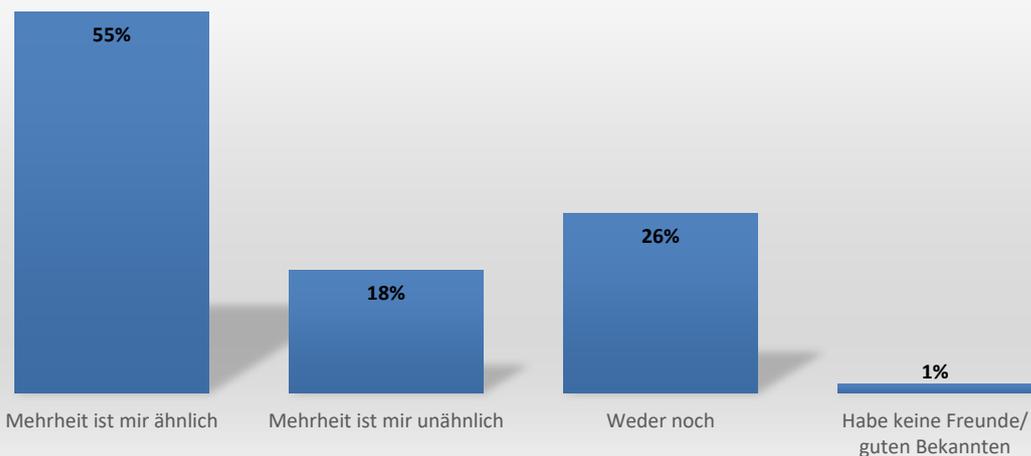
gewichtete Angaben von 976 Befragten

Wenn Sie einer Ihnen unbekanntem Person begegnen, die von ihrem Aussehen oder Verhalten auf Sie sehr ungewöhnlich oder fremd wirkt, was für Gefühle löst das bei Ihnen aus?



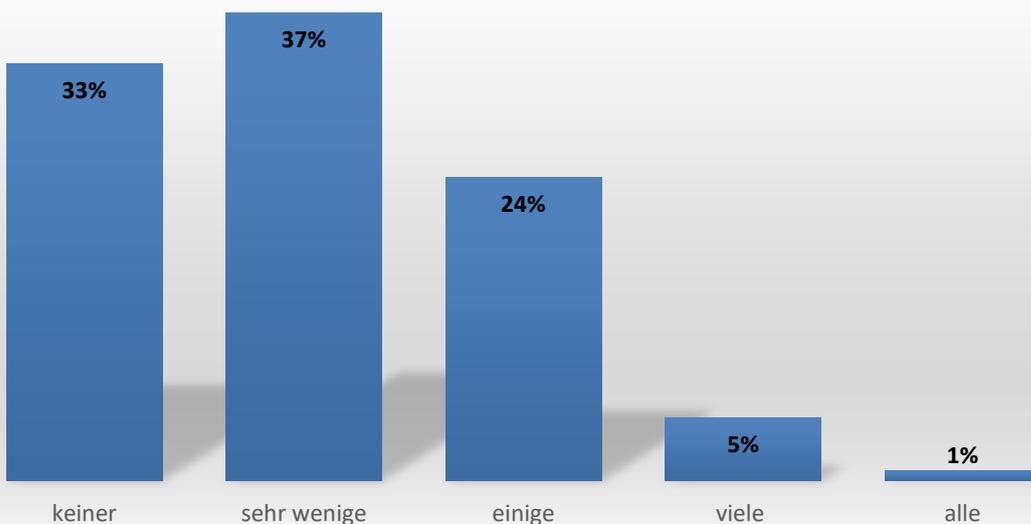
gewichtete Angaben von 986 Befragten

Freunde und gute Bekannte können sehr ähnlich sein, wie man selbst oder auch sehr unterschiedlich. Wie ist es bei Ihnen?
Was würden Sie sagen:

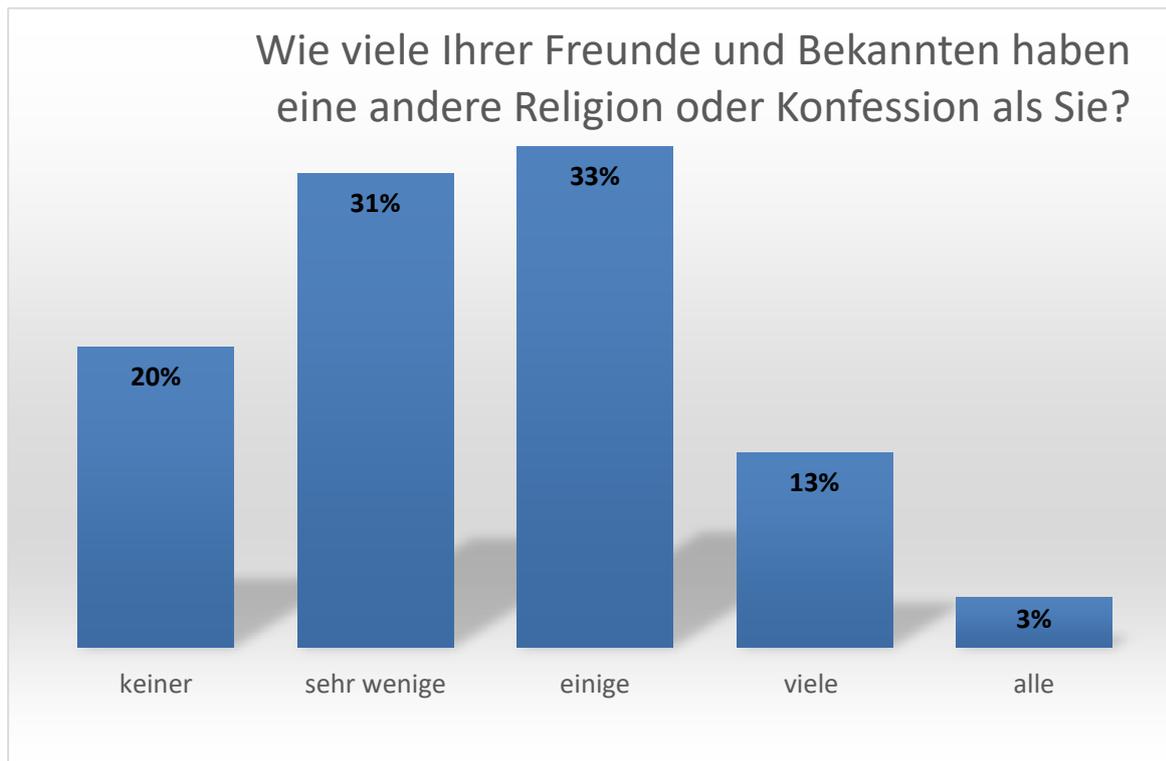


gewichtete Angabe von 1000 Befragten

Wie viele Ihrer Freunde und Bekannten haben eine andere Nationalität als Sie?



gewichtete Angabe von 987 Befragten



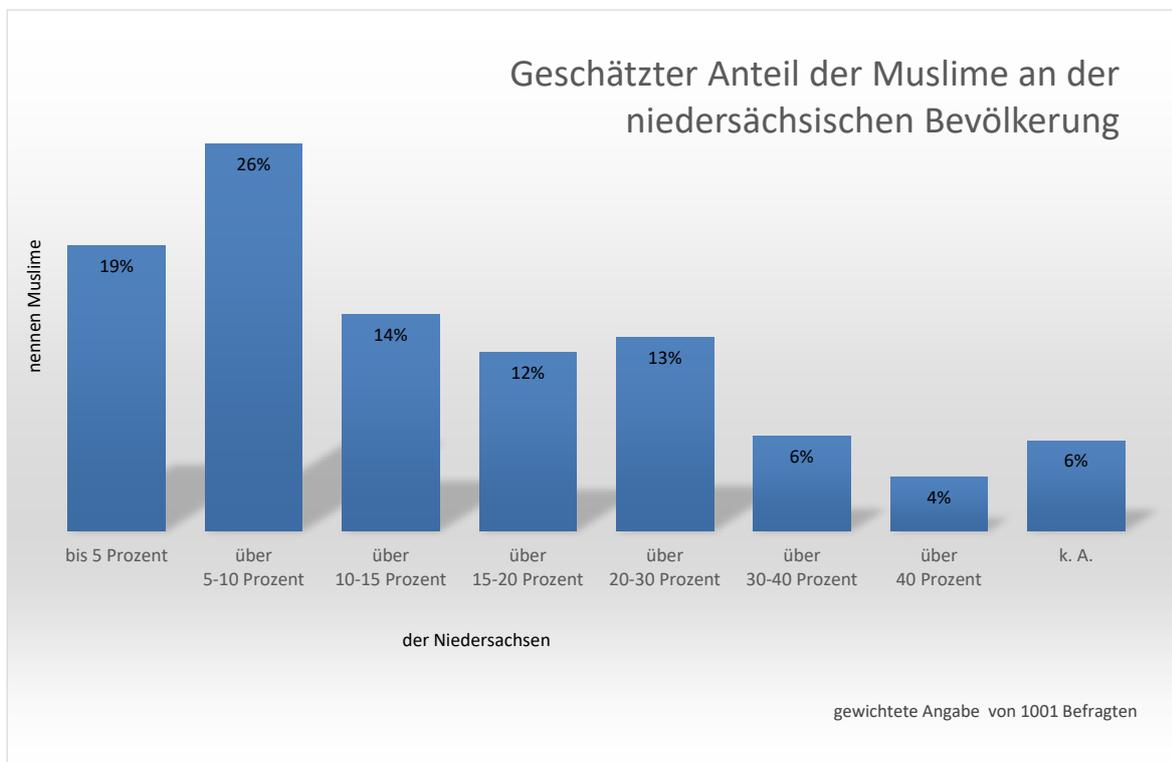
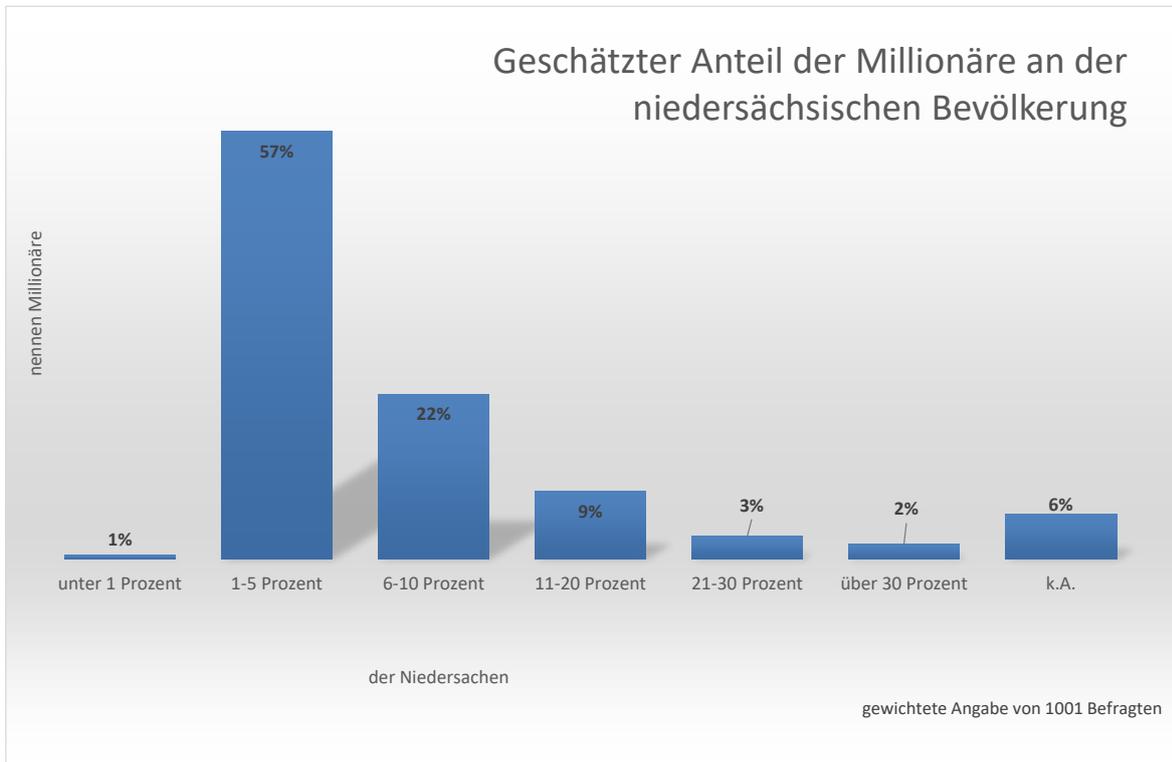
Mehr als die Hälfte (55 Prozent) in Niedersachsen meinen, nur zu Personen Kontakt zu haben, die ihnen selbst ähnlich sind. Immerhin haben 73 Prozent Freunde und Bekannte mit Migrationshintergrund.

Bei der Religion vermuten 20 Prozent in Niedersachsen, dass keiner ihrer Freunde und Bekannten dieselbe Religion oder Konfession hat wie sie selbst. Allerdings beträgt der Anteil derjenigen, die diese Frage nicht beantworten können, fast 11 Prozent.

Während also ein eher kleinerer Teil in Niedersachsen die gesellschaftliche Heterogenität in seinem Umfeld erlebt, erlebt ein größerer Vielfalt hier offenbar kaum. Interessant ist, dass am wenigsten all jene angeben, die Mehrheit sei ihnen ähnlich, wenn genau ein Elternteil nicht in Deutschland geboren ist (45 Prozent), während das Homogenitätsniveau jener ohne Migrationshintergrund (57 Prozent) und solcher, bei denen beide Eltern nicht in Deutschland geboren sind (53 Prozent), ähnlich ist. Wobei all jene, deren Eltern in Deutschland geboren sind, ihrer Wahrnehmung nach am wenigsten Freunde und Bekannte in ihrem Umfeld haben, die von anderer Nationalität oder Religion sind als sie selbst. Fasst man die drei Fragen nach Religion bzw. Konfes-

sion, Nationalität und grundsätzlicher Ähnlichkeit der Freunde und Bekannten in einem Homophilie-Index zusammen (all jene Befragte, die angeben, dass keine der Freunde und Bekannten eine andere Religion und Nationalität haben und ihnen ähnlich sind), trifft dies allerdings noch lediglich auf gut 6 Prozent in Niedersachsen zu. Umgekehrt geben 30 Prozent in Niedersachsen an, dass ihnen weder hinsichtlich Nationalität noch hinsichtlich Religion oder einer generellen Ähnlichkeit die Mehrheit ihrer Freunde und Bekannten ähneln.

Auffällig ist, dass die seitens der Befragten vermutete Zusammensetzung der Bevölkerung in Niedersachsen von der tatsächlichen Zusammensetzung deutlich abweicht. Dies zeigt sich bei den Antworten auf zwei Fragen, bei denen die Befragten die vermutete Prozentzahl der Millionäre sowie der Muslime in Niedersachsen schätzen sollten. Dabei geht es uns nicht um ein richtiges oder falsches Ergebnis, sondern nur um die Erfassung der gefühlten Parameter der niedersächsischen Gesellschaft, also wie hoch unsere Befragten diese jeweiligen Anteile schätzen. Zur Kontrastierung: Der Anteil der Muslime in der niedersächsischen Bevölkerung wird auf ca. 3 Prozent geschätzt und laut Statistischem Bundes-



amt leben rund 1.400 Einkommensmillionäre oder 0,012 Prozent in Niedersachsen.³

Die Schätzungen der Bevölkerung in Niedersachsen weichen mehrheitlich deutlich von diesen Angaben ab: Nur 0,5 Prozent der Niedersachsen vermuten einen Anteil an Millionären von unter 1 Prozent, 57 Prozent schätzen den Anteil auf zwischen einem und 5 Prozent – wobei der obere Wert 400.000 Millionären in Niedersachsen entspräche. 22 Prozent vermuten, dass 5–10 Prozent der Bevölkerung in Niedersachsen Millionäre seien, 9 Prozent vermuten den Anteil zwischen 11 und 20 Prozent, 3 Prozent zwischen 21 und 30 Prozent; und 2 Prozent meinen sogar, dass es über 30 Prozent Millionäre in Niedersachsen gebe.

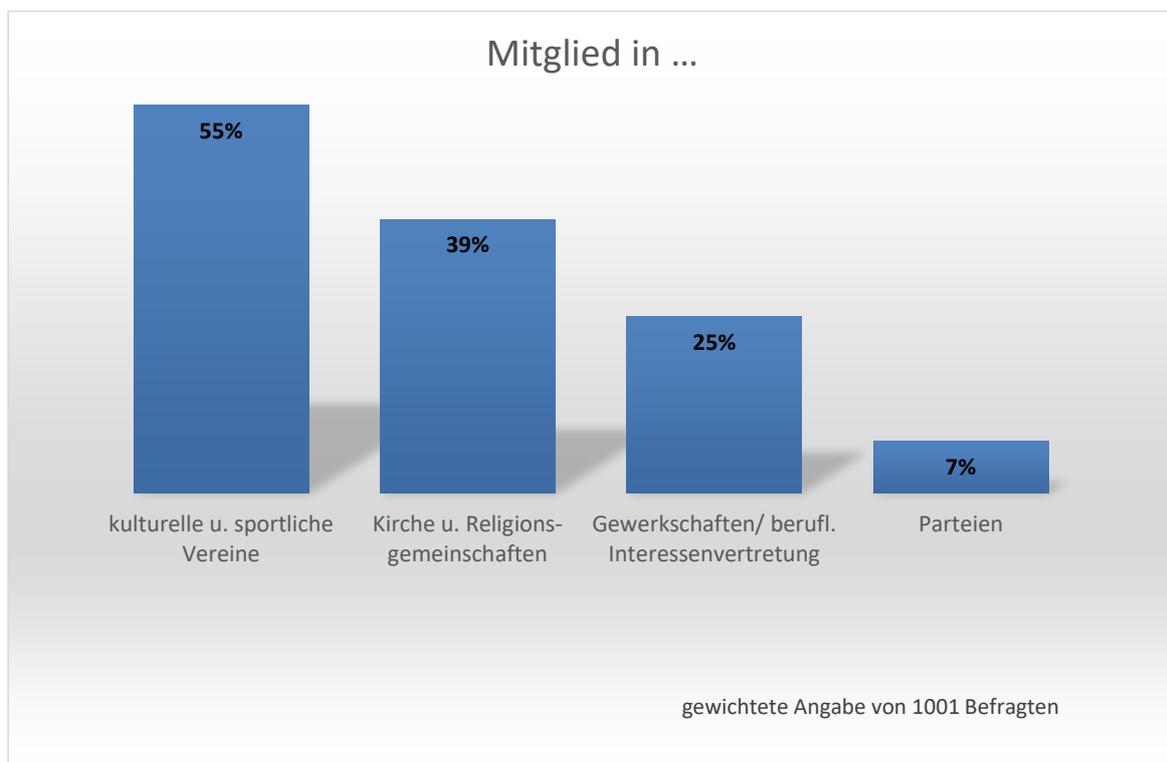
Auch der Anteil der Muslime wird von der deutschen Bevölkerung in Niedersachsen viel höher eingeschätzt, als er in Wirklichkeit ist. Einen zutreffenden Anteil von etwa 3 Prozent Muslimen vermuten in Niedersachsen lediglich knapp 3 Prozent. 19 Prozent vermuten in Niedersachsen einen Muslimenanteil von maximal 5 Prozent; 26 Prozent vermuten einen Anteil von 5–10 Prozent, 40 Prozent von 11–15 Prozent, und 52 Prozent einen Anteil von 16–20 Prozent. Schließlich vermuten fast ein Viertel der Niedersachsen

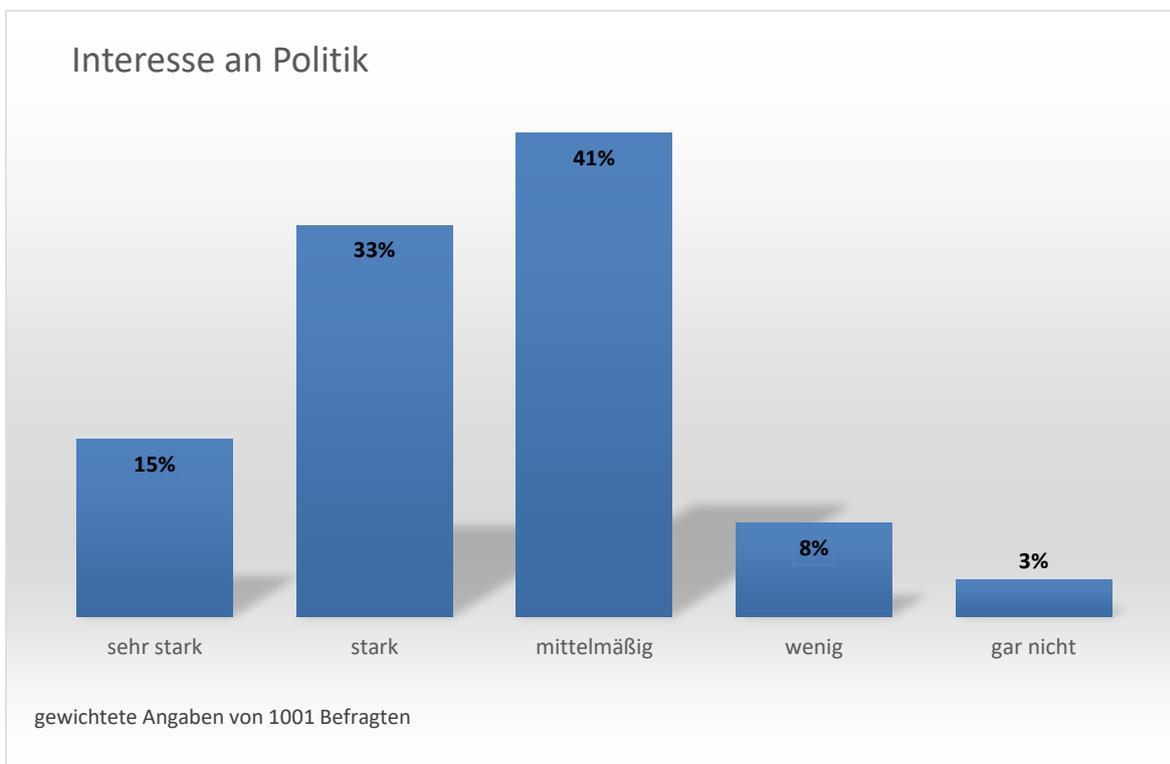
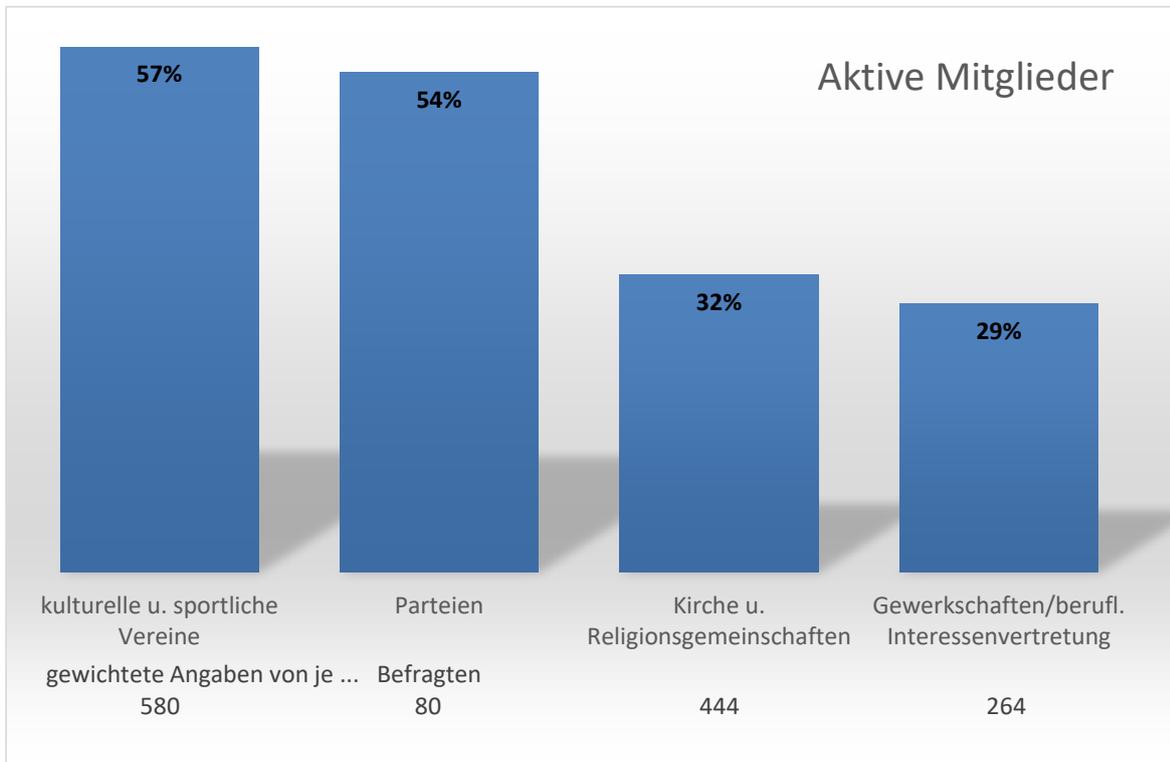
(23 Prozent), dass der Anteil der Muslime in Niedersachsen über 20 Prozent liege.

Politisches Interesse und Partizipation

Demokratische Gesellschaften bauen auf bürgerschaftlichem und zivilgesellschaftlichem Engagement auf. Der Anteil derjenigen, die sich im Sinne des Gemeinwohls in einer Gesellschaft engagieren, ist ein Indikator für die „Qualität einer Gemeinschaft“⁴. Dabei profitiert nicht nur das Gemeinwesen von einer aktiven Bürgerschaft; auch die Engagierten selbst ziehen aus ihrer Tätigkeit Vorteile: Sie erwerben Kompetenzen, erweitern ihre sozialen Kontakte sowie Netzwerke, und durch ihr Engagement erfährt ihre Lebensqualität insgesamt einen Anstieg.⁵

Auch für die Niedersachsen sind Vereinsmitgliedschaften prägend. Weit über die Hälfte (55 Prozent) sind Mitglied in kulturellen oder sportlichen Vereinen – wobei davon mehr als jeder Zweite auch aktiv im Vereinsleben mitarbeitet. Immerhin jeder Vierte (25 Prozent) ist Mitglied in einer Gewerkschaft oder beruflichen Interessenvertretung. Allerdings sind die Befragten den Selbstangaben zufolge hier nur gut zur Hälfte ak-





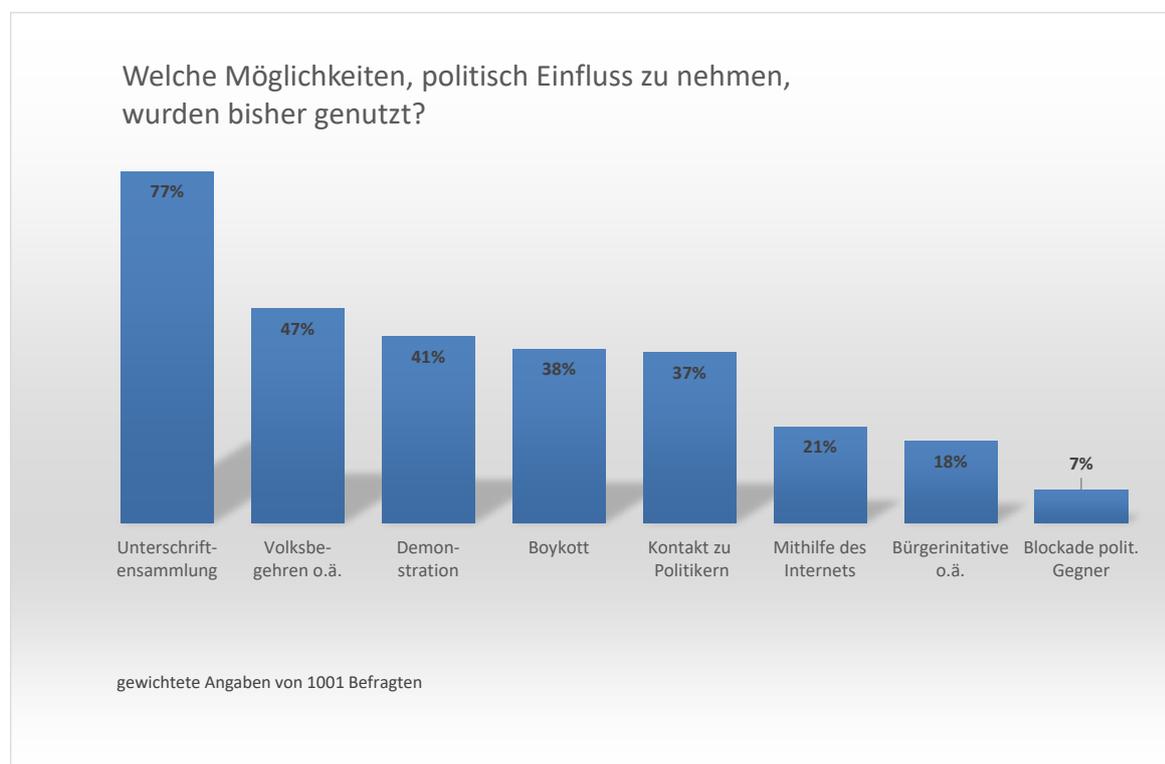
tiv. Knapp 40 Prozent (39 Prozent) sind Mitglied in einer kirchlich-religiösen oder weltanschaulichen Vereinigung oder Gemeinschaft – wobei davon knapp jeder Dritte auch aktiv mitarbeitet. Dies entspricht in etwa dem bundesdeutschen Durchschnitt. Je nachdem, welche Definition von zivilgesellschaftlichem Engagement zugrunde gelegt wird, liegt die Quote der Engagierten zwischen 30 und 40 Prozent.⁶

Von den Befragten sind insgesamt 80 Personen auch Mitglied einer politischen Partei, von denen (gewichtet) mehr als die Hälfte auch selbst aktiv sind. Während in den drei Großorganisationen der Kirchen, Gewerkschaften und Parteien die Mitgliedschaft insgesamt rückläufig ist,⁷ ist das Verhältnis von aktiven zu passiven Mitgliedern in Parteien immerhin ausgewogen. Demgegenüber bringen sich bei den Gewerkschaften und Kirchen weniger als ein Drittel aktiv ein.

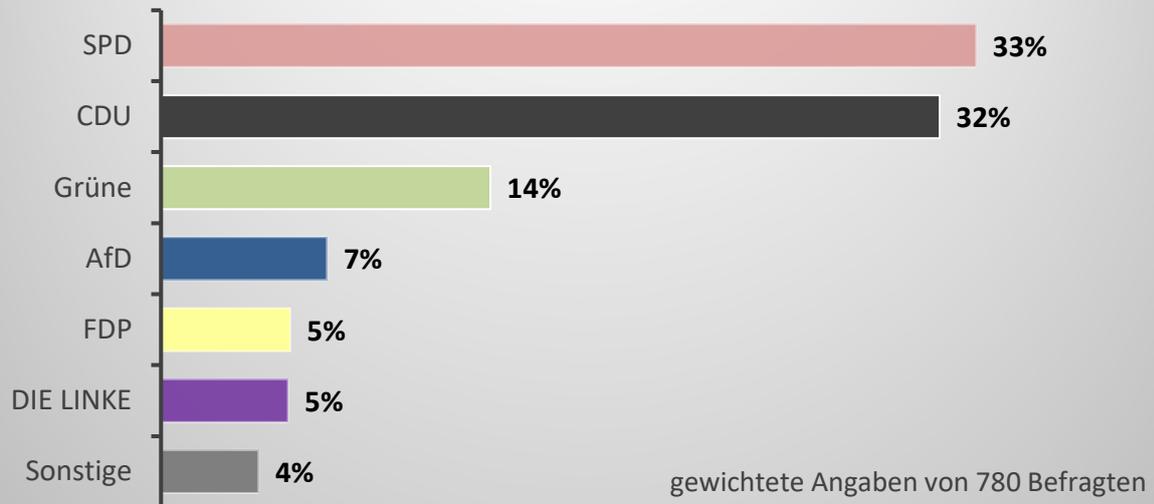
Die Bevölkerung in Niedersachsen ist zudem durchaus politisch interessiert: 15 Prozent der Niedersachsen bekunden ein sehr starkes und 33 Prozent ein starkes Interesse an Politik. Lediglich ein geringer Teil der Befragten in Niedersachsen gibt an, wenig (8 Prozent) oder gar kein Interesse (3 Prozent) an Politik zu haben. Damit ist das politische Interesse in Niedersachsen aller-

dings leicht niedriger als im Bundesdurchschnitt. Hier wurde in Umfragen anlässlich des Wahljahres 2017 ein 20-jähriger Höchststand verzeichnet: 56 Prozent der Befragten gaben dort an, starkes bzw. sehr starkes Interesse an Politik zu haben. Allerdings ist politisches Interesse im Umfeld einer Bundestagswahl immer deutlich höher als im Normalfall. So betrug im Jahr 2016 der Anteil von starkem oder sehr starkem Interesse an Politik in Deutschland nach den Angaben im ALLBUS lediglich 37 Prozent.⁸ Insgesamt liegen die Werte in Niedersachsen nur knapp über denen beispielsweise von Sachsen 2017 – wo 47 Prozent angaben, allgemein an Politik (sehr) stark interessiert zu sein⁹ –, jedoch unter denen Brandenburgs 2018, wo 53 Prozent der Befragten (allerdings auf einer 4er- statt wie hier auf einer 5er-Skala) angaben, ein starkes oder sehr starkes Interesse an Politik zu haben.¹⁰

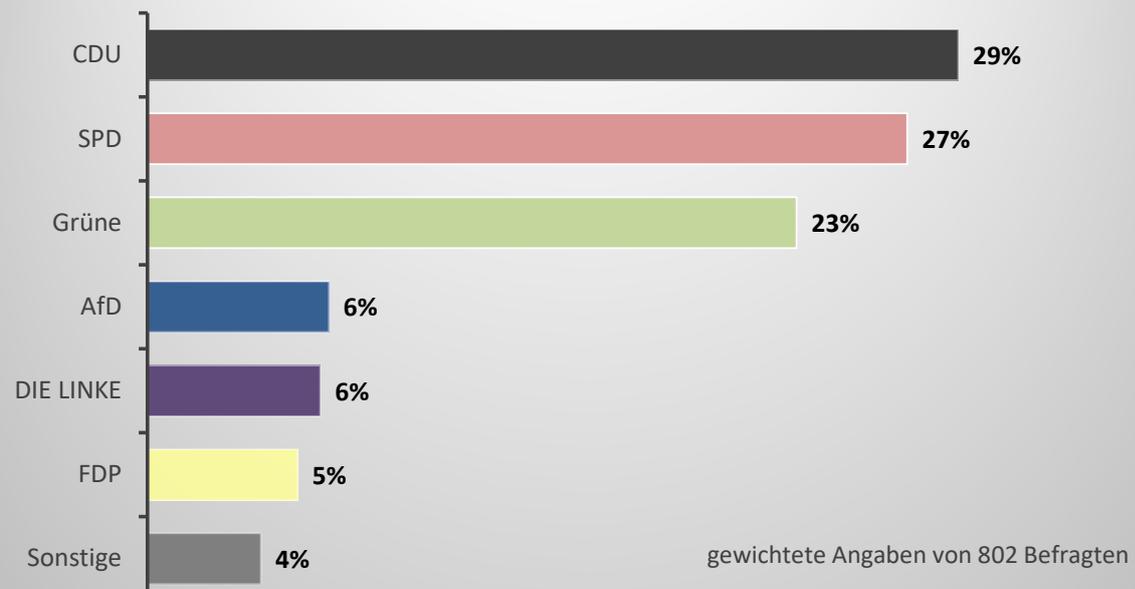
Die Bevölkerung in Niedersachsen ist aber nicht nur politisch interessiert, sondern – auch jenseits der Mitgliedschaft in Parteien – überdies politisch aktiv. Über drei Viertel (77 Prozent) haben schon einmal bei einer Unterschriftensammlung mitgemacht, und etwas weniger als die Hälfte (47 Prozent) haben schon einmal an einem Bürgerentscheid oder Volksbegehren



Was haben Sie bei der letzten Landtagswahl gewählt?



Wenn nächsten Sonntag Landtagswahl wäre, welcher Partei würden Sie Ihre Stimme geben?



teilgenommen. Fast jeder Fünfte (18 Prozent) hat schon einmal an einer Bürgerinitiative oder einem politisch tätigen Verein mitgewirkt. Ansonsten verteilen sich die Partizipationsmöglichkeiten relativ gleich: 41 Prozent haben schon einmal an einer Demonstration teilgenommen; rund 37 Prozent haben sich persönlich an einen Politiker oder eine Politikerin gewandt; und mehr als ein Drittel (38 Prozent) haben schon einmal bei einem Boykott mitgemacht.¹¹ Schließlich haben rund 7 Prozent in Niedersachsen laut eigenen Angaben schon einmal eine Demonstration politischer Gegner blockiert.

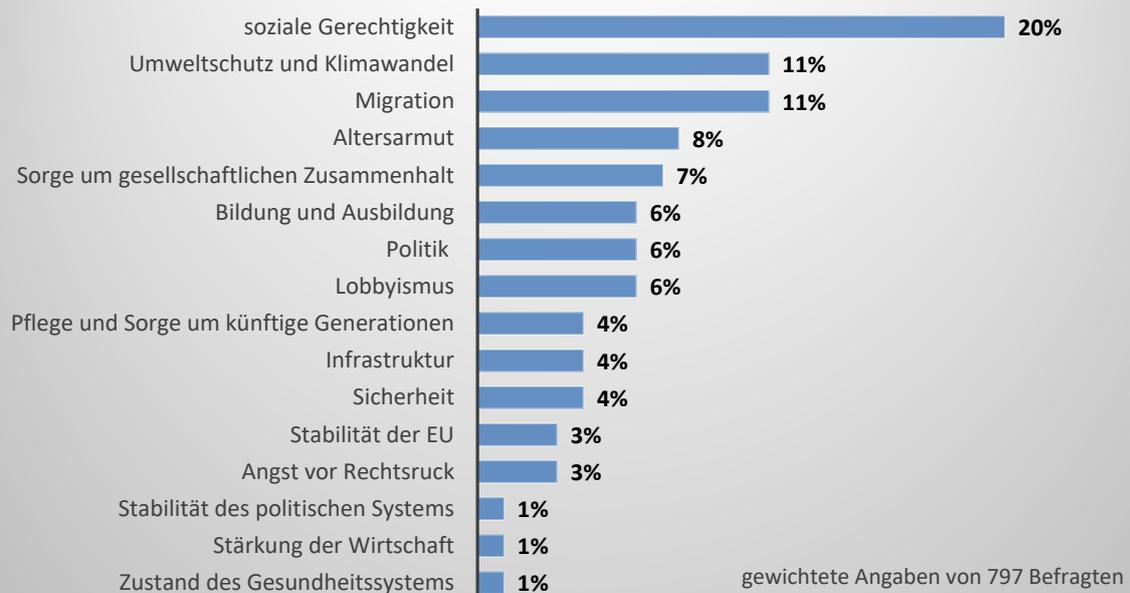
Während in der öffentlichen Debatte Online-Kommunikation und „Hate Speech“ kaum mehr wegzudenken sind, werden die sozialen Medien für politische Ausdrucksformen eher wenig genutzt. Lediglich etwas mehr als ein Fünftel (21 Prozent) haben schon einmal ihre politische Meinung im Internet kundgetan. Davon diskutie-

ren 60 Prozent über Politik, ähnlich viele kommentieren auch schon mal politische Beiträge (60 Prozent); aber nur etwas mehr als ein Viertel (26 Prozent) haben sich auch schon einmal im Internet über Politiker beschwert. Jene, die das Internet zur politischen Meinungsäußerung nutzen, scheinen dies in der Mehrheit im Rahmen von Diskussionen über bzw. Kommentaren von politischen Themen recht intensiv zu tun, hingegen Beschimpfungen von Politikern nach eigenem Bekunden eher zu meiden.¹² Hier zeigt sich, was sich auch in anderen Forschungen bereits angedeutet hat: dass „Hate Speech“ offenbar ein Phänomen von wenigen Netzaktivisten oder Computerprogrammen statt von existierenden Personen ist, zumindest keine Breitenaktivität darstellt.¹³

Was ist aus Ihrer Perspektive das wichtigste Problem in Deutschland, das die Politik angehen sollte?



Was ist aus Ihrer Perspektive das zweitwichtigste Problem in Deutschland, das die Politik angehen sollte?



Bewertung der Politik

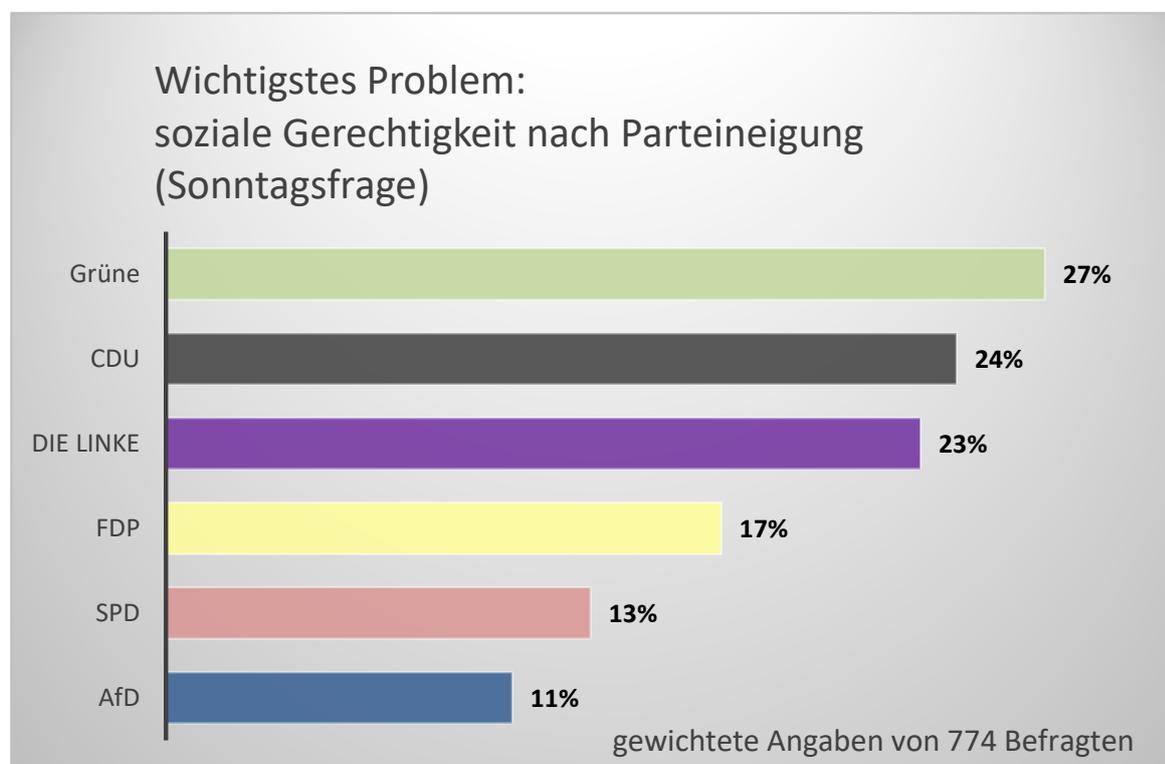
Dass die Bürger in Niedersachsen nicht nur politisch interessiert sind, sondern sich auch engagieren, zeigt sich zudem im berichteten Wahlverhalten. So haben bei der letzten Landtagswahl 2017 angeblich mehr als 90 Prozent der Befragten (ungewichtet) an der Wahl teilgenommen – obwohl die tatsächliche Wahlbeteiligung bei nur 63,1 Prozent der Wahlberechtigten lag. Allerdings beantworteten lediglich 78 Prozent der Befragten (ungewichtet) die Frage, welcher Partei sie ihre Stimme gegeben haben. Danach wäre die SPD (33 Prozent gewichtet) knapp stärkste Kraft geworden vor der CDU (32 Prozent gewichtet). Die Grünen kämen auf 14 Prozent, gefolgt von der AfD mit 7 Prozent (gewichtet). Die FDP hätte demnach mit 5 Prozent (gewichtet) die Fünf-Prozent-Hürde knapp übersprungen, ebenso wie die Partei DIE LINKE (5 Prozent gewichtet), die jedoch den Einzug in den Niedersächsischen Landtag 2017 tatsächlich knapp verpasst hat.

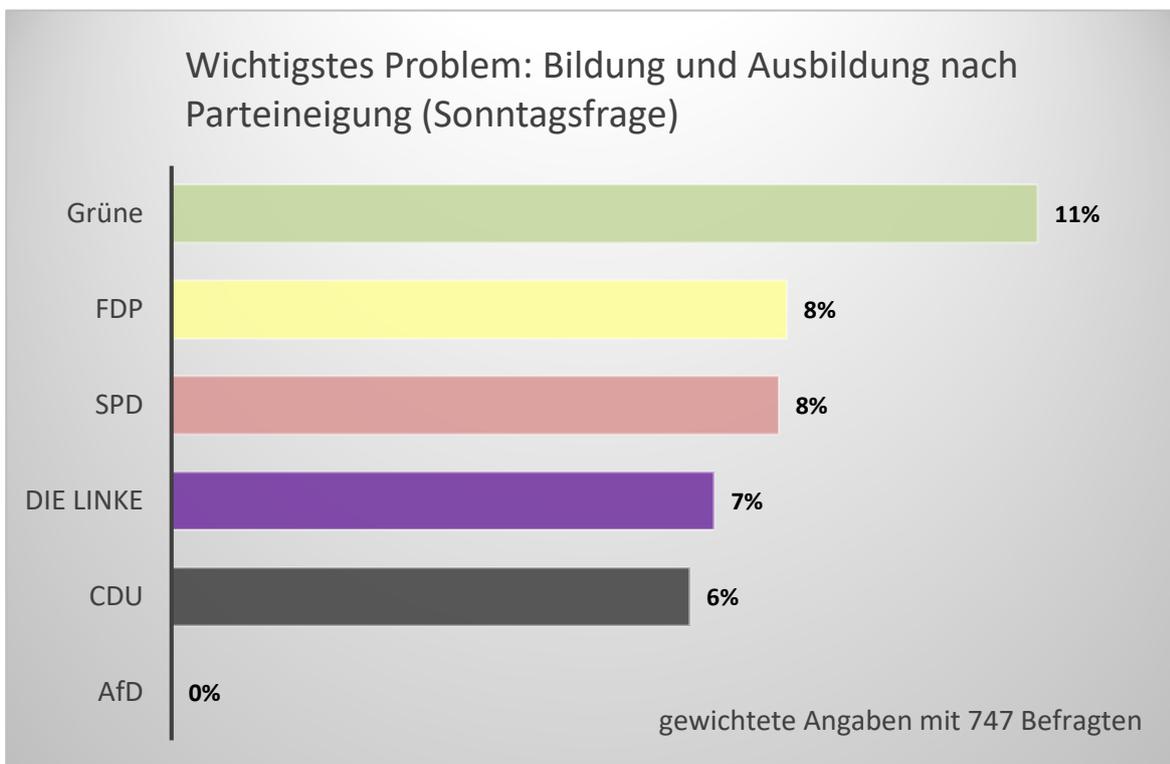
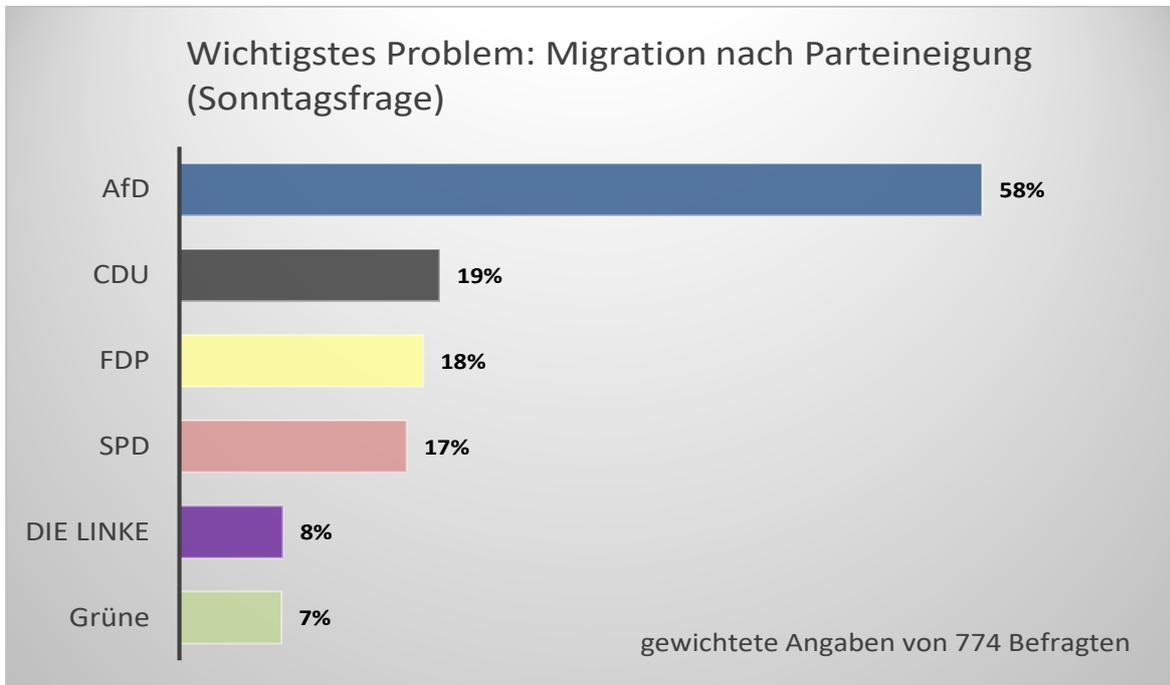
Bei einer Wahl am nächsten Sonntag würde die beabsichtigte Wahlbeteiligung nochmals steigen: Über 92 Prozent der Befragten (ungewichtet) würden dann zur Wahl gehen wollen. Zudem würden sich die politischen Kräfteverhältnisse nach

dem Meinungsbild vom Jahresende 2018 ändern. Nach unserer Sonntagsfrage würden die Christdemokraten zwar die Sozialdemokraten überholen; beide Parteien würden jedoch deutlich verlieren: Die CDU käme auf 29 Prozent (gewichtet) und verlöre damit 3 Prozentpunkte, während der Verlust der SPD mit 6 Prozentpunkten doppelt so hoch ausfiele (27 Prozent Stimmenanteil). Die Gewinner mit einem Plus von 9 Prozentpunkten wären die Grünen (23 Prozent); und auch DIE LINKE erhielte ein leichtes Plus auf 6 Prozent; und während die AfD bei 6 Prozent leicht verlöre, bliebe die FDP unverändert knapp oberhalb der Fünf-Prozent-Hürde (5 Prozent).

In einer offenen Frage wurde auch nach den wichtigsten Problemen in Deutschland gefragt. Hier benannten 95 Prozent der Befragten (ungewichtet) ein Problem in Deutschland, und immerhin 80 Prozent (ungewichtet) konnten ein weiteres aus ihrer Sicht wichtiges Problem benennen.

Am häufigsten wird soziale Gerechtigkeit – also Arbeit und fairer Lohn, Gleichstellung, sozialer Wohnungsbau, bezahlbare Kinderbetreuung und gerechte Steuern – mit 22 Prozent (gewichtet) genannt, gefolgt von Migration – also Flüchtlings- oder Abschiebepolitik, Migranten und Islam – (18 Prozent), Sorge um gesellschaftlichen Zusam-





menhalt – d.h. gesellschaftliche Spaltung und sozialer Frieden – (9 Prozent), Bildung und Ausbildung sowie Politik – d.h. Parteienkritik und Misstrauen gegenüber politischen Eliten, Parteienstreit und mangelnde Responsivität –, Umweltschutz und Klimawandel – also Energiewende und Müllentsorgung – (jeweils 7 Prozent). Danach folgen Altersarmut, inkl. Rentensystem (6 Prozent), Angst vor Rechtsruck – also steigende Fremdenfeindlichkeit und Rassismus – (5 Prozent), Pflege sowie Sorge um künftige Generationen – d.h. Fachkräftemangel in der Altenpflege sowie demografischer Wandel – (4 Prozent). Jeweils knapp 3 Prozent nennen die Bereiche Infrastruktur – also Straßenbau und Digitalisierung – sowie Lobbyismus, d.h. Korruption oder auch die Dieselaffäre. Lediglich um 2 Prozent benennen die Stabilität des politischen Systems, Sicherheit und die Stärkung der Wirtschaft als wichtigstes Problem, und noch weniger die Stabilität der EU (1 Prozent) oder den Zustand des Gesundheitssystems (< 1 Prozent).

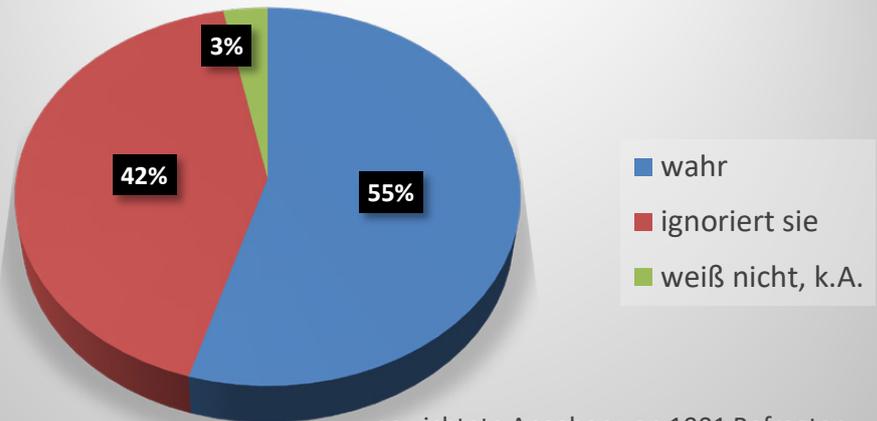
Die Sicht auf die wichtigsten Probleme ist also sehr heterogen; soziale Gerechtigkeit und Migration sind aber jeweils für immerhin etwa ein Fünftel sehr drängend. Demgegenüber nehmen das Gesundheitssystem, die Infrastruktur, aber auch die Altersarmut eine untergeordnete Rolle ein.

Dieses Bild bleibt im Großen und Ganzen auch bei der Nennung des zweitwichtigsten Problems erhalten. Auch hier steht soziale Gerechtigkeit mit 20 Prozent an erster Stelle, gefolgt von Umweltschutz und Klimawandel (11 Prozent), Migration (11 Prozent), Altersarmut (8 Prozent), Sorge um gesellschaftlichen Zusammenhalt (7 Prozent), Bildung und

Ausbildung, Politik und Lobbyismus (je 6 Prozent) sowie Pflege und die Sorge um künftige Generationen, Infrastruktur und Sicherheit (jeweils 4 Prozent). Selten wurden hingegen Stabilität der EU (3 Prozent), Rechtsruck (3 Prozent), Stabilität des politischen Systems (1 Prozent), Stärkung der Wirtschaft (1 Prozent) oder Zustand des Gesundheitssystems (1 Prozent) als zweitwichtigstes Problem in Deutschland, das die Politik angehen sollte, benannt.

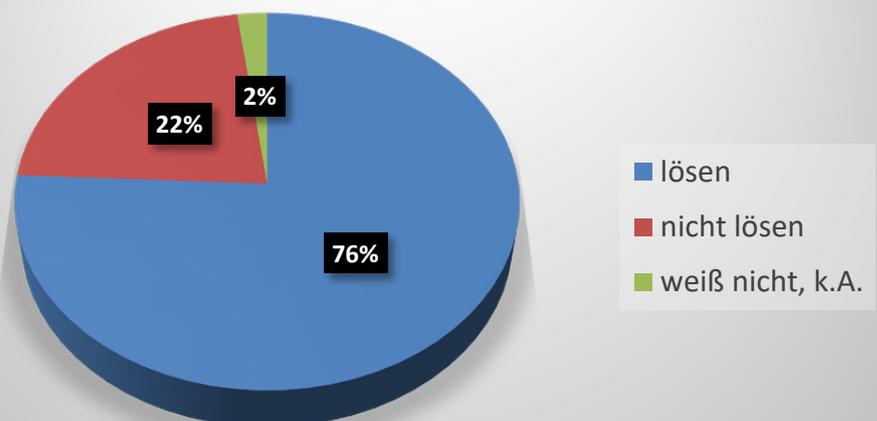
Werden beide Nennungen zusammengefasst, sehen über 40 Prozent der Niedersachsen (42 Prozent) den höchsten Problemdruck beim Thema soziale Gerechtigkeit sowie mit einem knappen Drittel beim Thema Migration

Die Politik nimmt die Probleme ...



gewichtete Angaben von 1001 Befragten

Die Politik kann die Probleme ...



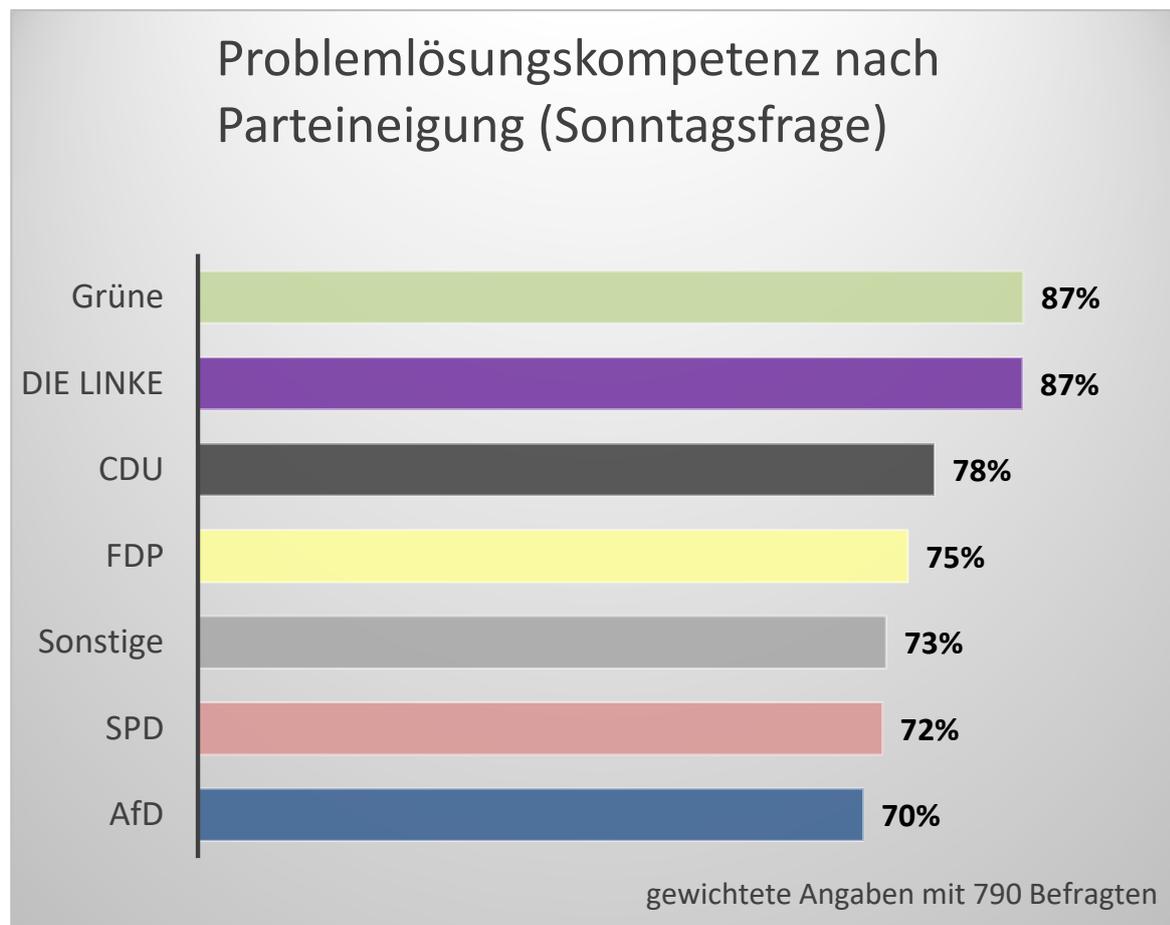
(29 Prozent). Zwischen 13 und 18 Prozent liegen in etwa gleich auf: Umweltschutz und Klimawandel (18 Prozent), Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt (16 Prozent), Bildung und Ausbildung (14 Prozent), Altersarmut (13) sowie der Zustand der Politik (13 Prozent). Am wenigsten scheinen das Gesundheitssystem (2 Prozent), die Stärkung der Wirtschaft (3 Prozent) und die Stabilität des politischen Systems (3 Prozent) oder der EU (4 Prozent) die Befragten zu bewegen.

Verglichen mit Niedersachsen erzeugt das Thema Migration in den ostdeutschen Bundesländern (und auch bundesweit¹⁴) offenbar einen deutlich größeren Problemdruck. In Brandenburg gaben 2018 36 Prozent der Befragten an, dass „Flucht, Asyl und Migration“ das wichtigste Problem sei;¹⁵ auch für die Sachsen war 2017 „Asylpolitik, Ausländer und Überfremdung“ mit 17 Prozent das wichtigste Problem¹⁶. Lediglich in Sachsen-Anhalt stand das Thema 2018 mit 14,6 Prozent knapp an zweiter Stelle, während den ersten Platz Arbeit und Wirtschaft mit 15,9 Prozent belegte.¹⁷ Umweltschutz und Klimawandel sowie

Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt wurden in keinem ostdeutschen Bundesland als eines der Top-Probleme genannt, wohingegen Arbeitsmarkt und Bildung wie in Niedersachsen zu den fünf relevantesten Problembereichen zählen.

Je nach Parteineigung (hier über die Parteientwahl bei einer Wahl am nächsten Sonntag erfasst) werden unterschiedliche Probleme als relevant eingestuft.

Ist soziale Gerechtigkeit für die Anhänger der Grünen am relevantesten, ist der Abstand zu den Anhängern von CDU und denen der LINKEN nicht sehr groß. Interessant ist, dass die Anhänger der FDP stärker das Problem der sozialen Gerechtigkeit adressieren als jene der SPD. Die AfD-Wähler (11 Prozent) bilden mit einer Wahrnehmung dieses Problemfeldes mit 16 Prozentpunkten hinter den Grünen das Schlusslicht. Ganz anders sieht es im Problemfeld Migration aus: Dieses ist für die AfD-Wähler mit mehr als 30 Prozentpunkten vor allen anderen Parteianhängern das wichtigste Problem in Deutschland. Und auch hier liegen die Anhänger der AfD und der Grünen wieder



am stärksten auseinander: Ist für Letztere Migration ein eher untergeordnetes Problem, das die Politik angehen sollte, spielt demgegenüber für die AfD-Anhänger das Problemfeld Bildung keine Rolle, während CDU- und SPD-Wähler hier einen gleich großen Problemdruck verspüren – wobei die Wähler der Grünen hier das drängendste Problem empfinden, das die Politik lösen sollte.

Über die Hälfte der Bevölkerung in Niedersachsen (55 Prozent) gesteht der Politik zu, die relevanten Probleme wahrzunehmen; allerdings kritisieren über 40 Prozent (42 Prozent) die Politik dahingehend, diese Probleme nicht wahrzunehmen bzw. zu ignorieren. Zumindest meinen 76 Prozent der Niedersachsen, dass die Politik diese Probleme prinzipiell lösen könne. Aber auch mehr als ein Fünftel (22 Prozent) sprechen der Politik diese Problemlösungskompetenz ab. Positiv gewendet lässt sich also resümieren, dass die Niedersachsen bei aller Kritik ein hohes Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Politik haben.

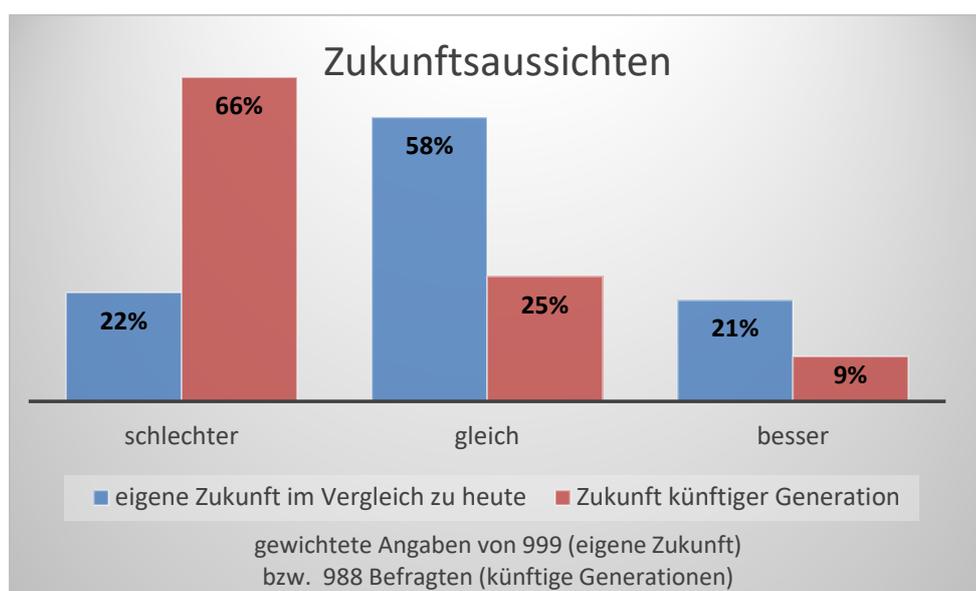
Dieses Vertrauen scheint gegenwärtig im Bundesdurchschnitt nicht ganz so ausgeprägt zu sein, votierten immerhin doch lediglich rund 18 Prozent der im August 2018 befragten Bundesbürger für die Prognose, dass die Bundesregierung in den kommenden Monaten in der Lage sein werde, wichtige Probleme in Deutschland anzugehen.¹⁸ Negativ gewendet deuten die Zahlen auch auf eine überzogene Erwartungshaltung an die Politik hin – etwa wenn drei Viertel der Niedersachsen erwarten, dass sich die Parlamentarier nicht nur um die Angelegenheiten des Gemeinwohls kümmern, sondern dass sie auch die Bürger von ihren Problemen befreien sollten.

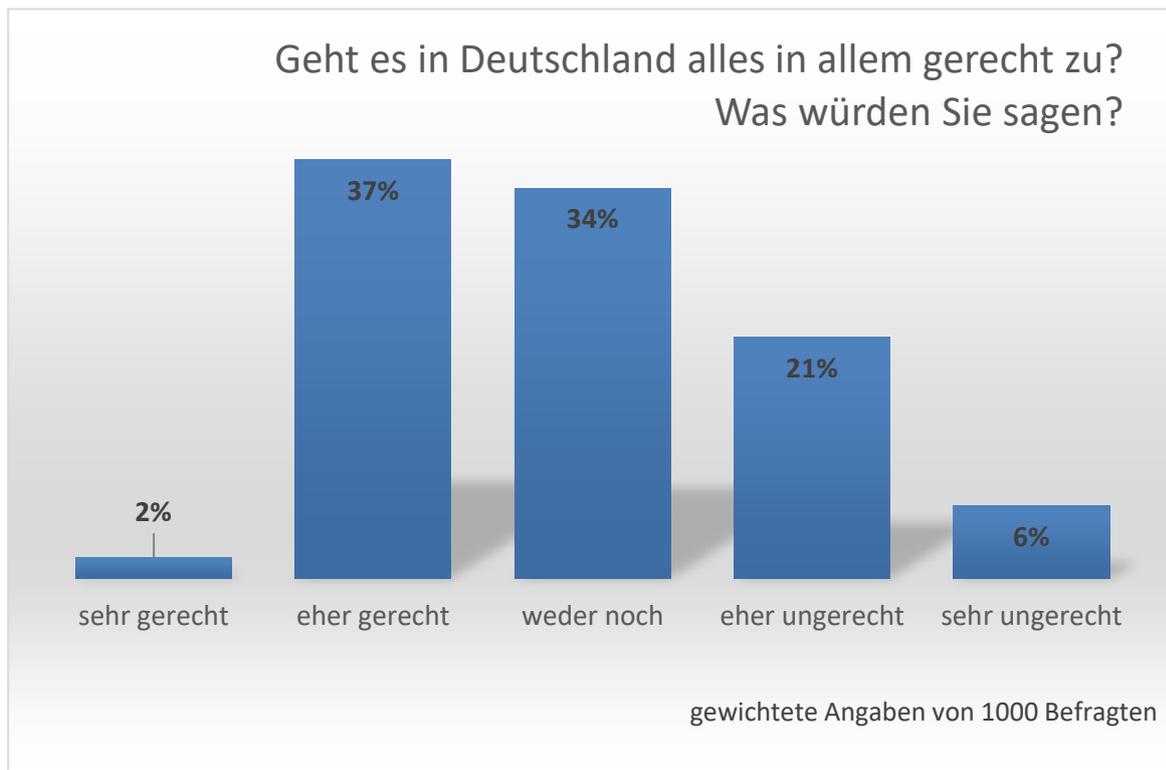
Das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Politik ist nicht auf alle Problemfelder gleichermaßen verteilt. Diejenigen, welche der Politik grundsätzlich die Problemlösungskompetenz absprechen, tun dies am stärksten im Problemfeld Migration.

Das grundsätzliche Zutrauen zur Problemlösungskompetenz variiert zudem mit der Parteineigung („Sonntagsfrage“). Hier haben die Wähler der Grünen (87 Prozent) das größte Vertrauen darin, dass die Politik die anstehenden Probleme lösen werde, während das der AfD-Anhänger mit 70 Prozent am geringsten ausfällt. Doch scheint die Partei hier aufzuholen: Während ihr lediglich 63 Prozent der Wähler bei der vergangenen Landtagswahl Problemlösungskompetenz zuschrieben, liegt dieses Zutrauen im Hinblick auf eine potenzielle Wahl am nächsten Sonntag bereits um 7 Prozentpunkte höher.

Doch nicht nur Politiker werden in der Verantwortung für die Lösung der Probleme gesehen. Eine deutliche Mehrheit in Niedersachsen sieht in unserem politischen System auch die Möglichkeit gegeben, dass der einzelne Bürger durch seine individuellen Aktivitäten (18 Prozent) oder zumindest gemeinsam mit Gleichgesinnten (65 Prozent) Einfluss auf die Politik nimmt. Lediglich 17 Prozent bestreiten, dass der Bürger überhaupt Einfluss auf die Politik nehmen könne und damit zumindest indirekt an der Problemlösung beteiligt wäre.

Der Glaube an die Selbstwirksamkeit bzw. an Möglichkeiten der politischen Einflussnahme übersetzt sich gleichfalls in relativ positive Aussichten für die nähere Zukunft. Nach der Einschätzung der eigenen Zukunft im Vergleich zu heute gefragt, glaubt eine Mehrheit der Bevölkerung in Niedersachsen, dass ihre eigene Situation gleich





bleibt (58 Prozent) oder sogar besser wird (21 Prozent). Die eigene Zukunft sehen entsprechend nur gut ein Fünftel (22 Prozent) pessimistisch. In Brandenburg blickten 2018 hingegen 51 Prozent mit Zuversicht in ihre eigene Zukunft,¹⁹ in Sachsen-Anhalt sahen im selben Jahr sogar 70 Prozent der Befragten ihre Zukunft positiv²⁰ und in Sachsen blickten 2017 75 Prozent eher optimistisch in die persönliche Zukunft.²¹ Die Niedersachsen sind, so zeigen die Vergleiche mit den ostdeutschen Demokratie-Monitoren, in Bezug auf ihre eigene Zukunft somit pessimistischer eingestellt als die Ostdeutschen. Sie beurteilen auch die Zukunft der künftigen Generation eher negativ. Denn eine deutliche Mehrheit in Niedersachsen sieht die Zukunft der künftigen Generation schlechter (66 Prozent) als die eigene an. Jeder Vierte beurteilt sie als gleichbleibend (25 Prozent), bloß 9 Prozent sehen die Zukunft der künftigen Generation als eine bessere. Wird also der nahen Zukunft noch einigermaßen gelassen entgegengeblickt, ist man bezüglich der entfernteren Zukunft deutlich pessimistischer.

Der mangelnde Glaube an eine Generationengerechtigkeit zeigt sich möglicherweise ebenfalls in der Frage, ob es in Deutschland alles in allem gerecht zugeht. Daran glauben deutlich weniger

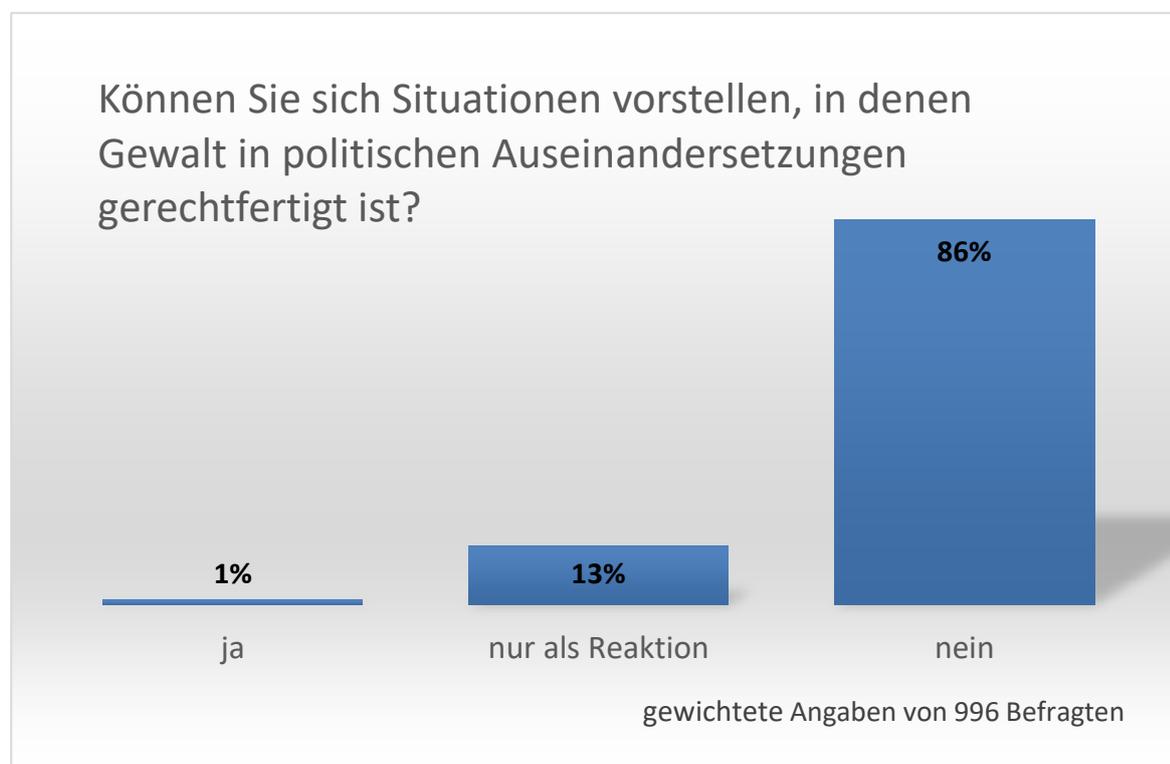
als die Hälfte, und nicht einmal 2 Prozent der Bevölkerung aus Niedersachsen beurteilen die Lage in der Bundesrepublik als sehr gerecht. Ein gutes Viertel beurteilen die Situation in Deutschland als eher ungerecht (21 Prozent) oder sogar sehr ungerecht (6 Prozent). Zum Vergleich: Damit empfinden in Niedersachsen die politischen Verhältnisse in Deutschland weniger Menschen gerecht als in Sachsen-Anhalt, wo mehr als die Hälfte der Befragten im selben Jahr, in welchem der *Niedersächsische Demokratie-Monitor* erhoben wurde, die Zustände als gerecht ansehen.²² Auch wenn der Trend auf Ebene der Bundesländer nicht ganz eindeutig zu sein scheint, hat eine repräsentative Infratest-Dimap-Umfrage 2018 ermittelt, dass 53 Prozent der Befragten aus den westdeutschen Bundesländern fänden, in Deutschland gehe es eher gerecht zu, wohingegen hier lediglich 42 Prozent der Befragten aus den ostdeutschen Ländern zustimmten. Demzufolge liegen die Niedersachsen bezüglich ihres Gerechtigkeitsempfindens näher an der ostdeutschen als an der westdeutschen Befindlichkeit.²³

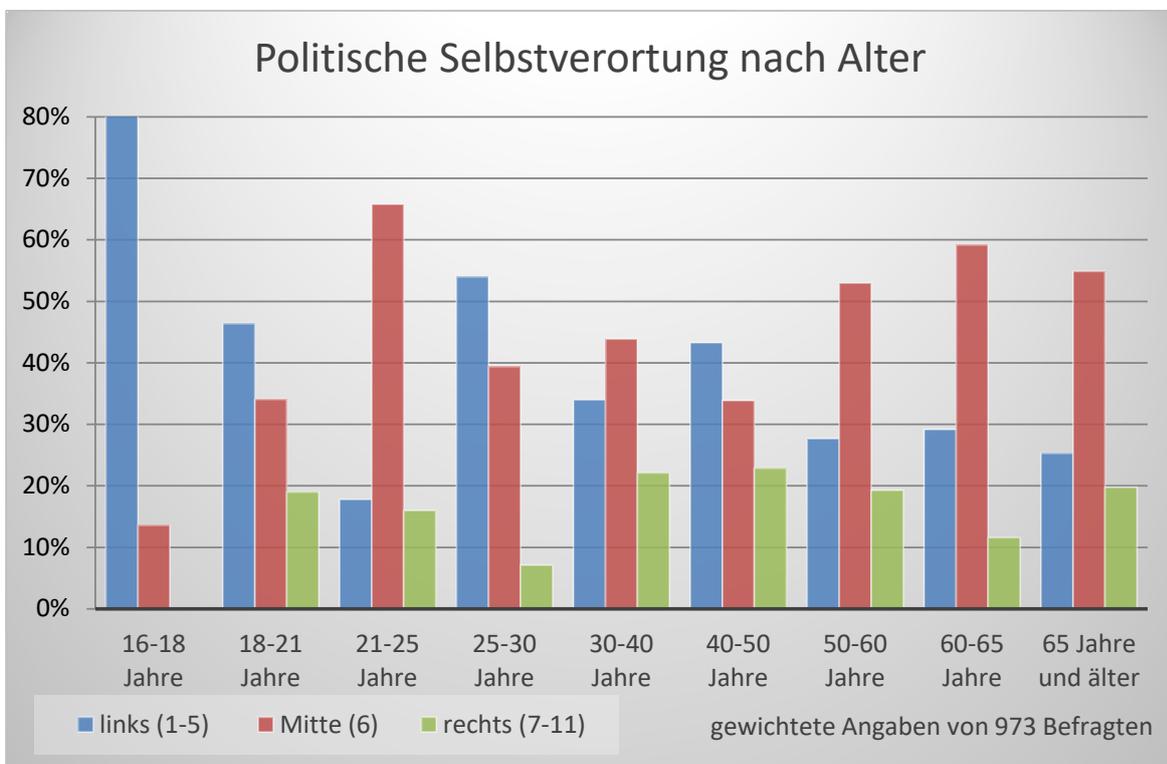
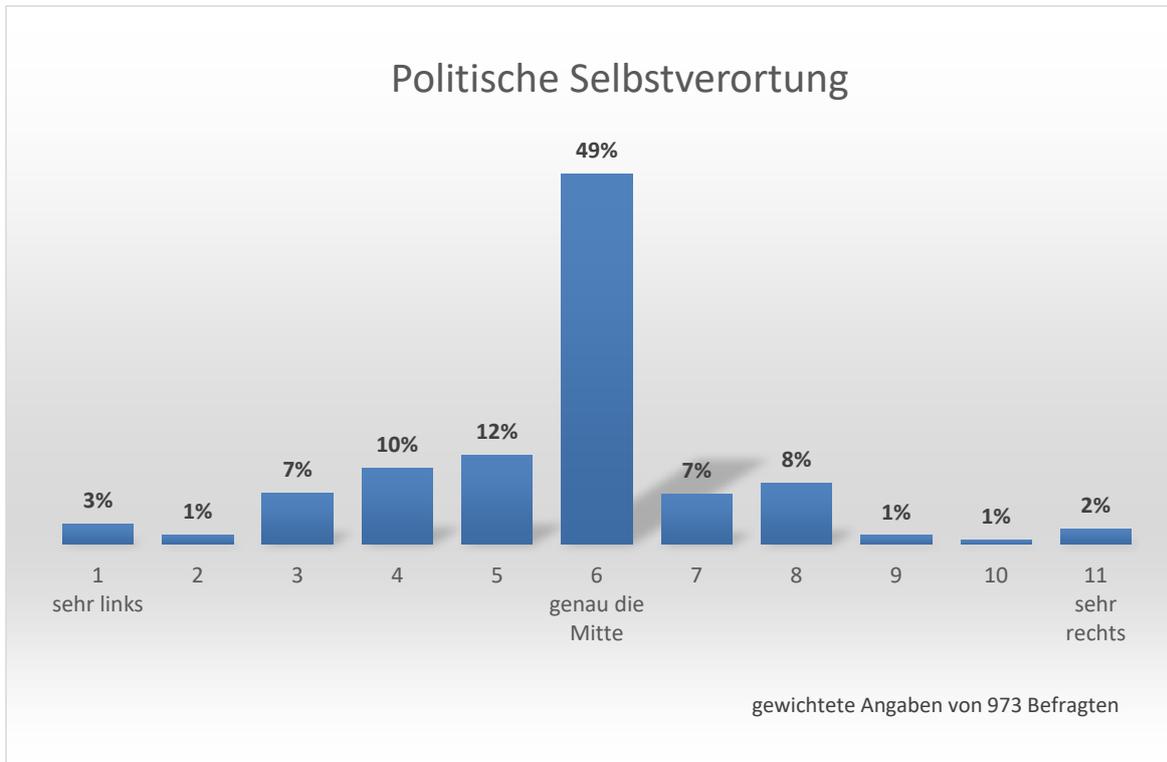
Politische Einstellungen

Die übergroße Mehrheit (86 Prozent) lehnt jegliche Gewalt grundsätzlich ab. 13 Prozent sehen Gewalt zumindest gerechtfertigt als Reaktion auf Gewalt der Gegenseite; und weniger als 1 Prozent sehen Gewalt zur Erreichung der eigenen politischen Ziele als gerechtfertigt an. Damit liegt die Gewaltakzeptanz in Niedersachsen deutlich unter jener in ostdeutschen Bundesländern. In Thüringen sahen 2018 8 Prozent Gewalt als gerechtfertigt an,²⁴ ebenso viele der Befragten in Sachsen gaben 2017 an, dass Gewalt notwendig erscheinen könne, wenn man für die eigenen Ziele kämpfe;²⁵ und 2018 gaben 4 Prozent der Befragten in Sachsen-Anhalt zu Protokoll, dass es Konflikte gebe, die mit Gewalt ausgetragen werden müssten²⁶. Tendenziell lässt sich vorsichtig formulieren: Je geringer die Zufriedenheit mit der Demokratie ausgeprägt ist, desto eher steigt die Legitimität politischer Gewalt als Reaktion. 25 Prozent derjenigen, die eher oder sehr unzufrieden mit der Demokratie sind, können sich Situationen vorstellen, in denen Gewalt gerechtfertigt ist (35 Befragte), während dies nur auf 10 Prozent derjenigen zutrifft, die sehr und eher zufrieden mit der Demokratie in Deutschland sind (60 Befragte).

Die Bereitschaft zur politischen Gewalt sinkt erwartungsgemäß tendenziell mit dem Lebensalter. Während noch 35 Prozent der 16–18-Jährigen und 24 Prozent der 18–21-Jährigen Gewalt in Betracht ziehen – sei es zur Erreichung eigener politischer Ziele oder als Reaktion –, kommt dies nur noch für jeweils etwa 7 Prozent der 60–65-Jährigen bzw. derjenigen, die älter als 65 Jahre sind, infrage. Tendenziell ist zudem die Gewaltbereitschaft – als Reaktion oder auch zur Durchsetzung der eigenen politischen Ziele – bei jenen höher, die sich selbst auf einer Skala rechts der Mitte einstufen. Und auch wenn die Zahlen aufgrund der geringen Fälle mit absoluter Vorsicht interpretiert werden müssen, sind die AfD-Anhänger mit gewichteten 34 Prozent (16 Fälle) diejenigen, die wie die Wähler der LINKEN mit 31 Prozent (14 Fälle) Gewalt als Reaktion am meisten befürworten, während dies nur für 8 Prozent der CDU-Anhänger (17 Fälle) und 10 Prozent der Grünen-Wähler (16 Fälle) zutrifft. Positiv formuliert, lehnen die Wähler der Christdemokraten mit 92 Prozent, gefolgt von denen der Grünen (90 Prozent) und der SPD (85 Prozent) Gewalt am häufigsten ab.

Wie verorten sich die Bürger in Niedersachsen entlang der politischen Links-rechts-Dimen-





sion? Wir haben sie gebeten, sich selbst auf einer Skala von 1 (sehr links) bis 11 (sehr rechts) einzuordnen, sodass 6 genau die Mitte darstellt. Mehr als vier Fünftel stufen sich in Niedersachsen im mittleren Bereich zwischen 4 und 8 ein, lediglich 11 Prozent ordnen sich selbst als klar links ein (1–3), wohingegen sich bloß 4 Prozent auf der Skala klar rechts (9–11) einstufen. Die Daten bestätigen damit Befunde, wonach sich die Gesellschaft selbst mehrheitlich als leicht „Mitte-links“ eingestellt sieht.

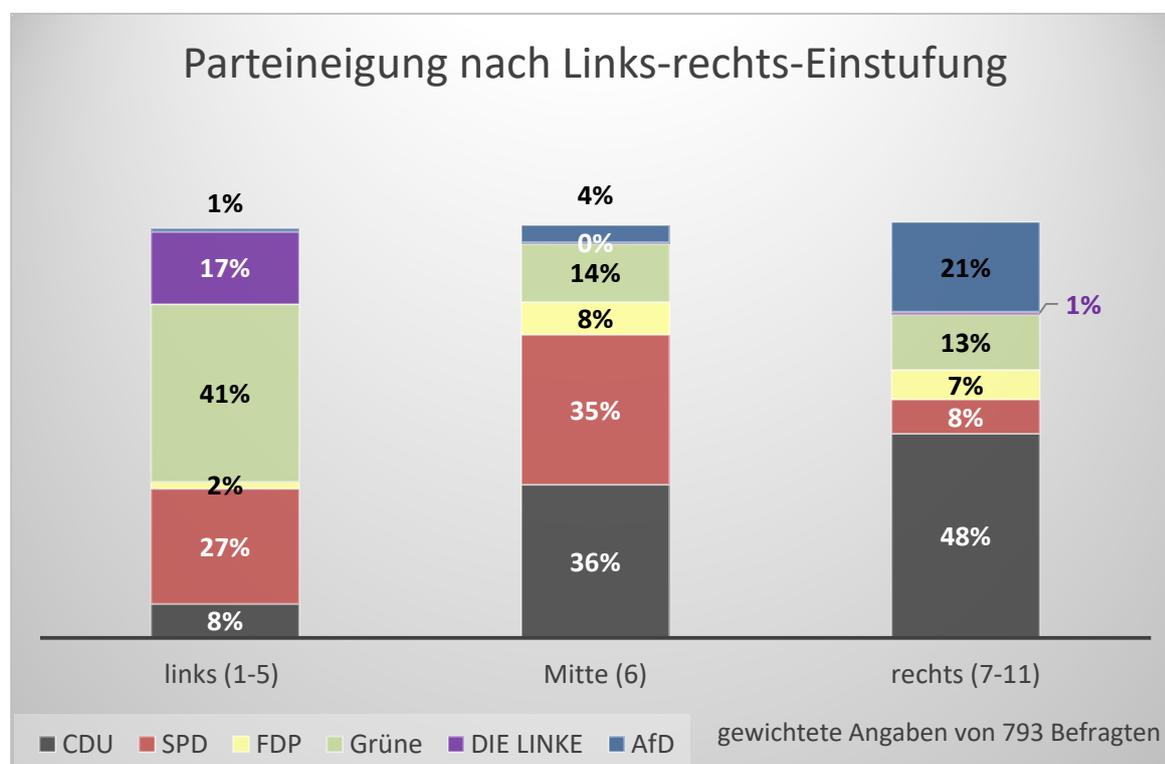
Während sich die Jüngeren tendenziell stärker im linken politischen Spektrum verorten, kann jedoch nicht umgekehrt gesagt werden, dass sich die Älteren eher rechts der Mitte einordnen. Stattdessen sind es eher jene mittleren Alters (30–50 Jahre), die sich selbst relativ am häufigsten rechts der Mitte positionieren.

Die Links-rechts-Selbsteinstufung korrespondiert zwar mit der Parteieignung, ist allerdings nicht deckungsgleich. So wollen zwar mehrheitlich diejenigen, die sich selbst als links einstufen, DIE LINKE (17 Prozent), SPD (27 Prozent) und vor allem die Grünen (41 Prozent) wählen; aber auch 8 Prozent die CDU, 2 Prozent die FDP und 1 Prozent die AfD. Von denen, die sich rechts einstufen, wollen dagegen 48 Prozent die CDU und

21 Prozent die AfD wählen. Aber immerhin wollen auch 13 Prozent aus dieser Gruppe die Grünen wählen und 8 Prozent die SPD. Die FDP wollen hier 7 Prozent wählen, DIE LINKE dagegen nicht einmal 1 Prozent. Bei denen, die sich der Mitte zuordnen, will die Mehrheit entweder CDU (36 Prozent) oder SPD (35 Prozent) wählen. Die Grünen kommen hier auf 14 Prozent, die FDP auf 8 Prozent und die AfD auf 4 Prozent. DIE LINKE erhält in dieser Gruppe wiederum deutlich weniger als 1 Prozent.

Betrachtet man umgekehrt links-rechts nach Parteieignung, so ordnen sich 96 Prozent der Wähler der LINKEN, 62 Prozent der Wähler der Grünen und insgesamt 35 Prozent der Wähler links der Mitte ein. Genau in der Mitte ordnen sich insgesamt 45 Prozent der Wähler ein, rechts der Mitte insgesamt 20 Prozent. Die Wähler der CDU (56 Prozent), der SPD (58 Prozent) sowie der FDP (64 Prozent) verorten sich mehrheitlich in der Mitte. Rechts der Mitte ordnen sich lediglich mehrheitlich die Wähler der AfD ein (66 Prozent), wohingegen selbst die der CDU sich nur mit 34 Prozent rechts der Mitte verorten.

Auch wenn die Mehrheit sich genau oder leicht links der Mitte einordnet, gibt es doch auch in Niedersachsen einen recht stark verbreiteten



Wunsch nach autoritärer Führung. Drei von fünf Personen stimmen in Niedersachsen der Aussage voll und ganz (30 Prozent) bzw. eher (31 Prozent) zu, dass Deutschland eine starke Führung brauche, an deren Vorgaben sich alle halten müssten. Nicht ganz ein Viertel der Bevölkerung in Niedersachsen lehnt diese Forderung eher (14 Prozent) oder ganz und gar ab (9 Prozent). Obwohl in Niedersachsen also mehr als 60 Prozent eine starke Führung befürworten – was dem Kern der demokratischen Selbstorganisation zuwiderläuft –, liegen die Autoritarismuswerte in den ostdeutschen Ländern eher noch höher. Die ähnliche Aussage „In Zeiten wie diesen brauchen wir unbedingt eine starke Hand“ befürworteten in Sachsen 2017 68 Prozent der Befragten²⁷ und in Thüringen 2018 sogar 70 Prozent²⁸.

Auch bei einem weiteren Autoritarismus-Maß sind die Zustimmungswerte in Niedersachsen recht hoch. Mehr als die Hälfte (57 Prozent) stimmen hier der Aussage zu: „Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen“; 28 Prozent stimmen voll und ganz, 29 Prozent eher zu. Nur ein gutes Viertel lehnen diese *Law-and-order*-Vorstellung eher (18 Prozent) oder ganz und gar ab (8 Prozent). Auch wenn diese Zustimmungswerte hoch scheinen, liegen sie doch noch weit unter denen beispielsweise Sachsens, wo 2017 mehr als drei Viertel (79 Prozent) dieser Aussage zustimmen²⁹.

Fasst man die Zustimmung zur Aussage, dass man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen sollte, um Recht und Ordnung zu bewahren, und dass Deutschland eine starke Führung brauche, zu einem Autoritarismus-Index zusammen, so stimmen insgesamt 14 Prozent der Niedersachsen den beiden Aussagen voll und ganz zu. Aufgesplittet in eine Links-rechts-Positionierung (s.o.) trifft dies jedoch auf nur 7 Prozent all jener zu, die sich auf der Skala der politischen Selbsteinstufung links der Mitte verorten, auf 16 Prozent, die sich der Mitte zuordnen und auf 21 Prozent derjenigen, die sich rechts der Mitte positionieren (21 Prozent).

Problematisch erscheint, dass gut jeder Dritte in Niedersachsen meint, Politiker würden gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung handeln. Dieser Aussage stimmen 14 Prozent voll und ganz sowie 21 Prozent eher zu. Nur wenig größer

ist der Anteil derjenigen, die diese Kritik eher (26 Prozent) oder ganz und gar (10 Prozent) ablehnen. Gefordert wird in Niedersachsen das Gegenteil: Vier von Fünf beanspruchen hier, dass Parteien und Politiker sich voll und ganz (49 Prozent) oder eher (32 Prozent) nach den Vorgaben ihrer Wähler richten müssten. Insgesamt vertreten die Niedersachsen also eher die Idee eines imperativen Mandats und scheinen somit ihre eigenen Interessen mit denen des Gemeinwohls gleichzusetzen.

Gleichzeitig scheinen nicht wenige der Befragten mit komplexen Gesellschaften und der internationalen Politik überfordert zu sein. Mehr als die Hälfte (54 Prozent) finden, die Welt sei so unübersichtlich geworden, dass man gar nicht wisse, wie es weitergehen solle („stimme voll und ganz zu“ bzw. „stimme eher zu“); und 24 Prozent finden die Welt äußerst, 30 Prozent eher unübersichtlich.

Die Wirtschaftsordnung in Deutschland wird nur von weniger als der Hälfte der Niedersachsen im Großen und Ganzen als gerecht beurteilt: 11 Prozent finden sie sehr, 35 Prozent eher gerecht. Demgegenüber empfinden weniger als ein Drittel die Wirtschaftsordnung eher (22 Prozent) oder ganz und gar (8 Prozent) als ungerecht. Während hier also 38 Prozent der Niedersachsen der Meinung sind, in Deutschland gehe es ungerecht zu, stimmen 46 Prozent der Aussage zu, dass die Wirtschaftsordnung in Deutschland gerecht sei; der Rest ist unentschlossen („weder gerecht noch ungerecht“). In Sachsen beurteilte ein größerer Anteil (48 Prozent) die Wirtschaftsordnung als ungerecht. Während autoritäre Ordnungsvorstellungen und eine hohe Anforderung an Politik Hand in Hand gehen, scheint der Zustand der Wirtschaftsordnung die Vorstellungen von Politik, Gesellschaft und Demokratie weniger nachhaltig zu beeinflussen. Überdies scheint für die meisten Befragten der Rechtsstaat zentral zu sein. So findet eine deutliche Mehrheit in Niedersachsen, dass Gesetze Vorrang vor religiösen Vorschriften hätten. Dieser Aussage stimmen 68 Prozent voll und ganz sowie 16 Prozent eher zu. Aber immerhin gut 9 Prozent lehnen diesen Gesetzesvorrang eher (5 Prozent) oder ganz ab (4 Prozent) ab.

Verschwörungsneigung

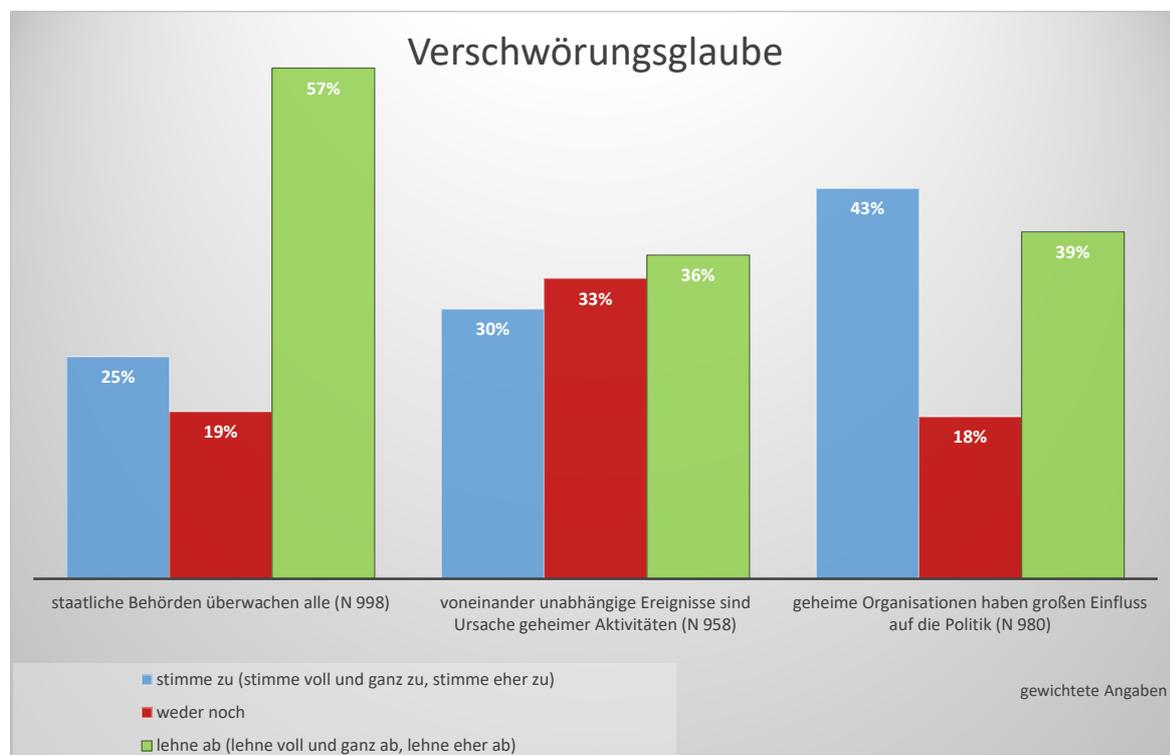
Auch in Niedersachsen grassieren recht häufig Verschwörungstheorien. So befürchtet fast jeder Vierte, dass staatliche Behörden alle Bürger ganz genau überwachen. Dieser Aussage stimmen 9 Prozent voll und ganz, 16 Prozent eher zu. Dabei sind Grünen-Wähler mit 12 Prozent Zustimmung (voll und ganz oder eher) am wenigsten für dieses Verschwörungskonstrukt anfällig, wohingegen AfD-Wähler mit 39 Prozent hier die höchste Zustimmung zeigen (nach den Wählern sonstiger Kleinparteien mit 40 Prozent).

Auffällig ist, dass 35 Prozent (4 Fälle) der Mitglieder evangelischer Freikirchen und 22 Prozent der Mitglieder anderer christlicher Religionsgemeinschaften (2 Fälle) sowie immerhin noch 12 Prozent der Mitglieder anderer nicht-christlicher Religionsgemeinschaften (1 Fall) der Aussage zustimmen, dass staatliche Behörden alle Bürger ganz genau überwachen würden. Demgegenüber nehmen dies lediglich 10 Prozent der Mitglieder der evangelischen und 4 Prozent der Mitglieder der katholischen Glaubensgemeinschaft an. Auch wenn diese Ergebnisse aufgrund der geringen Fallzahl mit Vorsicht zu interpretieren sind, scheinen jene, die konfessionell katholisch oder evan-

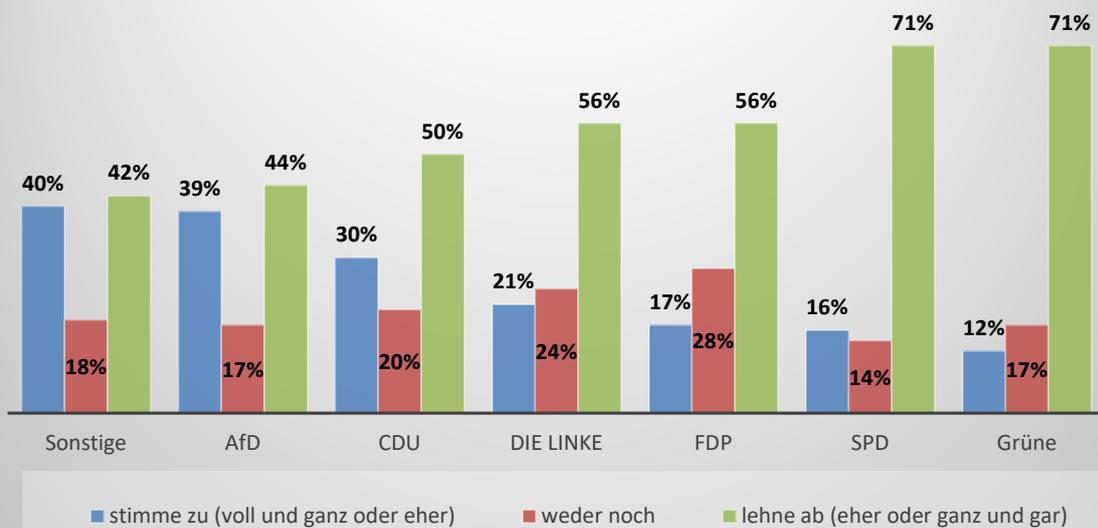
gelisch gebunden oder konfessionslos sind, deutlich seltener an die Idee der totalen staatlichen Überwachung zu glauben.

Nahezu jeder Dritte (30 Prozent) in Niedersachsen stimmt der Aussage voll und ganz oder eher zu, dass hinter Ereignissen, die auf den ersten Blick nicht miteinander in Verbindung stehen, oftmals geheime Aktivitäten ständen. Knapp 7 Prozent stimmen dem voll und ganz, 23 Prozent eher zu. Während dies nur 18 Prozent all jener annehmen, die bei der nächsten Wahl der SPD ihre Stimme geben würden, trifft dies auf 26 Prozent der Grünen-Wähler, 32 Prozent der CDU Wähler und 37 Prozent der Anhänger der LINKEN zu (je „stimme voll und ganz“ sowie „stimme eher der Aussage zu“). Am stärksten jedoch stimmen wiederum voll und ganz oder eher die Wähler der AfD der Aussage zu, dass geheime Aktivitäten Ursache scheinbar unabhängiger Ereignisse seien (56 Prozent).

Diese Anzeichen von Verschwörungsdenken verstärken sich noch dadurch, dass über 43 Prozent sicher seien, dass es geheime Organisationen gebe, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen hätten. Dem stimmen 18 Prozent voll und ganz sowie 26 Prozent eher zu. Hier sind jedoch die potenziellen FDP- (mit 28 Prozent)



Staatliche Behörden überwachen alle Bürger – nach Parteineigung (Sonntagsfrage)



gewichtete Angaben von 802 Befragten

bzw. Grünen-Wähler (34 Prozent) diejenigen, die am wenigsten dieser Aussage zustimmen, während die Anhänger der AfD mit 41 Prozent und der LINKEN mit 58 Prozent dieser These voll und ganz sowie eher zustimmen. Am stärksten neigen mit 74 Prozent auch hier die Anhänger der AfD zu der Aussage, dass geheime Organisationen großen Einfluss auf politische Entscheidungen hätten.

Im Gegensatz zur Frage nach der staatlichen Überwachung sind es nun, neben den Konfessionslosen mit 21 Prozent, die Mitglieder der evangelischen Glaubensgemeinschaften, die mit einem Fünftel am zweithäufigsten voll und ganz der Aussage zustimmen, dass geheime Organisationen großen Einfluss auf politische Entscheidungen hätten. Aber auch hier sind mit 17 Prozent (2 Fälle) wieder verstärkt Angehörige nicht-christlicher Konfessionen voll

und ganz davon überzeugt, dass geheime Organisationen großen Einfluss auf die Politik hätten.

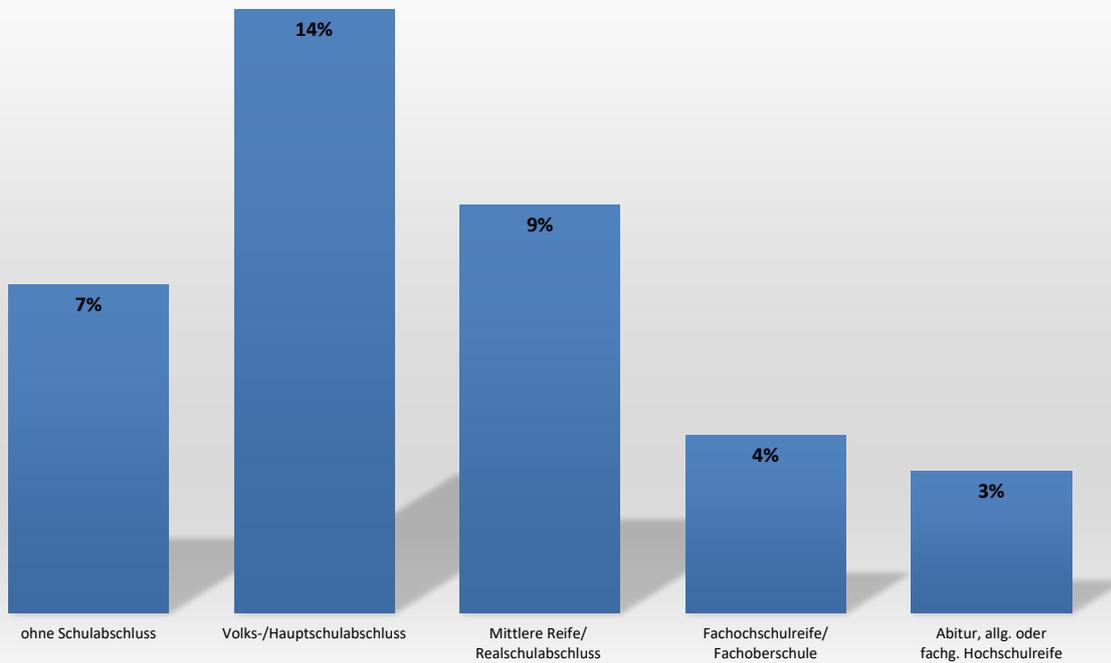
Fasst man alle drei Fragen – Zustimmung zur Überwachung staatlicher Behörden, Zusammenhang von Ereignissen aufgrund geheimer Aktivitäten sowie Glaube an Einfluss geheimer Institutionen auf politische Entscheidungen – zu einem Verschwörungs-Index zusammen, so ergibt sich hinsichtlich der Parteineigung ein etwas übersichtlicheres Bild. Voll und ganz oder eher stim-

Staatliche Behörden überwachen alle Bürger – stimme voll und ganz zu



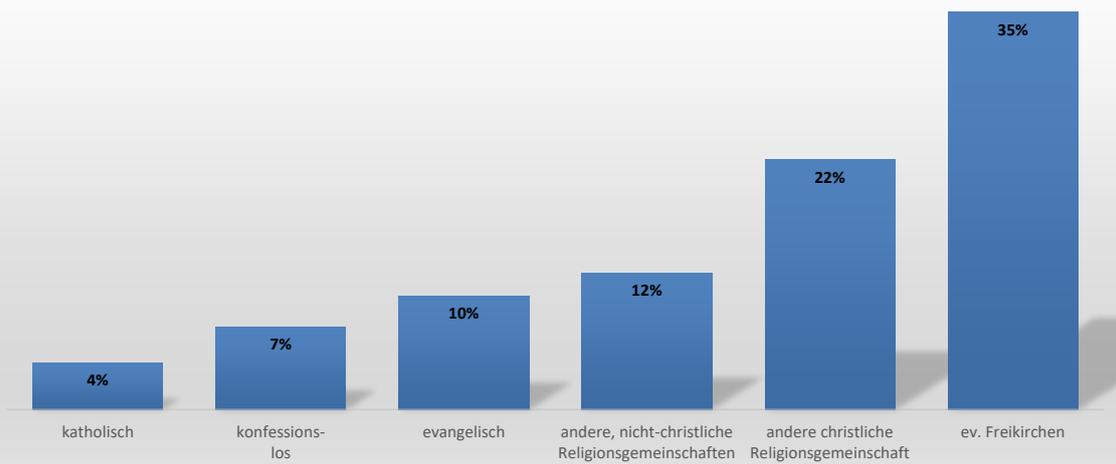
gewichtete Angaben von 999 Befragten

Staatliche Behörden überwachen alle Bürger – stimme voll und ganz zu



gewichtete Angaben von 999 Befragten

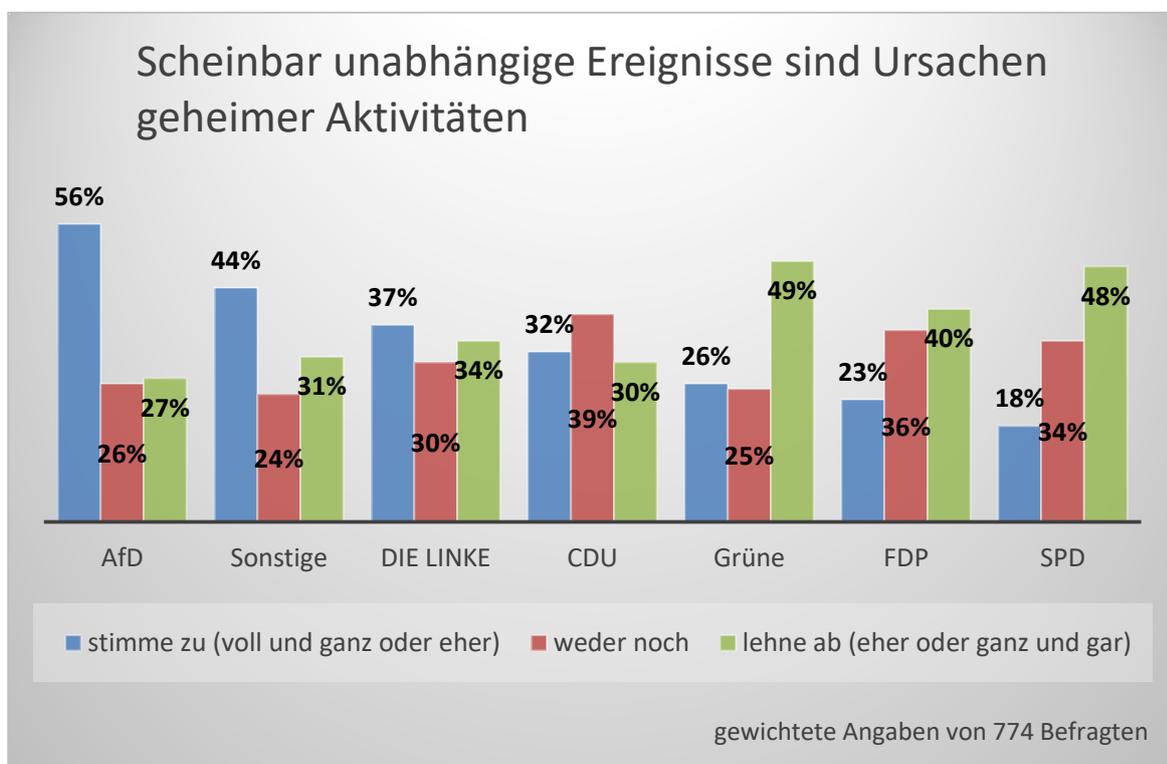
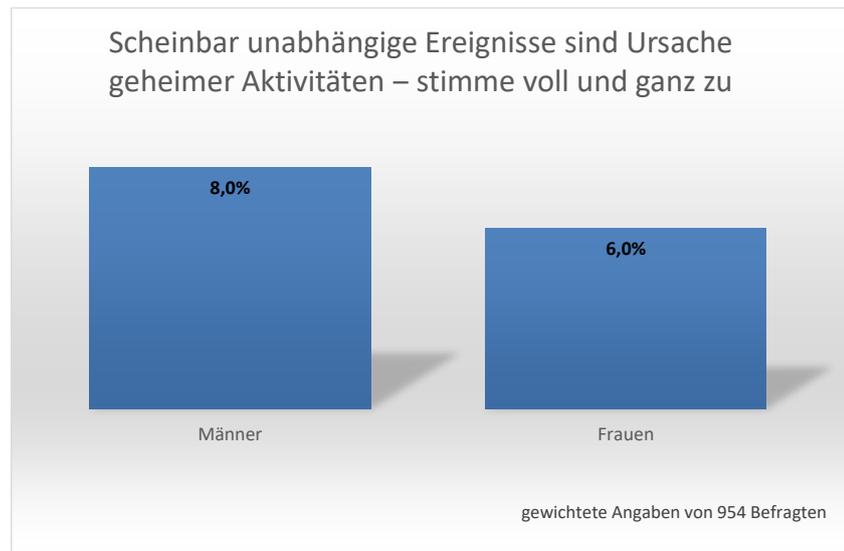
Staatliche Behörden überwachen alle Bürger – stimme voll und ganz zu



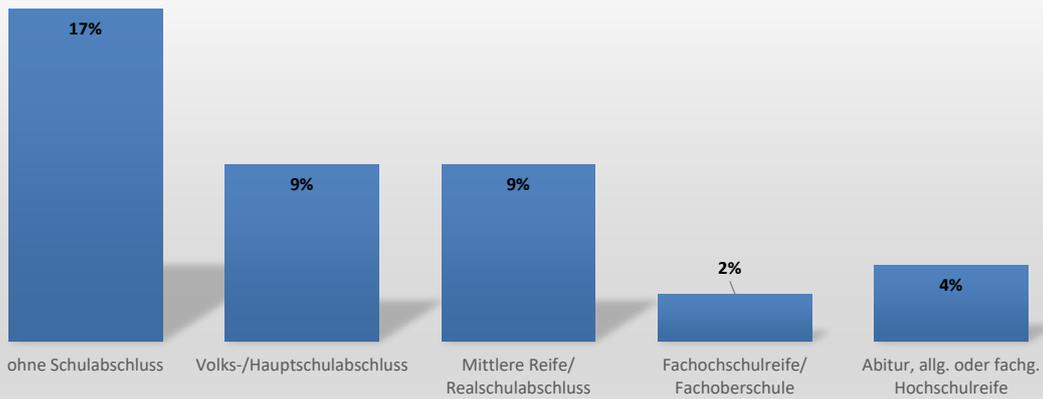
gewichtete Angaben von 999 Befragten

men allen drei Aussagen in Niedersachsen lediglich 3 Prozent der Anhänger der SPD zu, 7 Prozent der CDU-Wähler, 6 Prozent der Grünen und 6 Prozent der LINKEN. Herausragen hier sowohl die Anhänger der AfD mit 17 Prozent als auch diejenigen sonstiger Parteien mit knapp 20 Prozent Zustimmung (voll und ganz sowie eher) zu allen drei verschwörungstheoretischen Konstruktionen.

Auch zeigt sich bei der Bevölkerung Niedersachsens, was sich in anderen Studien bereits angedeutet hat: dass eher Männer als Frauen zum Verschwörungsglauben neigen und auch eher Personen mit einer niedrigen Bildung, also mit und ohne Haupt- oder Volksschulabschluss gegenüber Personen mit einem Realschulabschluss oder Abitur. Demgegenüber scheint eine konfessionelle Bindung, gleich welcher Couleur, nicht vom Verschwörungsglauben zu befreien.

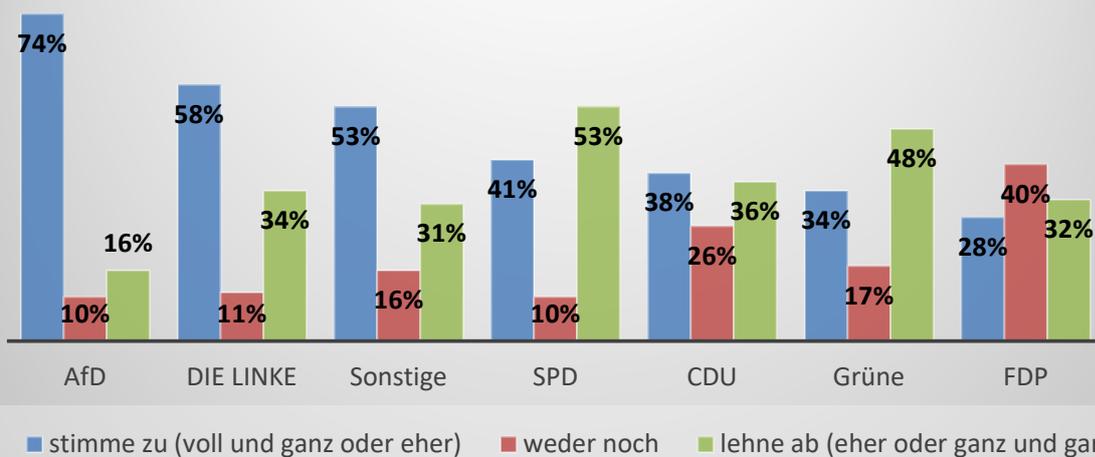


Scheinbar unabhängige Ereignisse sind Ursache geheimer Aktivitäten – stimme voll und ganz zu

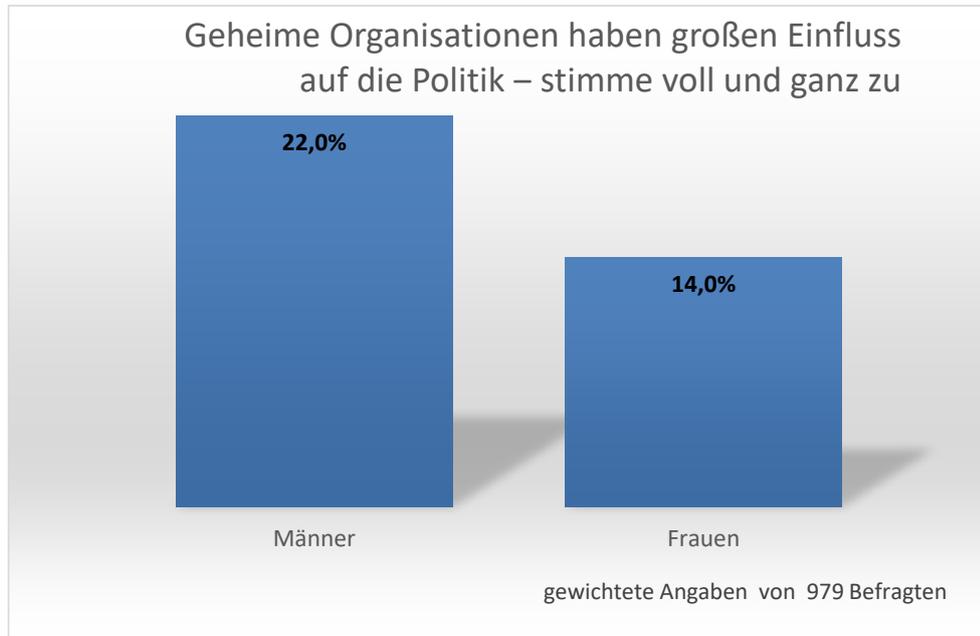


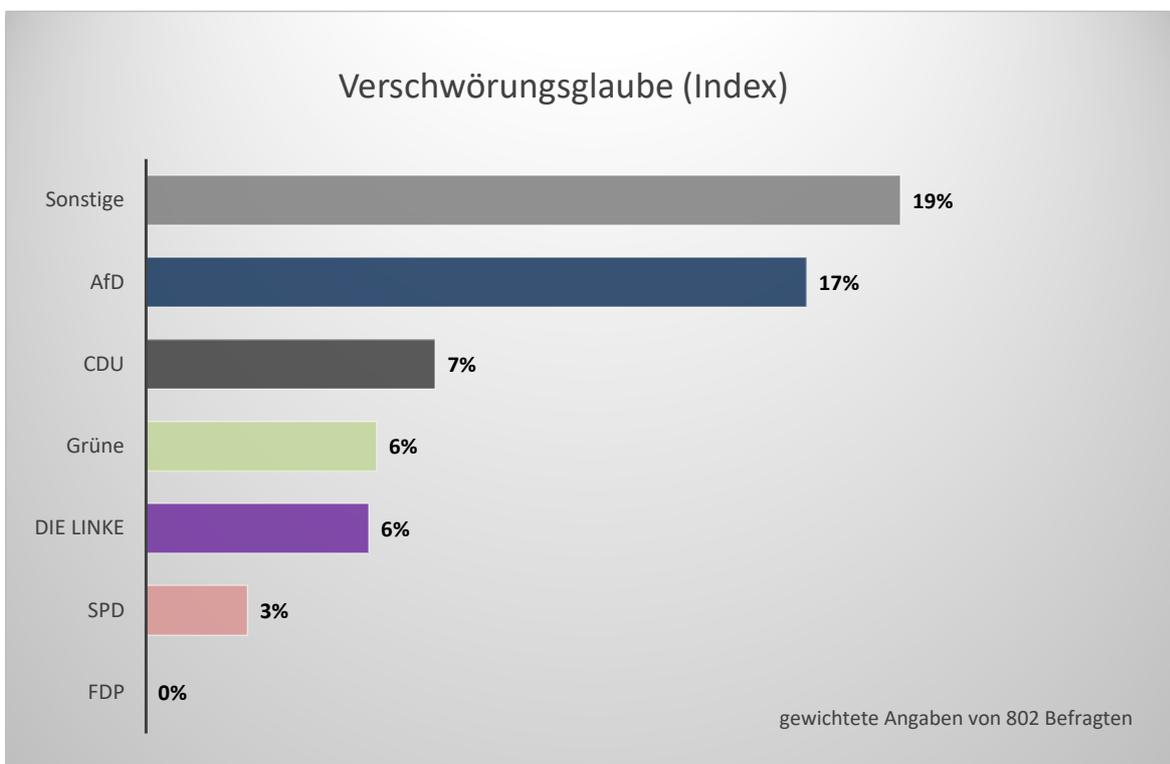
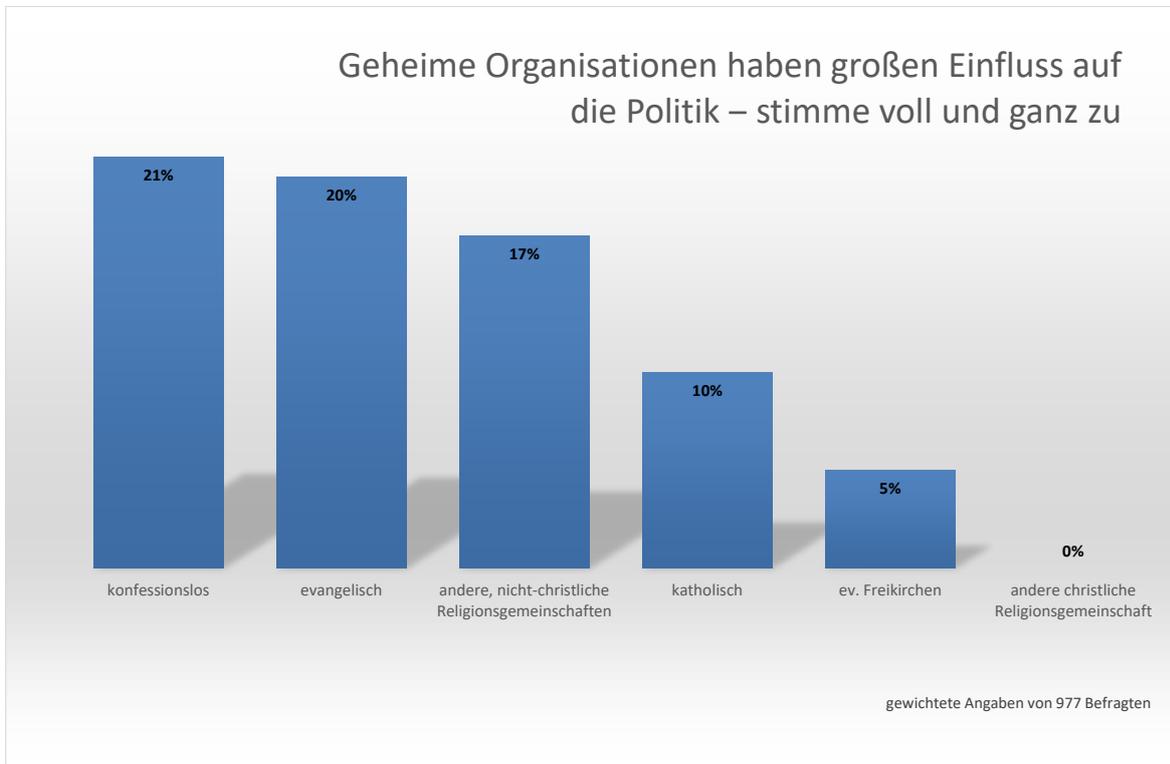
gewichtete Angaben von 954 Befragten

Geheime Organisationen haben großen Einfluss auf die Politik



gewichtete Angaben von 789 Befragten







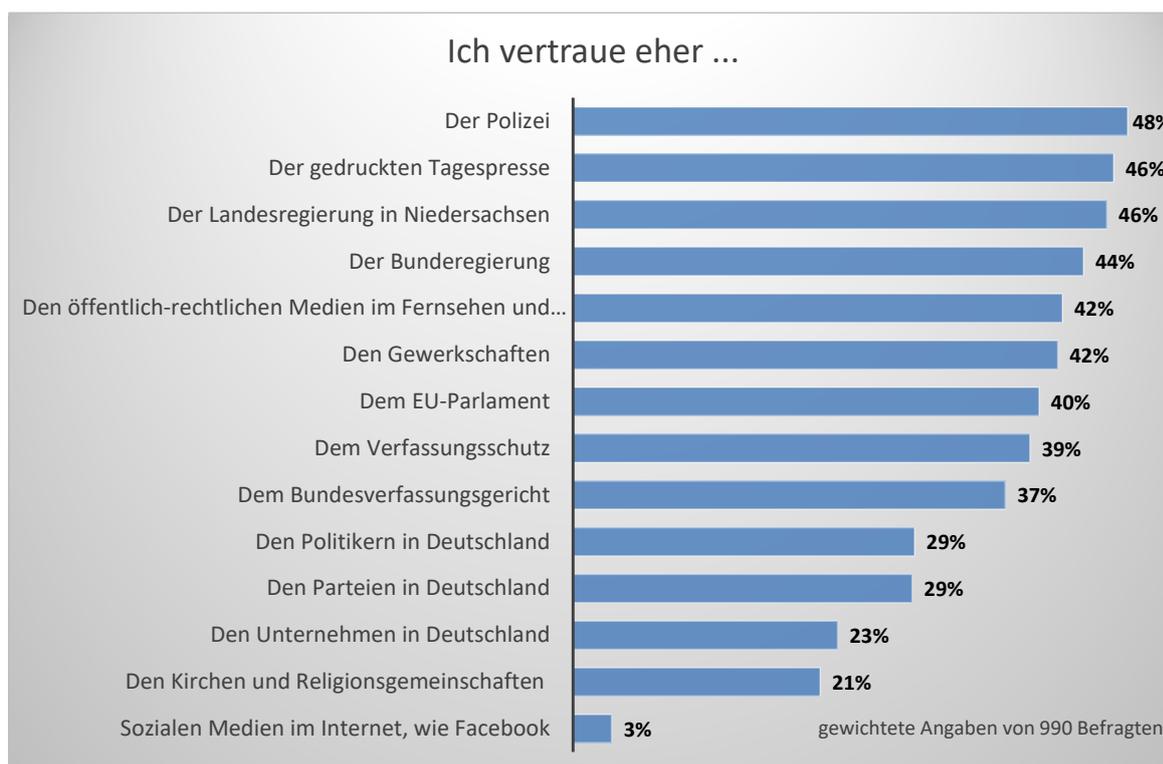
Vertrauen

Unsere Befragung bestätigt Befunde³⁰, denen zufolge vor allem das Bundesverfassungsgericht ein hohes Vertrauen genießt: 39 Prozent vertrauen dieser Institution stark und 37 Prozent vertrauen ihr eher. Dagegen misstraut so gut wie niemand dem höchsten deutschen Gericht (lediglich 3 Prozent misstrauen eher oder stark).³¹ Ähnlich hohe Vertrauenswerte erhält auch die Polizei: 37 Prozent vertrauen ihr stark und 48 Prozent vertrauen ihr eher. Zum Vergleich: In Thüringen schenken im Jahr 2018 der Polizei rund 70 Prozent dieses Maß an Vertrauen,³² in Brandenburg 2018 59 Prozent,³³ in Sachsen 2017 73 Prozent³⁴ und in Sachsen-Anhalt 2018 73 Prozent³⁵. Diese Zahlen unterstreichen, wie viel Vertrauen die Polizei in Niedersachsen genießt. Besonders deutlich wird dies, wenn die Kategorien „vertraue stark“ und „vertraue eher“ zusammengefasst werden: Dann führt die niedersächsische Polizei mit 85 Prozent die Rangfolge derjenigen Institutionen aus Exekutive, Legislative und Judikative, denen vertraut wird, noch vor dem Bundesverfassungsgericht (mit 76 Prozent) deutlich an.

Zwar genießt auch der Verfassungsschutz ein relativ großes Vertrauen – 13 Prozent vertrauen

ihm stark bzw. 39 Prozent vertrauen ihm eher. Aber mehr als jeder Fünfte misstraut dieser Institution auch, genauer: 15 Prozent misstrauen ihm eher und 7 Prozent misstrauen ihm stark. Gleichwohl hält diese Institution, der in der öffentlichen Wahrnehmung wenig Vertrauen entgegengebracht wird, bei der Betrachtung, welcher Institution man sehr stark vertraue, mit 13 Prozent den 5. Rangplatz. Nur den öffentlich-rechtlichen Medien (15 Prozent), der Landesregierung (16 Prozent) und eben der Polizei sowie dem Bundesverfassungsgericht wird mehr direktes Vertrauen geschenkt. Damit liegt der Verfassungsschutz noch vor den Gewerkschaften (10 Prozent), der Bunderegierung (9 Prozent), der gedruckten Tagespresse (7 Prozent), dem EU-Parlament (6 Prozent), Religionsgemeinschaften, Unternehmen, Politikern, Parteien oder sozialen Medien.

Das Vertrauen oder Misstrauen gegenüber Politikern und Parteien ist indifferent. Sowohl Politiker als auch Parteien genießen weder besonders großes Vertrauen noch wird ihnen offen misstraut. Zu beiden Gruppen jeweils befragt, zeigen sich die Bürger in Niedersachsen zu großen Teilen unentschlossen.³⁶ Insgesamt vertrauen stark oder eher 31 Prozent den Politikern und 30 Prozent den Parteien. Dennoch gibt es hierbei zwei



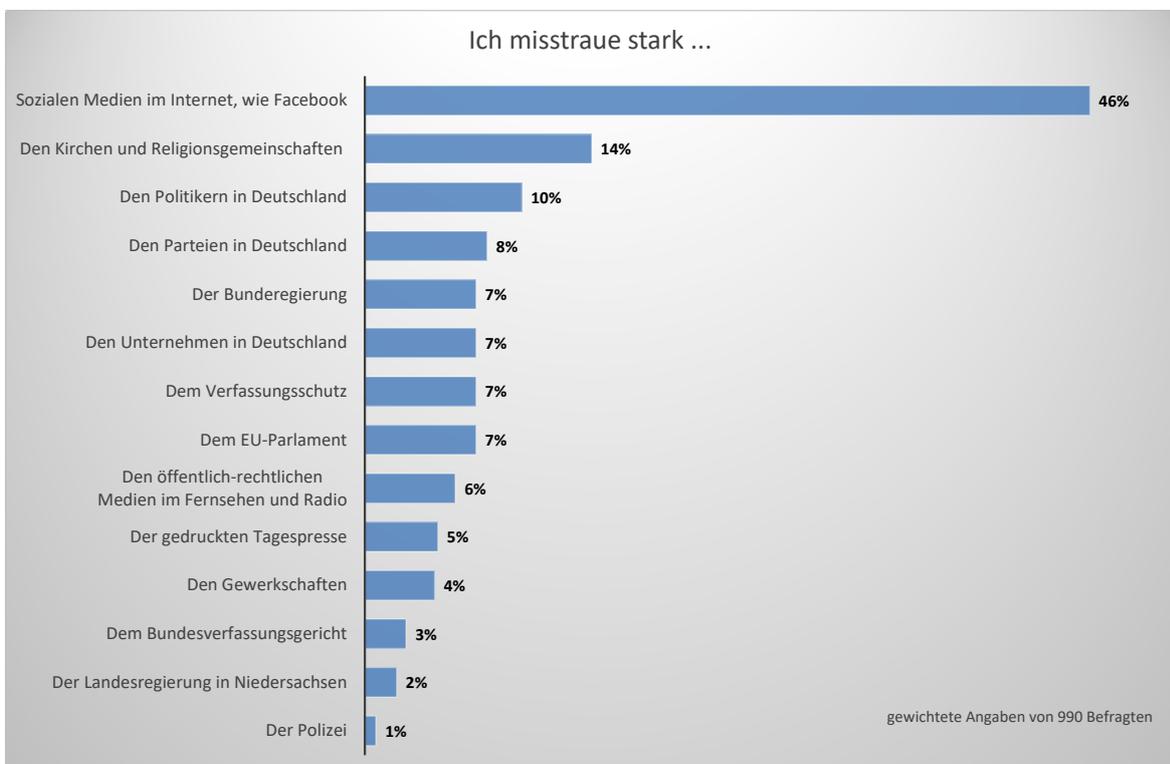
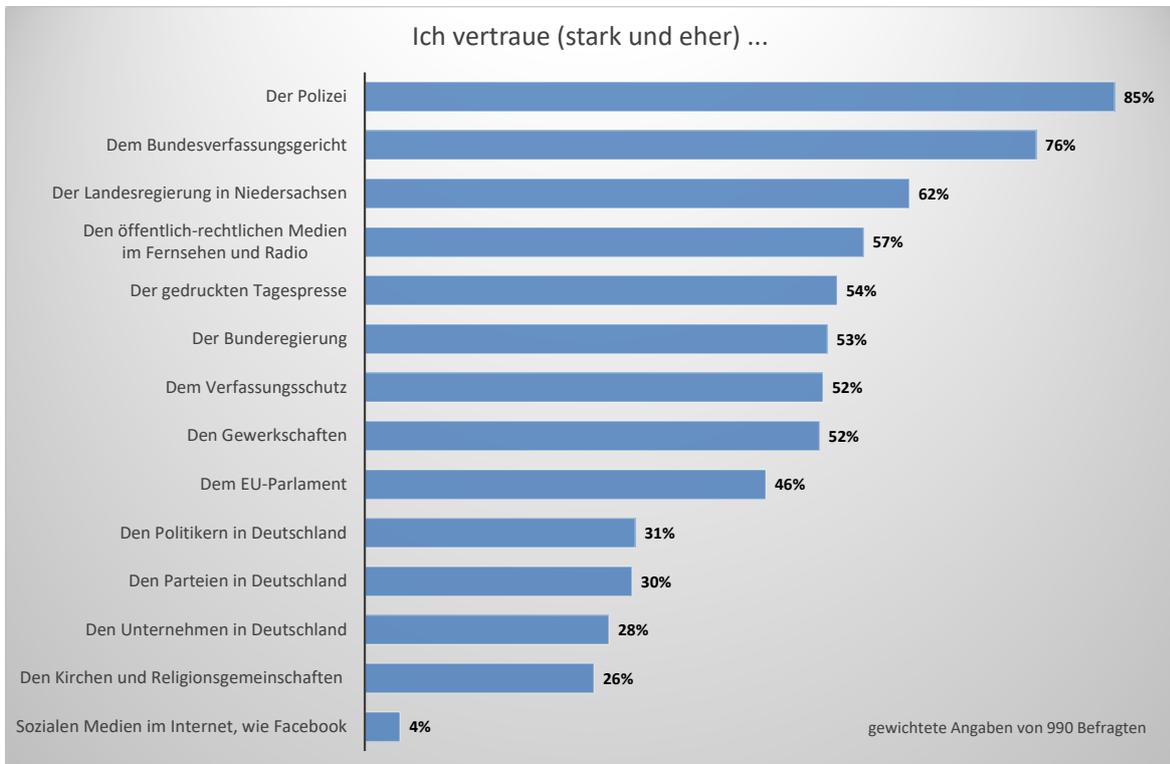
Auffälligkeiten: Erstens liegen sowohl Politiker als auch Parteien bei den Vertrauensfragen auf den hinteren Rängen – geringere Werte haben nur noch Unternehmen, Religionsgemeinschaften und soziale Medien –; zweitens schneiden Parteien im Vergleich zu Brandenburg (Vertrauen sehr groß und groß bei 8 Prozent)³⁷, Sachsen-Anhalt (14 Prozent)³⁸ und Sachsen (23 Prozent)³⁹ deutlich besser ab. Auch im Vergleich zu den 16 Prozent weitgehender und voller Vertrauensbekundung an die Politiker in Sachsen-Anhalt sind die niedersächsischen Politiker mit 31 Prozent deutlich besser bei ihren Wählern gelitten als in anderen Ländern.

Anders sieht es demgegenüber bei der Bundesregierung aus: Ihr vertrauen mehr als die Hälfte – 9 Prozent stark und 44 Prozent eher. Andererseits misstraut ihr mehr als jeder Fünfte – 14 Prozent eher und 7 Prozent stark. Im direkten Vergleich schneidet die niedersächsische Landesregierung klar besser ab. Eine deutliche Mehrheit vertraut ihr stark (16 Prozent) oder eher (46 Prozent), während ihr gleichzeitig noch deutlich weniger (9 Prozent) stark und eher misstrauen als der Bundesregierung (21 Prozent). Schaut man auf das Vertrauen insgesamt – also die Zustimmung zu „vertraue stark“ und „vertraue eher“ –,

steht die Niedersächsische Landesregierung mit 62 Prozent auf Platz drei und damit 9 Prozentpunkte vor der Bundesregierung (52 Prozent). Damit ist die Bevölkerung in Niedersachsen aktuell mit ihrer Landesregierung deutlich zufriedener als jene in Brandenburg (27 Prozent)⁴⁰, Thüringen, Sachsen-Anhalt (je 36 Prozent)⁴¹ und Sachsen (51 Prozent)⁴².

Von den politisch-parlamentarischen Instanzen erhält das EU-Parlament am wenigsten Vertrauen. Zwar vertrauen fast die Hälfte dem EU-Parlament – 6 Prozent stark und 40 Prozent eher. Aber auch mehr als jeder Fünfte misstraut dieser Institution – 15 Prozent eher und 7 Prozent stark. Diese Vertrauenswerte sind im Ländervergleich beispielsweise mit Sachsen deutlich höher: Dort vertrauen lediglich 28 Prozent dem Europäischen Parlament.⁴³

Das Vertrauen gegenüber den Religionsgemeinschaften ist in Niedersachsen eher gespalten. Zwar vertraut ihnen jeder Vierte – 5 Prozent stark und 21 Prozent eher –; aber zugleich misstraut mehr als jeder Dritte den Religionsgemeinschaften – 24 Prozent eher und 14 Prozent stark. Religionsgemeinschaften nehmen in Niedersachsen in der Bewertung des Institutionenvertrauens mit Platz 13 insgesamt auch den vorletzten Rang



ein – nur die sozialen Medien schneiden noch schlechter ab.

Das Vertrauen in Unternehmen ist gespalten. Während ihnen mehr als jeder Vierte vertraut – 5 Prozent stark und 23 Prozent eher –, misstraut den Unternehmen fast jeder Dritte – 22 Prozent eher und 7 Prozent stark.

Demgegenüber genießen die Gewerkschaften ein höheres Vertrauen. Während insgesamt 28 Prozent den Unternehmen vertrauen, genießen die Gewerkschaften mit fast 52 Prozent das Vertrauen von mehr als der Hälfte – 10 Prozent vertrauen ihnen stark und 42 Prozent eher, während 14 Prozent eher und 4 Prozent stark den Gewerkschaften misstrauen.

Wie beurteilen die Niedersachsen die Medienlandschaft? Das größte Vertrauen genießen die öffentlich-rechtlichen Medien: 15 Prozent vertrauen ihnen stark und 42 Prozent eher. Knapp dahinter liegt die gedruckte Tagespresse, der 7 Prozent stark und 46 Prozent eher vertrauen. Der Tagespresse wird zugleich aber auch (eher und stark) misstraut als den öffentlich-rechtlichen Medien (18 Prozent). Das größte Misstrauen erfahren die sozialen Medien: Fast niemand bekennt sich dazu, ihnen in irgendeiner Weise Vertrauen entgegenzubringen. Stattdessen misstrauen mehr als drei Viertel diesen Medien (78 Prozent) – 32 Prozent eher und 46 Prozent stark. Die sozialen Medien liegen damit, wie bereits betont, weit abgeschlagen hinter allen anderen Institutionen auf dem letzten Rangplatz.

Das Vertrauen in Medien ist insofern wichtig, als Medien eine wichtige Informationsquelle darstellen. Zwar meinen in Niedersachsen 74 Prozent, dass auch persönliche Gespräche eine wichtige Informationsquelle über das politische Geschehen seien; aber noch mehr nutzen hierfür Fernsehen (86 Prozent) und annähernd gleich viele Tageszeitungen (75 Prozent) sowie Radio (73 Prozent). Danach folgen Seiten von Zeitschriften und Zeitungen im Internet (53 Prozent) sowie gedruckte Zeitschriften und Magazine (50 Prozent). Soziale Medien im Internet nutzen lediglich 26 Prozent in Niedersachsen als Quelle von Informationen über Politik.

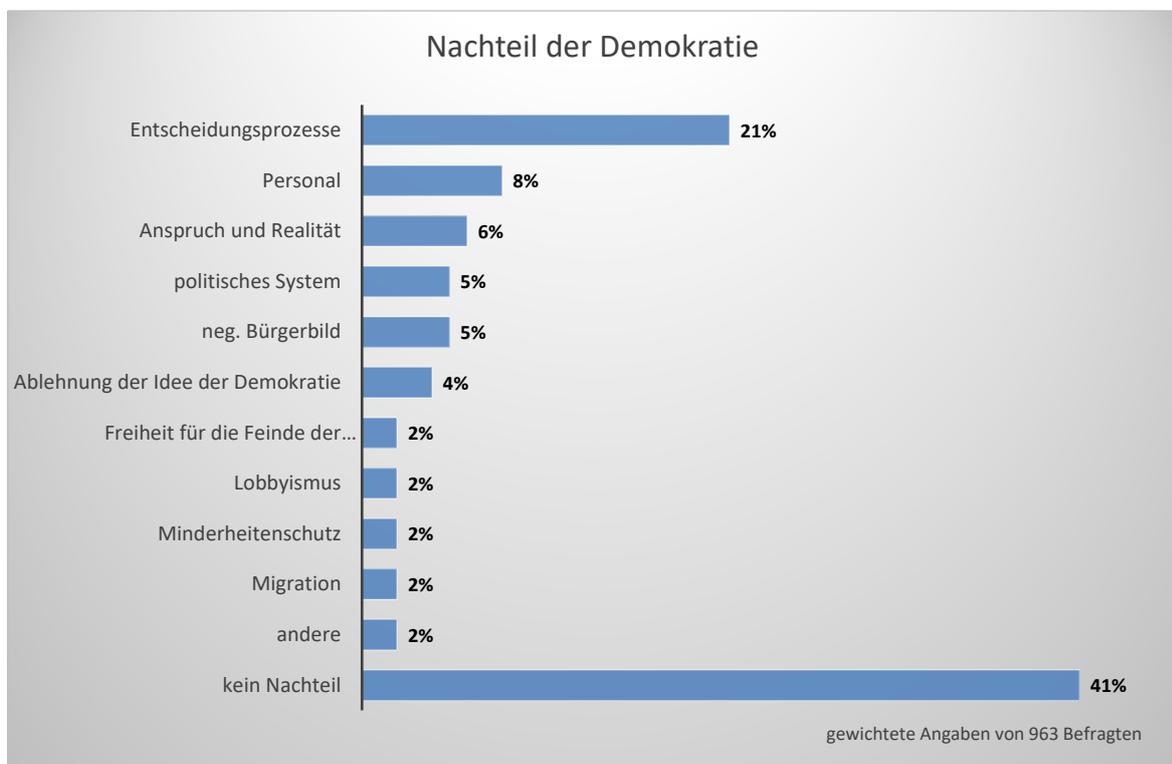
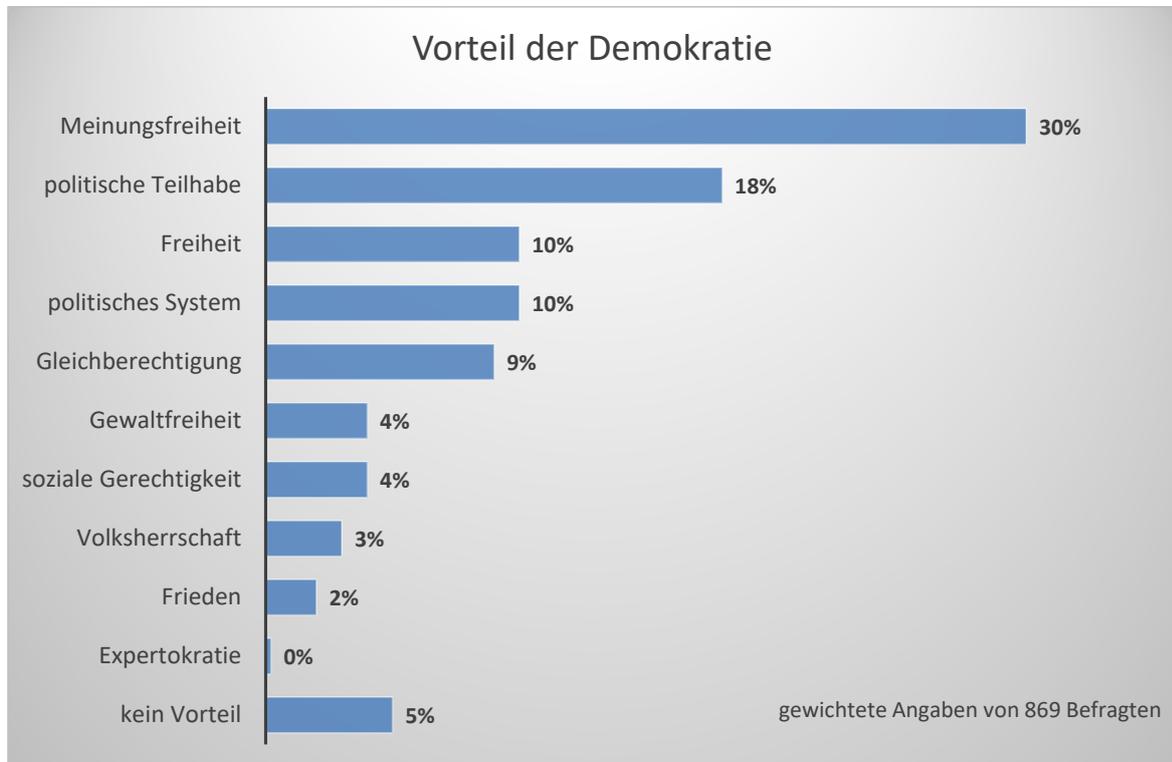
Demokratie

Mit dem *Niedersächsischen Demokratie-Monitor* soll über die einfache Frage nach der Zufriedenheit mit der Demokratie hinaus ein genaueres und vielschichtiges Bild der Demokratie-, Gesellschafts- und Politikvorstellungen gezeichnet werden. Aus diesem Grund orientieren wir uns zwar an klassischen Fragen zur Demokratie aus anderen Studien, gehen aber auch darüber hinaus. So wurde in zwei offenen Fragen erfasst, was aus Sicht der Bevölkerung in Niedersachsen der größte Vorteil und was der größte Nachteil von Demokratie sei.

Fast alle Befragten (94 Prozent ungewichtet) konnten einen direkten Vorteil der Demokratie nennen. Lediglich ein kleiner Teil der Befragten (3 Prozent ungewichtet) kann in der Demokratie keinen Vorteil erkennen oder gibt auf diese Frage gar keine Antwort (4 Prozent ungewichtet). Betrachtet man die Zahlen jedoch gewichtet, sehen in Niedersachsen immerhin 5 Prozent keinen Vorteil in der Demokratie.

Werden Vorteile gesehen, wird in Niedersachsen am häufigsten die Meinungsfreiheit genannt (30 Prozent gewichtet), gefolgt von der Möglichkeit zur politischen Teilhabe (18 Prozent), der Freiheit (10 Prozent), den Grundprinzipien eines demokratischen politischen Systems – also Gewaltenteilung, Wahlrecht, Rechtssicherheit u.Ä. – (10 Prozent) sowie der Gleichberechtigung – also Gleichheit und Gerechtigkeit im Allgemeinen – (9 Prozent). Daran schließen sich die Vorstellungen von Gewaltfreiheit (4 Prozent), sozialer Gerechtigkeit (4 Prozent) und Volksherrschaft im Allgemeinen (3 Prozent) an, während Frieden (2 Prozent) und Expertenherrschaft (0,2 Prozent) auf eher abgeschlagenen Plätzen landen.

Deutlich weniger Befragte können einen Nachteil der Demokratie benennen. Ein gutes Drittel (34 Prozent ungewichtet) sehen keinen Nachteil in der Demokratie. Keine verwertbare Antwort geben hier 10 Prozent. Insgesamt benennen 59 Prozent der Befragten einen Nachteil der Demokratie. Schaut man auf die gewichteten Daten, können in Niedersachsen sogar 41 Prozent keinen Nachteil an der Demokratie finden. Mit deutlichem Abstand zu anderen Kritiken wurde am häufigsten Kritik an den Entscheidungsprozessen geäußert (21 Prozent gewichtet) – sie dauerten zu

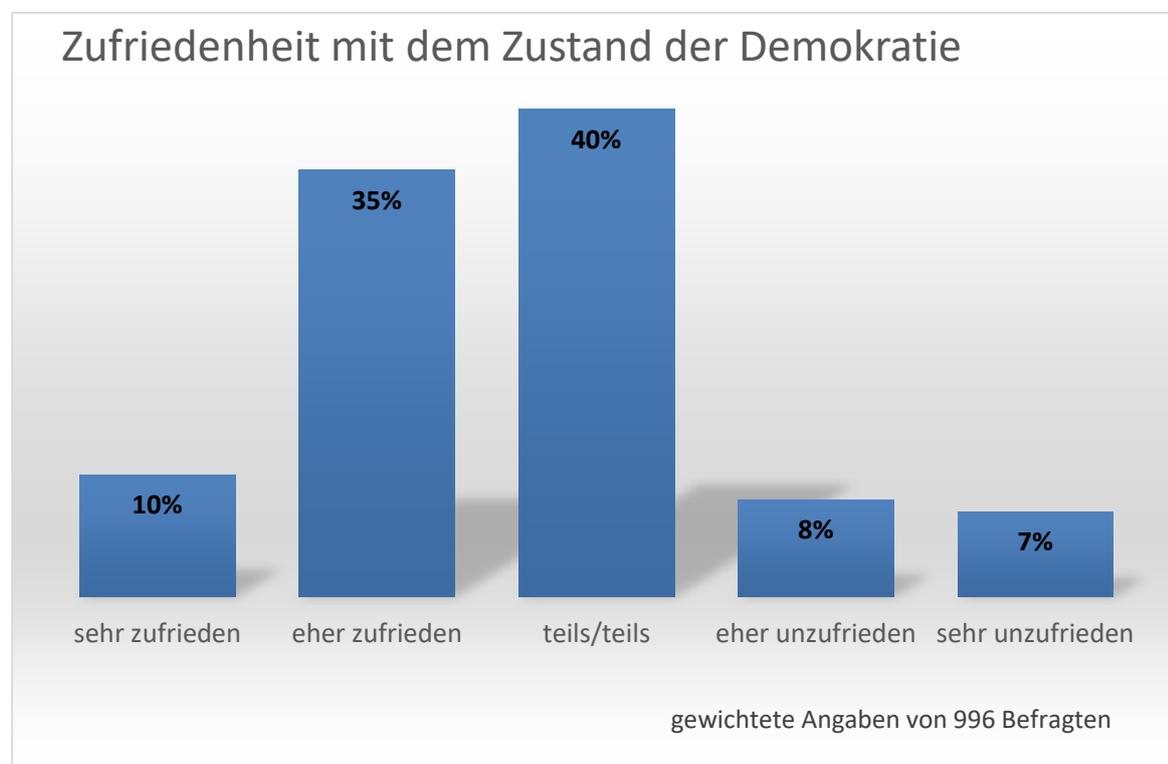


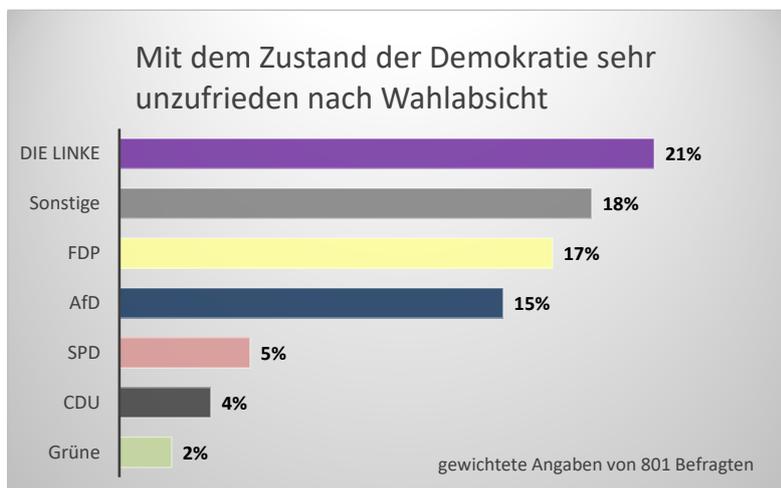
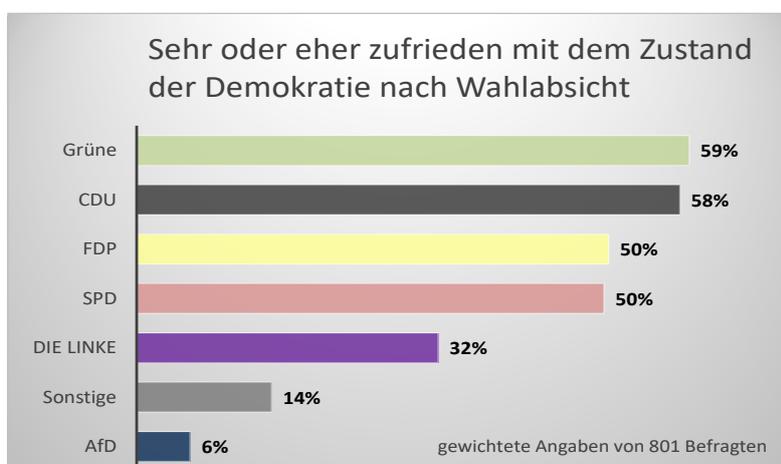
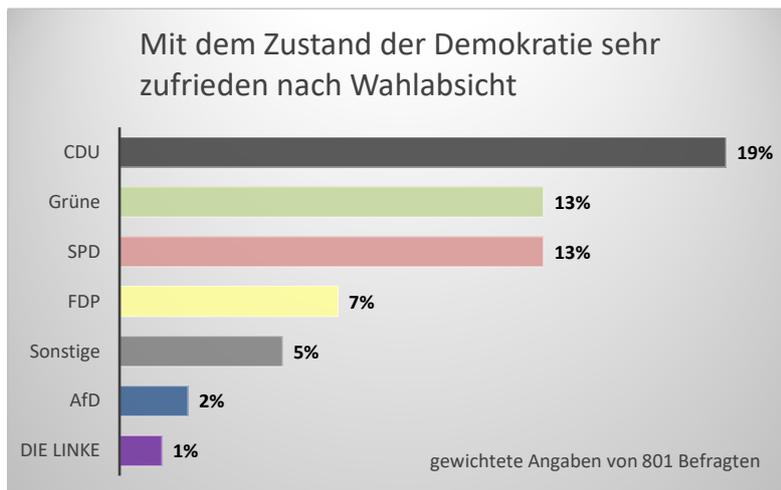
lange, hingen von Medienkonjunkturen ab oder würden in einem umfassenden Diskussionsprozess oder in den Verwaltungsmühlen zermahlen. Auf Platz zwei folgt mit 8 Prozent die Kritik an der Qualität der Politiker (hier wurden ihre Entscheidungsschwäche, ihre potenzielle Korruptierbarkeit und ihre mangelnde Responsivität adressiert) und mit 6 Prozent die wahrgenommene Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit, wie die Demokratie der Idee nach funktionieren sollte und welche Grenzen in der Realität gesetzt seien. 5 Prozent sehen einen Nachteil der Demokratie in der Ausgestaltung des politischen Systems, d.h. im Fehlen einer direkten Demokratie, in der wahrgenommenen Parteienherrschaft bzw. der Zersplitterung des Parteiensystems. Ebenfalls 5 Prozent sehen in dem beeinflussbaren, unkritischen oder politikverdrossenen Bürger den entscheidenden Nachteil der Demokratie (negatives Bürgerbild); und immerhin 4 Prozent bekunden im Rahmen dieser offenen Frage eine dezidierte Ablehnung der Idee der Demokratie. Lediglich ein geringer Teil in Niedersachsen (2 Prozent) sieht als Nachteil, dass auch die Feinde der Demokratie Freiheitsrechte hätten, und fürchtet „Radikale“, Rechtsruck und Populismus. Ein gleich großer Teil (ebenfalls 2 Prozent) sieht als Nachteil der Demo-

kratie einen zu großen Spielraum für Konzerne bzw. Lobbyismus. Die Möglichkeit der Einwanderung in ein demokratisches System halten in Niedersachsen bloß 2 Prozent für einen Nachteil der Demokratie.

Eben weil Demokratie ein „wanderungsfreudige[r]“⁴⁴ Begriff ist, sind die freien Assoziationen zu ihren Vor- und Nachteilen aufschlussreich. Zunächst zeigen die Daten, dass der vielfach proklamierte „weitreichende prozedurale Konsens“, der als Basis für die Zustimmung zur und Akzeptanz von Demokratie gilt,⁴⁵ für die Niedersachsen nicht der entscheidende Vorteil der Regierungsform zu sein scheint. Vielmehr scheint die ausgemachte Dysfunktionalität der demokratischen Entscheidungsprozesse als entscheidender Nachteil der Demokratie gesehen zu werden. Diese Perspektive scheint sich auch in einer Kritik des „Ist-Zustandes“ von demokratischer Praxis zu übersetzen.

Zunächst einmal zeigen sich beinahe die Hälfte der Niedersachsen mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland allgemein zufrieden – 10 Prozent sind sehr und 35 Prozent eher zufrieden mit dem Zustand der Demokratie. Ein beinahe gleich großer Anteil (40 Prozent) ist zumindest teilweise zufrieden. Eher oder sehr un-





zufrieden mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland sind demgegenüber nur 8 und 7 Prozent. Zum Vergleich wieder Ergebnisse aus anderen Bundesländern: In Sachsen waren 2017 mehr Menschen mit dem Zustand der Demokratie, wie sie in der Praxis funktioniert, sehr oder

sehr zufrieden – zusammengekommen 60 Prozent.⁴⁶ Und auch in Thüringen waren 2018 mit 55 Prozent mehr Menschen mit der demokratischen Praxis zufrieden.⁴⁷ Lediglich in Sachsen-Anhalt waren 2018 weniger Menschen mit der Art und Weise, wie Demokratie in Deutschland funktioniert, zufrieden – dort waren es lediglich 41 Prozent.⁴⁸

Schaut man auf die Demokratiezufriedenheit bei unterschiedlichen Parteien, so stellt man fest, dass in Niedersachsen die Wähler der Grünen mit 59 Prozent sehr oder eher zufrieden sind mit der Demokratie, gefolgt von den Wählern der CDU (58 Prozent) und der FDP (50 Prozent). Bei den Wählern der LINKEN und der AfD gaben dagegen nur 32 Prozent (DIE LINKE) und 6 Prozent (AfD) an, mit dem Zustand der Demokratie zufrieden zu sein. Gleichfalls sind unter den Wählern dieser Parteien die Anteile der Unzufriedenen mit 33 Prozent (DIE LINKE) und 58 Prozent (AfD) sogar größer als die der Zufriedenen. Dabei ist die Unzufriedenheit bei den Wählern der LINKEN letztlich deutlich tiefer sitzend als bei den Anhängern der AfD. Hier sind lediglich 15 Prozent sehr unzufrieden, während dies auf nahezu 21 Prozent der LINKEN-Wähler zutrifft. Interessant ist, dass in Niedersachsen gerade die Jüngeren zufriedener

(59 Prozent) und die Unzufriedenheit deutlich geringer (9 Prozent).

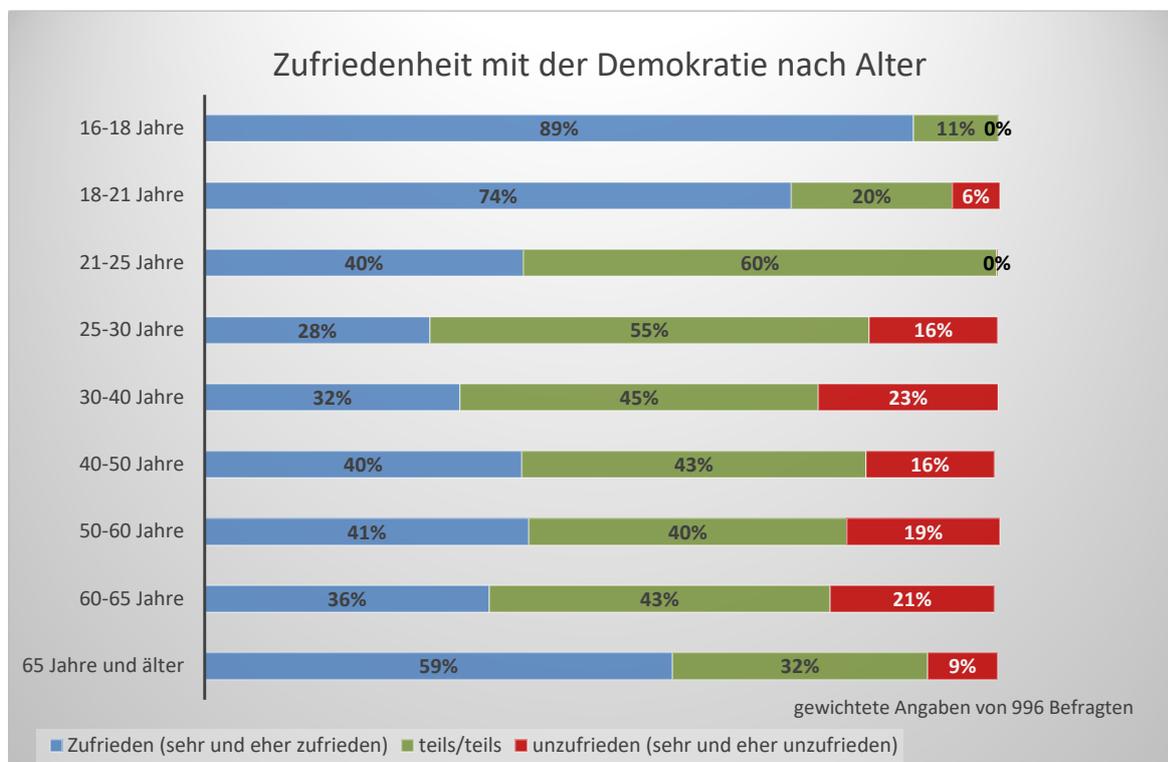
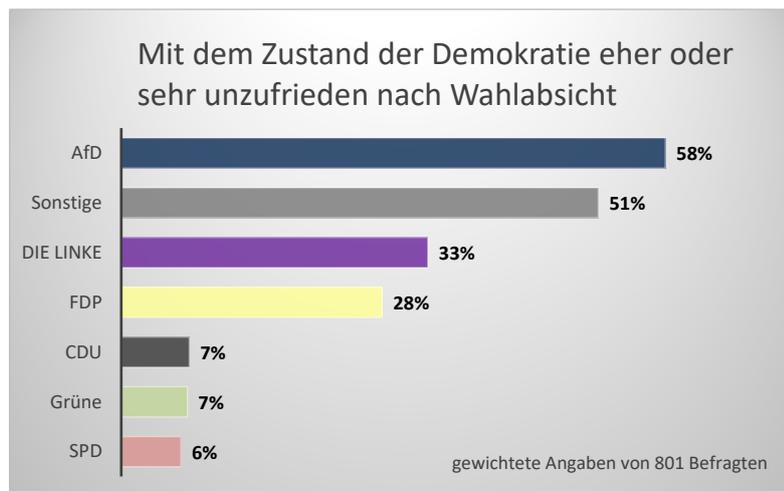
In Niedersachsen zeigt sich auch, dass ein höherer Schulabschluss tendenziell zu einem größeren Anteil an mit der Demokratie zufriedenen Bürgern führt.

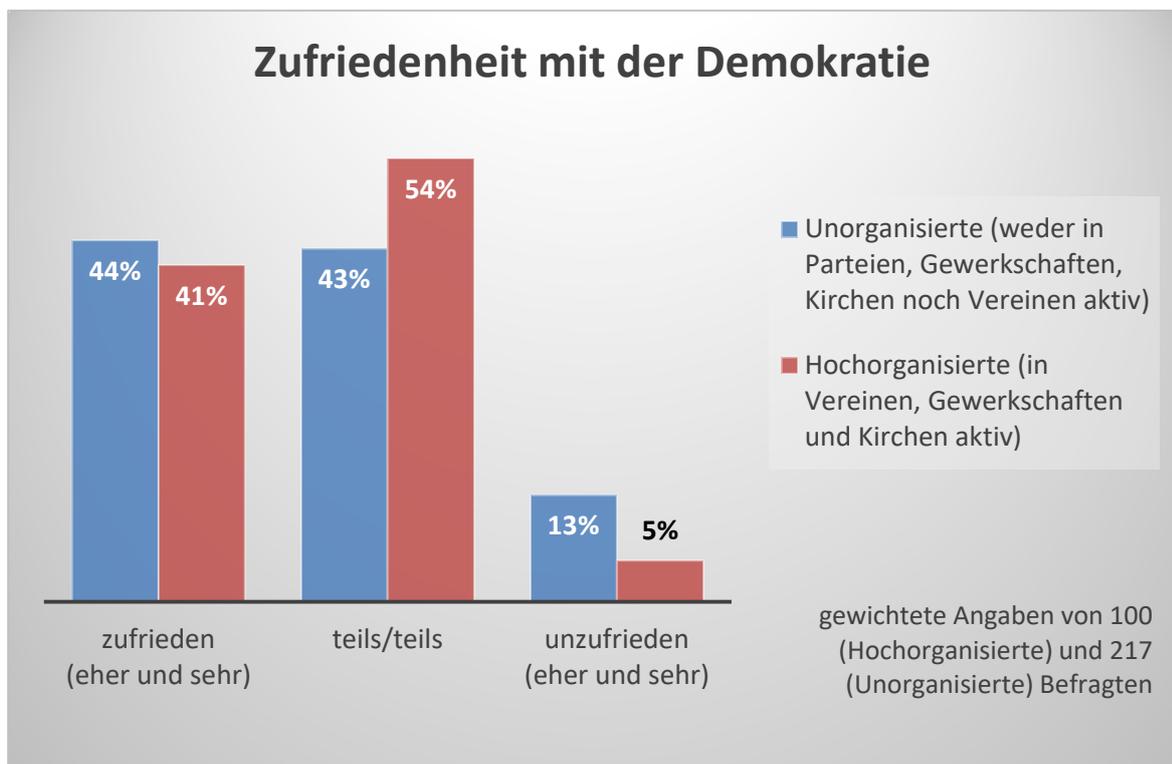
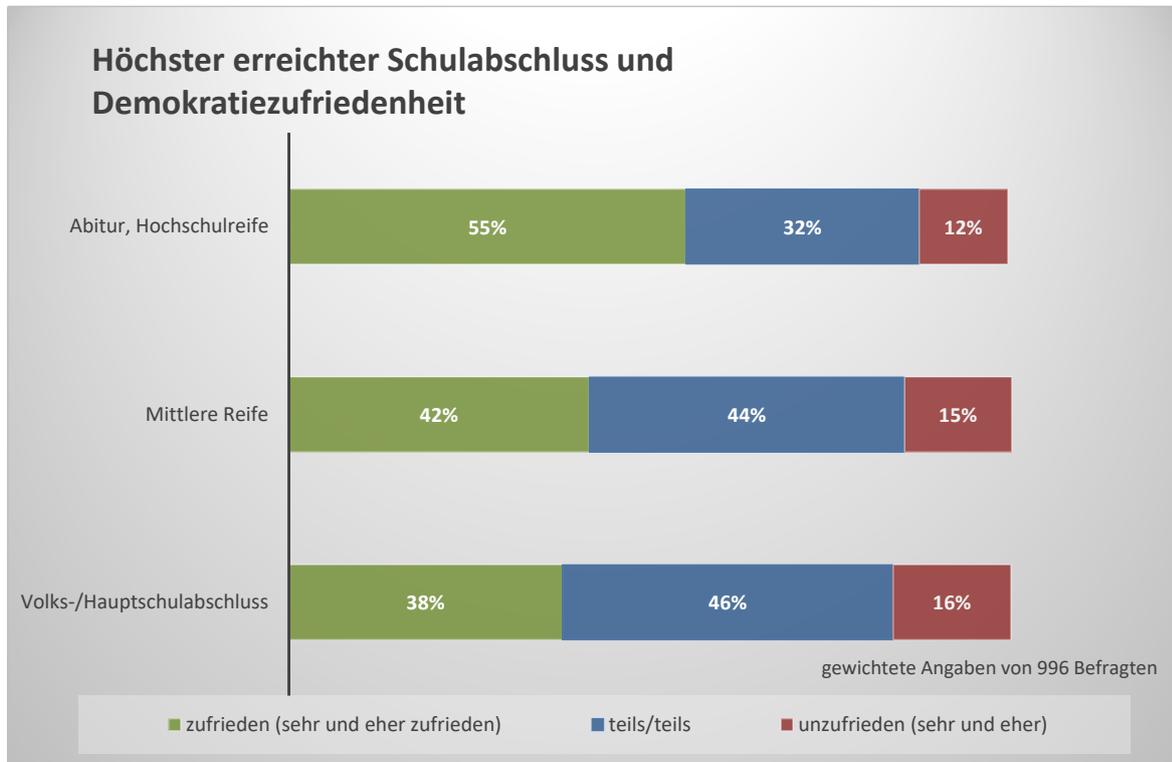
Interessant ist der Unterschied der Demokratiezufriedenheit zwischen Unorganisierten, d.h. Personen, die weder in Vereinen, Gewerkschaften, Kirchen noch Parteien Mitglied sind, und Hochorganisierten, d.h. jenen, die sowohl in Vereinen als auch in Gewerkschaften und Kirchen Mitglied sind.⁴⁹ Während die Hochorganisierten mit 41 Prozent etwas weniger zufrieden mit dem Zustand der Demokratie sind (sehr und eher zufrieden) als die Unorganisierten mit 44 Prozent, sind diese jedoch mit 13 Prozent deutlich unzufriedener (sehr und eher) als die Hochorganisierten mit 5 Prozent.

Wird nach Aktiven in den Organisationen unterschieden, ist festzustellen, dass aktive Gewerkschaftsmitglieder mit

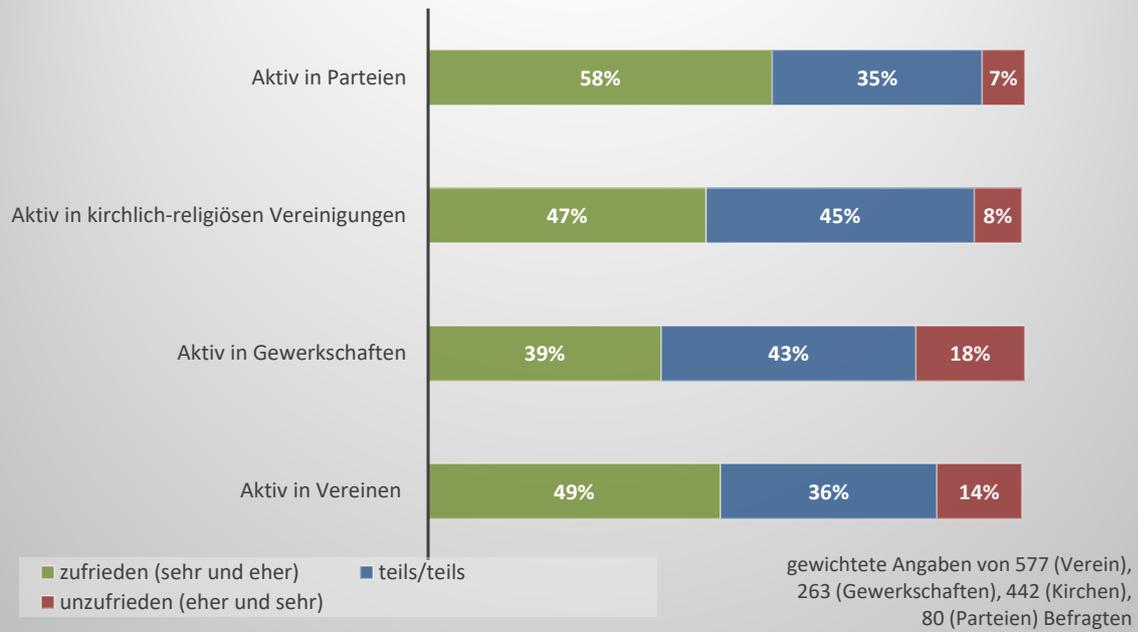
18 Prozent am stärksten mit der Demokratie unzufrieden sind, während dies lediglich auf 8 Prozent der aktiven Mitglieder in Religionsgemeinschaften und auf 7 Prozent der aktiven Parteimitglieder zutrifft.

Diejenigen, die davon ausgehen, dass die Politik die Probleme der Gesellschaft wahrnehme, sind mehrheitlich mit der Demokratie zufrieden, während nahezu ein Viertel all jener, die davon ausgehen, dass die Politik die Probleme ignoriere, mit der Demokratie unzufrieden sind.

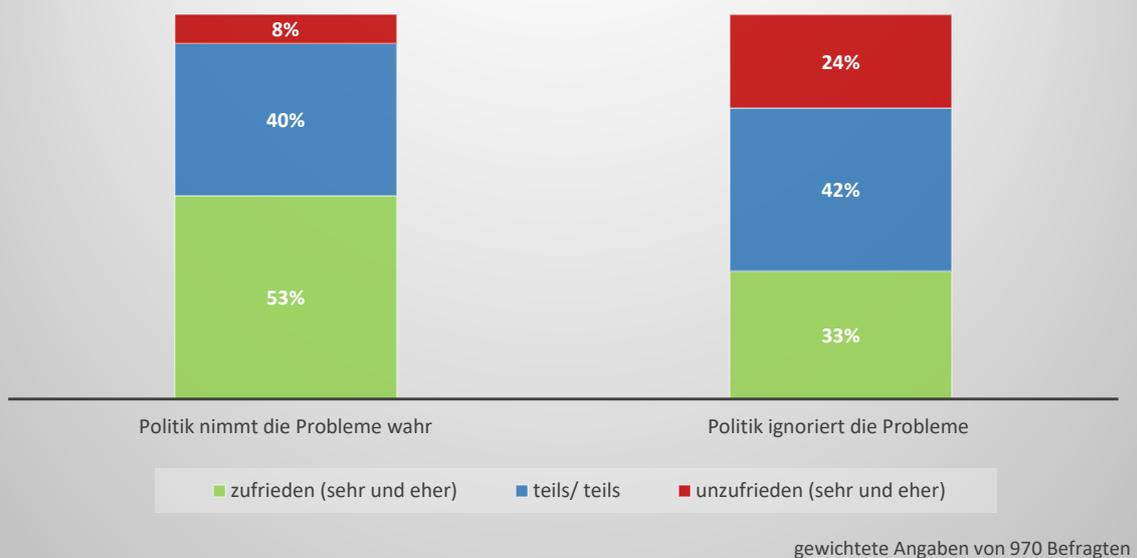




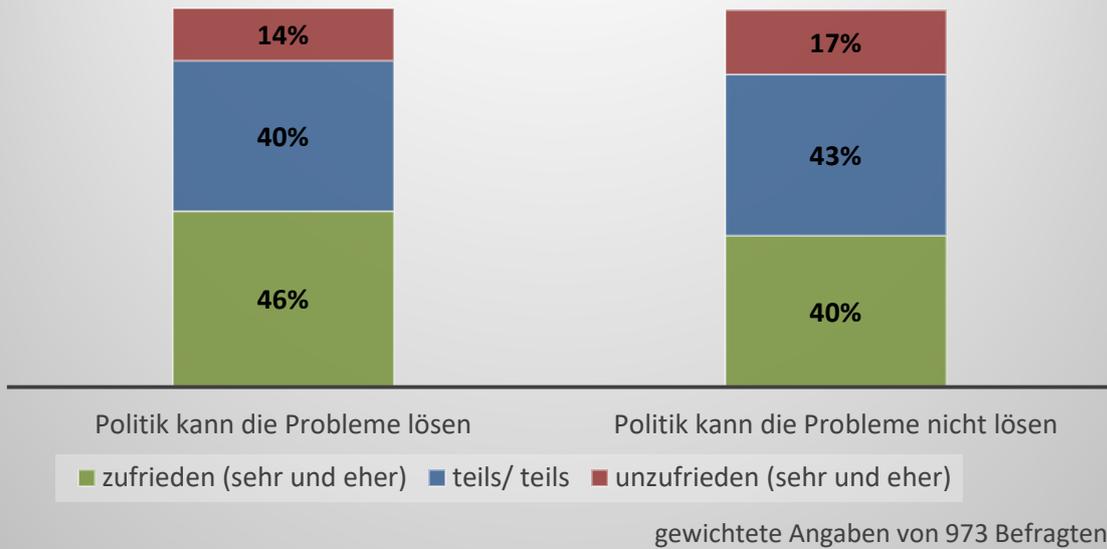
Demokratiezufriedenheit nach Aktivität in Großorganisationen



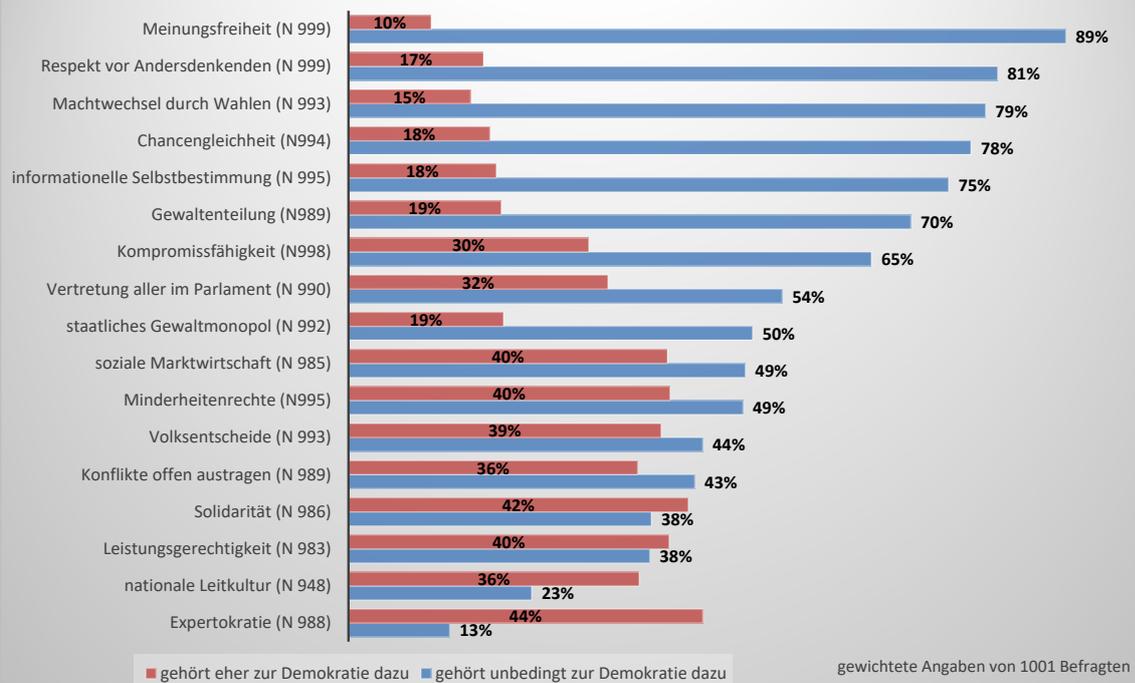
Demokratiezufriedenheit nach Problemwahrnehmung durch die Politik



Problemlösungskompetenz und Demokratiezufriedenheit



Was gehört zu einer Demokratie dazu?



Das weist darauf hin, dass in Niedersachsen die wahrgenommene Performanz der Politik mit der Demokratiezufriedenheit zusammenhängt. Die Zuschreibung zur Politik, die anstehenden gesellschaftlichen Probleme auch lösen zu können, scheint demgegenüber nicht so stark mit der Demokratiezufriedenheit zusammenzuhängen: Hier sind diejenigen, die davon ausgehen, dass Politik die Probleme auch lösen könne, bloß um 6 Prozentpunkte zufriedener mit der Demokratie als jene, die der Politik diese Kompetenz absprechen. Welche Vorstellungen haben die Bürger in Niedersachsen von der Demokratie und was verbinden sie mit ihr? Dazu haben wir danach gefragt, welche Aspekte aus ihrer Sicht zu einer Demokratie dazugehören und welche eher nicht dazugehören.

Es gibt eine Reihe von Aspekten, die für eine sehr große Mehrheit zum Wesen der Demokratie gehören. Hierzu zählen etwa die Möglichkeit eines Machtwechsels durch Wahlen, die für 79 Prozent der Bevölkerung in Niedersachsen unbedingt und 15 Prozent eher zu einer Demokratie dazugehört, die Meinungsfreiheit, die 89 Prozent unbedingt und 10 Prozent eher als Kern der Demokratie ansehen, oder auch die Gewaltenteilung, also die Trennung und Unabhängigkeit von Gesetzgebung, Regierung und Rechtsprechung, die für 70 Prozent unbedingt und für 19 Prozent eher zur Demokratie gehöre. Fast genauso viele identifizieren die Demokratie in ihrer Vorstellung aber auch mit der Kompromissfähigkeit bei politischen Entscheidungen oder dem Respekt vor Andersdenkenden. Eine deutliche Mehrheit verbindet mit der Demokratie gleichfalls das Recht von Minderheiten, nach eigenen Regeln zu leben, solange dadurch keine allgemeinen Grundrechte verletzt werden – dies zählen immerhin 49 Prozent der Befragten unbedingt und 40 Prozent eher zu einer Demokratie dazu.⁵⁰ Eine ähnliche Verteilung haben auch die Aspekte der Chancengleichheit und die informationelle Selbstbestimmung. Nicht zuletzt sehen auch fast alle die soziale Marktwirtschaft als zur Demokratie gehörig an – 49 Prozent zählen sie unbedingt und 40 Prozent eher dazu. Demgegenüber sehen lediglich 7 Prozent die Marktwirtschaft eher nicht und 2 Prozent gar nicht als der Demokratie zugehörig an.

Daneben gibt es aber auch Aspekte, die zwar ebenfalls mehrheitlich mit der Demokratie ver-

bunden werden, aber durchaus umstritten zu sein scheinen, weil auf der anderen Seite auch ein relativ großer Anteil der Niedersachsen diese Aspekte gerade nicht als der Demokratie zugehörig ansieht. Hierzu zählt etwa die Durchführung von Volksentscheiden auf Bundesebene, die zwar eine Mehrheit befürwortet, aber fast jeder Sechste (14 Prozent eher, 2 Prozent überhaupt) nicht der Demokratie zugehörig erachtet. Ähnliches gilt für die Möglichkeit, Konflikte offen auszutragen, die zwar 43 Prozent unbedingt und 36 Prozent eher mit der Demokratie in Verbindung bringen, aber auch 15 Prozent eher nicht und 4 Prozent überhaupt nicht als der Demokratie zugehörig ansehen. Auch die Vorstellung, dass im Parlament alle Bevölkerungsgruppen repräsentiert sein sollen, oder Leistungsgerechtigkeit (diejenigen, die mehr leisten, sollen auch mehr bekommen) wird von 12 bzw. sogar 20 Prozent der Niedersachsen eher oder gar nicht als der Demokratie zugehörig empfunden. Nicht zuletzt zeigt sich diese Aufteilung auch bei der Solidarität im Sinne des Anspruchs Hilfsbedürftiger auf Fürsorge und vor allem bei der Frage des Gewaltmonopols des Staates, was 17 Prozent (Solidarität) und sogar 30 Prozent (Gewaltmonopol) eher oder gar nicht als der Demokratie zugehörig ansehen.

Vor allem bei zwei Aspekten ist die Zugehörigkeit zur Demokratie unter den Niedersachsen sehr umstritten. Der eine Aspekt betrifft die Frage, ob Experten über grundlegende Probleme der Gesellschaft entscheiden sollten. Eine deutliche Mehrheit (13 Prozent unbedingt, 44 Prozent eher) findet, dass dies zur Demokratie dazugehöre; aber eine kaum kleinere Minderheit hat eine gegenteilige Sicht und meint, dass Experten-tum zu 34 Prozent eher nicht und zu 8 Prozent gar nicht zur Demokratie gehöre. Ein zweiter umstrittener Punkt ist die Zugehörigkeit einer nationalen Leitkultur zur Demokratie. Fast zwei Drittel (64 Prozent) in Niedersachsen finden, dass eine nationale Leitkultur unbedingt oder eher zur Demokratie dazugehöre. Aber auch mehr als ein Drittel (36 Prozent) meinen, dass eine nationale Leitkultur gerade nicht zur Demokratie gehöre.

Wie die anderen Demokratie-Monitore sind auch wir auf der Suche nach bestimmten Demokratie-Typen. Diese sollen jedoch nicht formal daran bestimmt werden, ob man mit der Demokratie als Idee, der demokratischen Verfassung und der

Demokratie, wie sie funktioniert, übereinstimmt. Es geht also nicht, wie beispielsweise im Thüringen-Monitor, um zufriedene Demokraten (Zustimmung zur Demokratie als Idee und wie sie funktioniert), um unzufriedene Demokraten (Zustimmung zur Demokratie als Idee, aber unzufrieden damit, wie sie in der Verfassung funktioniert), um Demokratieskeptiker (keine Zustimmung zur Idee der Demokratie an sich, aber zufrieden damit, wie sie funktioniert) oder gar Antidemokraten (keine Zustimmung zur Idee der Demokratie und unzufrieden damit, wie sie funktioniert).⁵¹ Die offene Frage nach den Vor- und Nachteilen der Demokratie hat, wie auch die Forschungsliteratur zum Komplex „Demokratie“ unterstreicht, gezeigt, dass der Begriff nicht nur enorm vielschichtig und mit historischen Bezügen aufgeladen ist, sondern gleichsam eine Assoziationshülse darstellt: Unter „Demokratie“ wird jeweils Unterschiedliches verstanden.

Dennoch deuten unsere Daten, ähnlich wie andere Untersuchungen⁵², darauf hin, dass die Befragten einen bestimmten Kern der Demokratie identifizieren, der unstrittiger ist als andere Bestandteile. Meinungsfreiheit, Respekt vor Andersdenkenden, Chancengleichheit und Machtwechsel durch Wahlen gehören jedenfalls für drei Viertel der Niedersachsen unbedingt zur Demokratie dazu und sind weniger umstritten als andere in unserer Befragung vorgegebene Elemente wie politische Entscheidung durch Experten, Solidarität, Minderheitenrechte, Leistungsgerechtigkeit oder soziale Marktwirtschaft. Wobei sich die vorgegebenen Elemente einer Demokratie einerseits an den Dahl'schen Minimal Kriterien orientieren⁵³ und andererseits zentrale Elemente der aktuellen Diskussionen aufgreifen, wie die Verlagerung der politischen Entscheidungen an Experten, die verstärkte Forderung nach Volksentscheiden, das Verhältnis einer sogenannten Leitkultur zu heterogenen Gesellschaften oder Minderheitenrechte.

Quellen und Literatur

- Buchstein, Hubertus:** Demokratietheorie in der Kontroverse, Baden-Baden 2009.
- Dahl, Robert:** Democracy and its Critics, New Haven 1989.
- Dahl, Robert:** On Democracy, New Haven 2000.
- Ferrín, Mónica / Kriesi, Hanspeter:** How Europeans View and Evaluate Democracy, Oxford 2016.
- Gensicke, Thomas:** Freiwilligensurvey – Bürger-schaftliches Engagement, in: Sarcinelli, Ulrich / Falter, Jürgen W. / Mielke, Gerd / Benzer, Bodo (Hg.): Politik in Rheinland-Pfalz. Gesellschaft, Staat und Demokratie, Wiesbaden 2010, S. 75–90.
- Gensicke, Thomas:** Zivilgesellschaft und Freiwilliges Engagement in Nordrhein-Westfalen 1999–2004–2009, München 2011, URL: https://www.mfkjks.nrw/sites/default/files/asset/document/studie_freiwilligensurvey_nrw.pdf [eingesehen am 09.07.2017].
- Holtmann, Everhard / Jaeck, Tobias / Völkl, Kerstin:** Sachsen-Anhalt-Monitor 2018. Polarisierung und Zusammenhalt, Halle 2018.
- Kubitza, Michael:** ARD-Umfrage Gerechtigkeit, in: Bayerischer Rundfunk, 13.11.2018, URL: <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/ard-umfrage-gerechtigkeit.R89Kipl> [eingesehen am 12.02.2019].
- Kunz, Anne:** Hier wohnen die deutschen Einkommensmillionäre, in: Die Welt, 28.06.2017, URL: <https://www.welt.de/wirtschaft/article166021861/Hier-wohnen-die-deutschen-Einkommensmillionaere.html> [eingesehen am 15.02.2019].
- Landesamt für Statistik Niedersachsen:** Statistisches Taschenbuch Niedersachsen 2018, Hannover 2018.
- Landwehr, Claudia / Faas, Thorsten / Harms, Philipp:** Bröckelt der Verfahrenskonsens? Einstellungen zu politischen Entscheidungen und demokratischen Entscheidungsverfahren in Zeiten des Populismus, in: Leviathan, Jg. 45 (2017), H. 1, S. 35–54.
- Landwehr, Claudia / Steiner, Nils D.:** Where Democrats Disagree: Citizens' Normative Conception of Democracy, in: Political Studies, Jg. 65 (2017), H. 4, S. 786–804.
- Müller-Hilmer, Rita:** Brandenburg-Monitor. Studie im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Brandenburg, o. J., URL: https://www.brandenburg.de/media/bb1.a.3780.de/bb_monitor.pdf [eingesehen am 15.02.2019].
- Orlos, Sara:** Deutsche zweifeln: Regierung kann Probleme nicht lösen, exklusive Umfrage für t-online Nachrichten, 16.08.2018, URL: https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_84291408/umfrage-deutsche-bezweifeln-dass-die-regierung-anstehende-probleme-loesen-kann.html [eingesehen am 12.02.2018].
- O. V.:** Asylpolitik bewegt die Deutschen am meisten, in: Cicero.de, 19.07.2018, URL: <https://www.cicero.de/innenpolitik-insa-meinungstrend-Asylpolitik-CSU-Flüchtlinge> [eingesehen am 22.02.2019].
- Reeken, Dietmar v.:** Ein Land – viele Regionen? Landesbewusstsein, Landesintegration und Regionalkultur in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa / Werwath, Christian (Hg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 59–78.
- Reiser, Marion u. a.:** Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Heimat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2018, Jena 2018.

- Schlinkert, Reinhard u. a.:** Sachsen-Monitor 2017. Ergebnisbericht dimap, Bonn 2017.
- Schünemann, Wolf J. / Steiger, Stefan:** Facebook activities of parties and leading candidates in the 2017 German federal elections. Working Papier, URL: https://www.uni-hildesheim.de/wahlkampfanalyse/wp-content/uploads/2018/07/WasN-Working-Paper-1_1-en.pdf [eingesehen am 22.02.2019].
- Simonson, Julia / Vogel, Claudia / Tesch-Römer (Hg.):** Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014, Wiesbaden 2017.
- Weisbrod, Bernd:** Das 20. Jahrhundert in Niedersachsen. Eine Einführung, in: Ucker, Bernd Ulrich u. a. (Hg.): Niedersächsische Geschichte, Göttingen 1997, S. 497–510.
- Wiesendahl, Elmar:** Mitglieberparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion, Wiesbaden 2006.

Anhang: Fragebogen

Frage 1. Können Sie mir bitte sagen, in welchem Bundesland Sie wohnen?

Frage 2. Zunächst einmal: Wie wohl fühlen Sie sich in der Region, in der Sie leben?
Fühlen Sie sich:

Sehr wohl
Eher wohl
Teils/teils
Eher unwohl
Sehr unwohl
** Weiß nicht ** Keine Antwort **

Frage 3. Unabhängig von Ihrem Wohnort – Wenn Sie jetzt einmal an Ihre Freunde und guten Bekannten denken: Freunde und gute Bekannte können sehr ähnlich sein, wie man selbst oder auch sehr unterschiedlich. Wie ist es bei Ihnen? Was würden Sie sagen:

Die Mehrheit ist mir ähnlich
Die Mehrheit ist mir unähnlich
Weder das eine noch das andere
SPONTAN: Habe keine Freunde / gute Bekannte
** Weiß nicht ** Keine Antwort **

Frage 4. Wie viele Ihrer Freunde und Bekannte haben eine andere Religion oder Konfession als Sie:

Keiner
Sehr wenige
Einige
Viele
Alle
SPONTAN: kann ich nicht genau sagen
** Keine Antwort **

Frage 5. Und wie viele Ihrer Freunde und Bekannte haben eine andere Nationalität als Sie?

Keiner
Sehr wenige
Einige
Viele
Alle
SPONTAN: kann ich nicht genau sagen
** Keine Antwort **

Frage 6. Nun von Freunden und Bekannten zu Ihnen unbekannt Personen. Wenn Sie einer Ihnen unbekannt Person begegnen, die von ihrem Aussehen oder Verhalten auf Sie sehr ungewöhnlich oder fremd wirkt, was für Gefühle löst das bei Ihnen aus?

Finden Sie das eher interessant
Oder fühlen Sie sich eher gestört
SPONTAN: kommt auf die Situation an

Frage 7. Jetzt kommen wir zu Mitgliedschaften und Aktivitäten in Vereinen oder anderen Vereinigungen. Sind Sie Mitglied in kulturellen oder sportlichen Vereinen?

Ja
Nein
** Weiß nicht ** Keine Antwort **

Frage 8. Und arbeiten Sie in diesen Vereinen auch aktiv mit?

Ja
Nein
** Weiß nicht ** Keine Antwort **

Frage 9. Sind sie Mitglied in einer Gewerkschaft oder beruflichen Interessenvertretung?

Ja
Nein
** Weiß nicht ** Keine Antwort **

Frage 10. Und arbeiten Sie dort auch aktiv mit?

Ja
Nein
** Weiß nicht ** Keine Antwort **

Frage 11. Sind Sie in einer kirchlichen-religiösen oder weltanschaulichen Vereinigung oder Gemeinschaft?

Ja
Nein
** Weiß nicht ** Keine Antwort **

Frage 12. Und arbeiten Sie dort auch aktiv mit?

Ja
Nein
** Weiß nicht ** Keine Antwort **

Frage 13. Sind Sie Mitglied einer politischen Partei?

Ja
Nein
** Weiß nicht ** Keine Antwort **

Frage 14. Und arbeiten Sie dort auch aktiv mit?

Ja
Nein
** Weiß nicht ** Keine Antwort **

Frage 15. Jetzt wollen wir zu einem ganz anderen Thema kommen: Was ist aus Ihrer Perspektive zurzeit das wichtigste Problem in Deutschland, das die Politik angehen sollte?

kein Problem genannt
** Weiß nicht ** Keine Antwort **

Frage 16. Gibt es noch ein weiteres Problem, das Ihnen wichtig ist und das die Politik angehen sollte?

kein 2. Problem genannt
** Weiß nicht ** Keine Antwort **

Frage 17. Nimmt die Politik diese Probleme überhaupt wahr oder ignoriert sie sie?

Nimmt sie wahr 11 30.6 30.6
Ignoriert sie 25 69.4 69.4
** Weiß nicht ** Keine Antwort **

Frage 18. Und was meinen Sie: Kann die Politik diese Probleme überhaupt lösen?

Ja
Nein
** Weiß nicht ** Keine Antwort **

Frage 19. Wie sehr interessieren Sie sich für Politik? Interessieren Sie sich:

sehr stark
stark
mittelmäßig
wenig
oder gar nicht für Politik
** Weiß nicht ** Keine Antwort **

Frage 20. Es gibt neben dem Wählen weitere Möglichkeiten, politischen Einfluss zu nehmen, darunter auch solche, die nicht alle Bürger gutheißen. Ich lese Ihnen jetzt eine Liste mit den verschiedenen Möglichkeiten vor. Sagen Sie mir bitte mit „Ja“ oder „Nein“, ob Sie diese Möglichkeit schon genutzt haben.

Bei einer Unterschriftensammlung unterschreiben
Im Internet seine politische Meinung kundtun
An einem Volksbegehren oder Bürgerentscheid teilnehmen
An einer Demonstration teilnehmen
Sich direkt an einen Politiker oder eine Politikerin wenden
In einer Bürgerinitiative oder einem politisch tätigen Verein mitarbeiten
Bei einem Boykott mitmachen, also bestimmte Waren oder Geschäfte aus politischen Gründen meiden
Eine Demonstration politischer Gegner blockieren

Frage 21. Nun geht es noch einmal um das Internet: Haben Sie schon einmal in Internetforen oder sozialen Medien über Politik diskutiert?

Ja
Nein
** Weiß nicht ** Keine Antwort **

Frage 22. Haben Sie schon einmal einen politischen Beitrag im Internet kommentiert, z.B. über die Kommentarfunktion?

Ja
Nein
** Weiß nicht ** Keine Antwort **

Frage 23. Haben Sie sich schon einmal im Internet über Politiker beschwert?

Ja
Nein
** Weiß nicht ** Keine Antwort **

Frage 24. Glauben Sie, dass der einzelne Bürger durch seine oder ihre Aktivitäten Einfluss auf die Politik nehmen kann?

Nein, der einzelne Bürger hat keinen Einfluss auf die Politik
Ja, auch der einzelne Bürger hat einen Einfluss auf die Politik
Ja, aber das gilt nur, wenn andere Gleichgesinnte mitmachen
** Weiß nicht ** Keine Antwort **

Frage 25. Jetzt würde ich gerne wissen, ob Sie sich Situationen vorstellen können, in denen Gewalt in politischen Auseinandersetzungen gerechtfertigt ist. Meinen Sie:

Ja, Gewalt ist zur Erreichung der eigenen politischen Ziele gerechtfertigt
Ja, Gewalt ist gerechtfertigt, aber nur als Reaktion auf Gewalt der Gegenseite
Nein, Gewalt ist nie gerechtfertigt
** Weiß nicht ** Keine Antwort **

Frage 26. Viele Leute verwenden die Begriffe Links und Rechts, wenn es darum geht, unterschiedliche Einstellungen zu kennzeichnen. Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten denken, wo würden Sie diese auf einer Skala von 1 bis 11 einstufen? 1 bedeutet sehr „links“, 6 ist genau die Mitte und 11 bedeutet sehr „rechts“.

SPONTAN: kann mich nicht einordnen
SPONTAN: will mich nicht einordnen
** Weiß nicht ** Keine Antwort **

Frage 27. Haben Sie an der letzten Landtagswahl in Niedersachsen im Oktober 2017 teilgenommen?

Ja
Nein, habe ich nicht
Nein, ich war nicht wahlberechtigt
SPONTAN: Ich kann mich nicht mehr erinnern
SPONTAN: Dazu möchte ich nichts sagen
** Keine Antwort **

Frage 28. Welche Partei haben Sie damals gewählt?

CDU
SPD
FDP
Grüne/Bündnis 90
Die Linke
AfD/Alternative für Deutschland
Sonstige
SPONTAN: weiß ich nicht mehr
SPONTAN: Dazu möchte ich nichts sagen
** keine Antwort **

Frage 29. Und wenn am nächsten Sonntag in Niedersachsen Landtagswahl wäre, würden Sie sich dann voraussichtlich an der Wahl beteiligen?

Ja
Nein, habe ich nicht
Nein, ich war nicht wahlberechtigt
SPONTAN: Dazu möchte ich nichts sagen
** Keine Antwort **

Frage 30. Und welche Partei würden Sie dann wählen?

CDU
SPD
FDP
Grüne/Bündnis 90
Die Linke
AfD/Alternative für Deutschland
Sonstige
SPONTAN: Dazu möchte ich nichts sagen
weiß nicht keine Antwort **

Frage 31. Wenn Sie sich über das politische Geschehen informieren wollen, welche der folgenden Informationsquellen nutzen Sie dann? Wo informieren Sie sich über Politik?

In Tageszeitungen (gedruckt oder als ePaper)
In Zeitschriften oder Magazinen (gedruckt oder als ePaper), wie z.B. Spiegel, Focus o.ä.
Auf Seiten von Zeitungen und Zeitschriften im Internet
Im Radio
im Fernsehen
Durch persönliche Gespräche mit Freunden, Verwandten oder Kollegen
In sozialen Medien im Internet, z.B. Facebook o.ä.
weiß nicht keine Antwort **

Frage 32. Nun kommen wir zum Thema Demokratie. Wie zufrieden sind Sie allgemein mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland?

Sehr zufrieden
Eher zufrieden
Teils/ teils
Eher unzufrieden
Sehr unzufrieden
weiß nicht keine Antwort **

Frage 33. Es wird behauptet, die Demokratie hat viele Vorteile. Wenn Sie Vorteile in der Demokratie sehen, welcher ist Ihnen am wichtigsten?

Sehe keine Vorteile
weiß nicht keine Antwort **

Frage 34. Andere sagen, die Demokratie hat auch Nachteile. Wenn Sie auch Nachteile in der Demokratie sehen, welcher Nachteil ist für Sie der gravierendste?

Sehe keine Nachteile
weiß nicht keine Antwort **

Frage 35. Man kann unterschiedliche Vorstellungen davon haben, was zu einer Demokratie dazugehört. Ich nenne Ihnen jetzt eine Liste unterschiedlicher Aspekte. Sagen Sie mir bitte, ob der jeweilige Aspekt Ihrer Ansicht nach unbedingt zu einer echten Demokratie dazugehört, ob er eher zu einer Demokratie dazugehört, ob er eher nicht zu einer Demokratie dazugehört oder ob er gar nicht zu einer Demokratie dazugehört.

****weiß nicht** keine Antwort ****

Dass durch Wahlen Machtwechsel möglich sind

Gewaltenteilung, also die Trennung und Unabhängigkeit von Gesetzgebung, Regierung und Rechtsprechung

Durchführung von Volksentscheiden auf Bundesebene

Konflikte offen auszutragen

Kompromissfähigkeit bei politischen Entscheidungen

Dass im Parlament alle Bevölkerungsgruppen vertreten sind

Dass Experten über grundlegende Probleme der Gesellschaft entscheiden

Das Recht von Minderheiten, nach ihren eigenen Regeln zu leben, solange dadurch nicht die allgemeinen Grundrechte verletzt werden

Die Befolgung der Regeln einer nationalen Leitkultur

Respekt vor Andersdenkenden

Die Freiheit, jederzeit seine Meinung sagen zu können

Das Recht, als Bürger grundsätzlich selbst darüber bestimmen zu dürfen, welche persönlichen Daten man preisgibt

Chancengleichheit, also gleiche Ausgangsbedingungen für alle

Leistungsgerechtigkeit – wer mehr leistet, soll mehr bekommen

Soziale Marktwirtschaft

Solidarität – d.h. Anspruch Hilfsbedürftiger auf Fürsorge, die nicht in die Kassen des Sozialstaates eingezahlt haben

Gewaltmonopol des Staates – d.h., dass nur der Staat Gewalt anwenden darf, nicht der Einzelne

Frage 36. Ich lese Ihnen gleich einige Aussagen vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie der Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, weder zustimmen noch sie ablehnen, ob Sie diese Aussagen eher ablehnen oder sie ganz und gar ablehnen.

****weiß nicht** keine Antwort ****

Deutschland braucht eine starke Führung, an deren Vorgaben sich alle halten müssen.

Parteien und Politiker müssen sich nach den Vorgaben ihrer Wähler richten.

Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen.

Die Politiker handeln gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung.

Die Welt ist so unübersichtlich geworden, dass man gar nicht weiß, wie es weitergehen soll.

Gesetze haben Vorrang vor religiösen Vorschriften.

Die Wirtschaftsordnung in Deutschland ist im Großen und Ganzen gerecht.

Die staatlichen Behörden überwachen alle Bürger genau. Ereignisse, die auf den ersten Blick nicht miteinander in Verbindung zu stehen scheinen, sind oft das Ergebnis geheimer Aktivitäten.

Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.

Frage 37. Im Folgenden nenne ich Ihnen Einrichtungen und Gruppen, denen man vertrauen oder misstrauen kann. Sagen Sie bitte jeweils, ob Sie der Einrichtung oder Gruppe stark vertrauen, eher vertrauen, weder vertrauen noch misstrauen, eher misstrauen oder stark misstrauen.

****weiß nicht** keine Antwort ****

Den Politikern in Deutschland

Den Parteien in Deutschland

Der Bundesregierung

Der Landesregierung in Niedersachsen

Dem Bundesverfassungsgericht

Der Polizei

Dem Verfassungsschutz

Dem EU-Parlament

Den öffentlich-rechtlichen Medien im Fernsehen und Radio

Der gedruckten Tagespresse

Sozialen Medien im Internet, wie Facebook

Den Unternehmen in Deutschland

Den Gewerkschaften

Den Kirchen und Religionsgemeinschaften

Frage 38. Wenn Sie an Ihre eigene Situation denken: Wie sehen Sie Ihre eigene Zukunft im Vergleich zu heute?

Schlechter
Gleich
Besser
weiß nicht keine Antwort **

Frage 39. Wie sehen Sie die Zukunft der künftigen Generation?

Schlechter
Gleich
Besser
weiß nicht keine Antwort **

Frage 40. Kommen wir zum Thema Gerechtigkeit. Geht es in Deutschland Ihrer Meinung nach alles in allem gerecht zu? Würden Sie sagen:

Sehr gerecht
Eher gerecht
Weder besonders gerecht noch besonders ungerecht
Eher ungerecht
Sehr ungerecht
weiß nicht keine Antwort **

Frage 41. Ich möchte Sie jetzt gerne um einige generelle Einschätzungen zur niedersächsischen Bevölkerung bitten. Was glauben Sie, wie viel Prozent der Bevölkerung in Niedersachsen sind Millionäre?

weiß nicht keine Antwort **

Frage 42. Was glauben Sie, wie viel Prozent der Bevölkerung in Niedersachsen sind Muslime?

weiß nicht keine Antwort **

Frage 43. Was schätzen Sie, wie viele Flüchtlinge sind seit 2015 nach Niedersachsen gekommen?⁵⁴

weiß nicht keine Antwort **

Frage 44. Nun folgen noch ein paar Fragen zur Statistik. In welchem Jahr sind Sie geboren?

(Intervieweintrag: Geschlecht)

Frage 45. Bitte nennen Sie Ihren höchsten Schulabschluss.

ohne Haupt-/Volksschulabschluss
Volks- / Hauptschulabschluss
Mittlere Reife, Realschulabschluss, Fachschulreife
Abschluss der Polytechnischen Oberschule
(8./10. Klasse)
Fachhochschulreife, Abschluss einer Fachoberschule
Abitur, allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife
Anderer Schulabschluss
** keine Antwort **

Frage 46. Haben Sie eine Berufsausbildung oder ein Studium abgeschlossen?

Ja, Berufsausbildung
Ja, Studium
Nein
** keine Antwort **

Frage 47. Sind Sie zurzeit erwerbstätig? Unter Erwerbstätigkeit wird jede bezahlte bzw. mit einem Einkommen verbundene Tätigkeit verstanden, egal welchen zeitlichen Umfang sie hat. Sind Sie

voll erwerbstätig
teilzeitbeschäftigt
in Altersteilzeit
geringfügig erwerbstätig, in einem Mini Job, in einem „Ein-Euro-Job“ (bei Bezug von Arbeitslosengeld)
gelegentlich oder unregelmäßig beschäftigt
in einer beruflichen Ausbildung/Lehre
in Umschulung
Wehrdienst/Zivildienst/Bundesfreiwilligendienst/Freiwilliges Soziales Jahr
nicht erwerbstätig
** keine Antwort **

Frage 48. Welche berufliche Stellung trifft derzeit auf Sie zu?

Landwirt(in) bzw. Genossenschaftsbauer
Freiberufler(in)
Selbständig (Handel, Handwerk, Industrie, Dienstleistung)
Beamter, Beamtin, Richter(in), Berufssoldat(in)
Angestellte(r)
Arbeiter(in)
mithelfender Familienangehörige(r)
sonstiges
** keine Antwort **

Frage 49. Sagen Sie mir bitte, zu welcher der folgenden Gruppen Sie gehören, trifft keine dieser Gruppen auf Sie zu, sagen Sie es mir bitte auch

Schüler(in) an einer allgemein bildenden Schule
Student(in)
Rentner(in), Pensionär(in), im Vorruhestand
arbeitslos
in Mutterschafts-, Erziehungsurlaub, Elternzeit, oder sonstiger Beurlaubung
Hausfrau, Hausmann
aus anderen Gründen nicht erwerbstätig
nichts davon trifft zu
** Keine Antwort **

Frage 50. Welcher Religionsgemeinschaft gehören Sie an?

der evangelischen Kirche
einer evangelischen Freikirche
der römisch-katholischen Kirche
einer anderen christlichen Religionsgemeinschaft
einer anderen, nicht-christlichen Religionsgemeinschaft
keiner Religionsgemeinschaft
** Keine Antwort **

Frage 51. Besuchen Sie regelmäßig Veranstaltungen einer Glaubensgemeinschaft?

Ja
Nein
** Weiß nicht ** Keine Antwort **

Frage 52. Wie wichtig ist es für Sie, dass in einer Partnerschaft beide die gleiche Religion haben?

- Sehr wichtig
- Eher wichtig
- Teils wichtig/teils unwichtig
- Eher unwichtig
- Sehr unwichtig
- ** Weiß nicht ** Keine Antwort **

Frage 53. Hierzulande wird oft von der christlich-jüdischen Tradition gesprochen, die für Deutschland kennzeichnend sei. Was glauben Sie? Ist die christlich-jüdische Tradition für die Kultur in Deutschland:

- Sehr wichtig
- Eher wichtig
- Teils wichtig/teils unwichtig
- Eher unwichtig
- Sehr unwichtig
- ** Weiß nicht ** Keine Antwort **

Frage 54. Sind Sie:

- Ledig
- Verheiratet oder in eingetragener Partnerschaft und zusammenlebend
- Verheiratet oder in eingetragener Partnerschaft, aber in Trennung oder getrennt lebend
- Geschieden
- Oder verwitwet
- ** Keine Antwort **

Frage 55. Haben Sie zurzeit einen festen Partner oder eine feste Partnerin?

- Ja
- Nein
- ** Weiß nicht ** Keine Antwort **

Frage 56. Wie viele Personen leben ständig in Ihrem Haushalt, Sie selbst eingeschlossen? Denken Sie dabei bitte auch an alle im Haushalt lebenden Kinder.

Frage 57. Und wie viele Kinder unter 16 leben in Ihrem Haushalt?

Frage 58. Wie hoch ist das monatliche Nettoeinkommen Ihres Haushaltes insgesamt? Ich meine damit die Summe, die sich ergibt aus Lohn, Gehalt, Einkommen aus selbständiger Tätigkeit, Rente oder Pension, jeweils nach Abzug der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Rechnen Sie bitte auch die Einkünfte aus öffentlichen Beihilfen, Einkommen aus Vermietung, Verpachtung, Wohngeld, Kindergeld und sonstige Einkünfte hinzu.

Frage 59. Sind Sie in Deutschland geboren?

- Ja
- Nein
- ** Keine Antwort **

Frage 60. Sind Ihre Eltern oder ist ein Elternteil nicht in Deutschland geboren?

- Ja, ein Elternteil
- Ja, beide
- Nein
- ** Weiß nicht ** Keine Antwort **

Frage 61. Hat ein Elternteil bzw. haben Ihre Eltern eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit?

- Ja, ein Elternteil
- Ja, beide
- Nein
- ** Weiß nicht ** Keine Antwort **

Frage 62. Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit für diese Befragung genommen haben! Wären Sie bereit, zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal an einer telefonischen Befragung der Universität Göttingen zu einigen Inhalten aus dieser Befragung teilzunehmen?

- Ja
- Nein

Verweise

- 1 Vgl. Weisbrod, Bernd: Das 20. Jahrhundert in Niedersachsen. Eine Einführung, in: Ucker, Bernd Ulrich u. a. (Hg.): Niedersächsische Geschichte, Göttingen 1997, S. 497–510, hier S. 497.
- 2 Vgl. Reeken, Dietmar v.: Ein Land – viele Regionen? Landesbewusstsein, Landesintegration und Regionalkultur in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa / Werwath, Christian (Hg.): Politik und Regionen in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 59–78.
- 3 Vgl. Kunz, Anne: Hier wohnen die deutschen Einkommensmillionäre, in: Die Welt, 28.06.2017, URL: <https://www.welt.de/wirtschaft/article166021861/Hier-wohnen-die-deutschen-Einkommensmillionaere.html> [eingesehen am 15.02.2019].
- 4 Gensicke, Thomas: Freiwilligensurvey – Bürgerschaftliches Engagement, in: Sarcinelli, Ulrich / Falter, Jürgen W. / Mielke, Gerd / Benzer, Bodo (Hg.): Politik in Rheinland-Pfalz. Gesellschaft, Staat und Demokratie, Wiesbaden 2010, S. 75–90, hier S. 75.
- 5 Vgl. Gensicke, Thomas: Zivilgesellschaft und Freiwilliges Engagement in Nordrhein-Westfalen 1999–2004–2009, München 2011, URL: https://www.mfkjks.nrw/sites/default/files/asset/document/studie_freiwilligensurvey_nrw.pdf [eingesehen am 09.07.2017], S. 26.
- 6 Vgl. Simonson, Julia / Vogel, Claudia / Tesch-Römer (Hg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014, Wiesbaden 2017.
- 7 Vgl. hierzu insgesamt kritisch Wiesendahl, Elmar: Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion, Wiesbaden 2006.
- 8 Eigene Berechnungen mit personenbezogenem Ost-West-Gewicht.
- 9 Schlinkert, Reinhard u. a.: Sachsen-Monitor 2017. Ergebnisbericht dimap, Bonn 2017, S. 25.
- 10 Der Brandenburg-Monitor 2018 fragt: „Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“ und gibt als Möglichkeiten: sehr stark, stark und weniger stark, gar nicht an. Hierdurch fehlt eine Puffer-Mitte („mittelmäßig“), die abfedernd gegen tendenzielle Überbewertungen wirkt, weshalb es zu Verzerrungen kommen kann; vgl. Müller-Hilmer, Rita: Brandenburg-Monitor. Studie im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Brandenburg, URL: https://www.brandenburg.de/media/bb1a3780.de/bb_monitor.pdf [eingesehen am 15.02.2019], S. 32.
- 11 Damit sind die hier befragten Niedersachsen politisch deutlich engagierter als etwa in Thüringen: Dort haben sich dem Thüringen-Monitor zufolge 19 Prozent schon einmal an einen Politiker gewendet, 43 Prozent an einer Unterschriftensammlung teilgenommen, 12 Prozent schon einmal bei einer Bürgerinitiative mitgemacht und 23 Prozent haben schon einmal an einer Demonstration teilgenommen; vgl. Reiser, Marion u. a.: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Heimat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2018, Jena 2018, S. 92.
- 12 Der Anteil derjenigen, die sich im Internet über Politiker beschwert haben beträgt gut 5 Prozent (= 21 Prozent, die Internet nutzen, mal 26 Prozent davon, die sich beschwerten) – wobei auch nicht davon auszugehen ist, dass alle Beschwerden „Hate speeches“ sind.
- 13 So deuten beispielsweise erste Ergebnisse des Projekts „Wahlkampf in (a)sozialen Netzwerken“ darauf hin, dass nur wenige Vielschreiber mit einem aggressiven Soziolekt im Internet politische Themen kommentieren; vgl. hierzu Schünemann, Wolf J. / Steiger, Stefan: Facebook activities of parties and leading candidates in the 2017 German federal elections. Working Paper, URL: https://www.uni-hildesheim.de/wahlkampfanalyse/wp-content/uploads/2018/07/WasN-Working-Paper-1_1-en.pdf [eingesehen am 22.02.2019].
- 14 Zahlreiche bundesweite Umfragen aus dem Jahr 2018 deuten darauf hin, dass das Thema

- Migration für die Mehrheit der Befragten eine zentrale Rolle spielt; vgl. exemplarisch die Insa-Umfrage, durch Cicero in Auftrag gegeben: o.V.: Asylpolitik bewegt die Deutschen am meisten, in: Cicero.de, 19.07.2018, URL: <https://www.cicero.de/innenpolitik-insa-meinungstrend-Asylpolitik-CSU-Flüchtlinge> [eingesehen am 22.02.2019].
- 15 Vgl. Müller-Hilmer, Rita: Brandenburg-Monitor. Studie im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Brandenburg, URL: https://www.brandenburg.de/media/bb1a.3780.de/bb_monitor.pdf [eingesehen am 15.02.2019], S. 23.
- 16 Vgl. Schlinkert, Reinhard u. a.: Sachsen-Monitor 2017. Ergebnisbericht dimap, Bonn 2017, S. 13.
- 17 Vgl. Holtmann, Everhard / Jaeck, Tobias / Völkl, Kerstin: Sachsen-Anhalt-Monitor 2018. Polarisierung und Zusammenhalt, Halle 2018, S. 80.
- 18 Siehe Orlos, Sara: Deutsche zweifeln: Regierung kann Probleme nicht lösen, exklusive Umfrage für t-online Nachrichten, 16.08.2018, URL: https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_84291408/umfrage-deutsche-bezweifeln-dass-die-regierung-anstehende-probleme-loesen-kann.html [eingesehen am 12.02.2018].
- 19 Siehe Müller-Hilmer, Rita: Brandenburg-Monitor. Studie im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Brandenburg, URL: https://www.brandenburg.de/media/bb1a.3780.de/bb_monitor.pdf [eingesehen am 15.02.2019], S. 8.
- 20 Siehe Holtmann, Everhard / Jaeck, Tobias / Völkl, Kerstin: Sachsen-Anhalt-Monitor 2018. Polarisierung und Zusammenhalt, Halle 2018, S. 35.
- 21 Siehe Schlinkert, Reinhard u. a.: Sachsen-Monitor 2017. Ergebnisbericht dimap, Bonn 2017, S. 10.
- 22 Holtmann, Everhard / Jaeck, Tobias / Völkl, Kerstin: Sachsen-Anhalt-Monitor 2018. Polarisierung und Zusammenhalt, Halle 2018, S. 71.
- 23 Kubitzka, Michael: ARD-Umfrage Gerechtigkeit, in: Bayerischer Rundfunk, 13.11.2018, URL: <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/ard-umfrage-gerechtigkeit,R89Kipl> [eingesehen am 12.02.2019].
- 24 Siehe Reiser, Marion u. a.: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Heimat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2018, Jena 2018, S. 93 f.
- 25 Siehe Schlinkert, Reinhard u. a.: Sachsen-Monitor 2017. Ergebnisbericht dimap, Bonn 2017, S. 30.
- 26 Siehe Holtmann, Everhard / Jaeck, Tobias / Völkl, Kerstin: Sachsen-Anhalt-Monitor 2018. Polarisierung und Zusammenhalt, Halle 2018, S. 66.
- 27 Schlinkert, Reinhard u. a.: Sachsen-Monitor 2017. Ergebnisbericht dimap, Bonn 2017, S. 37.
- 28 Reiser, Marion u. a.: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Heimat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2018, Jena 2018, S. 105.
- 29 Schlinkert, Reinhard u. a.: Sachsen-Monitor 2017. Ergebnisbericht dimap, Bonn 2017, S. 36.
- 30 Vgl. Holtmann, Everhard / Jaeck, Tobias / Völkl, Kerstin: Sachsen-Anhalt-Monitor 2018. Polarisierung und Zusammenhalt, Halle 2018, S. 45.
- 31 Im Unterschied zu anderen Studien, die ausschließlich das Ausmaß an Vertrauen erfassen, haben wir Vertrauen über eine fünfstufige Skala erfasst, die am negativen Pol explizit das Gegenteil von Vertrauen, also Misstrauen, erfasst.
- 32 Siehe Reiser, Marion u. a.: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Heimat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2018, Jena 2018, S. 87.
- 33 Siehe Müller-Hilmer, Rita: Brandenburg-Monitor. Studie im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Brandenburg, URL: https://www.brandenburg.de/media/bb1a.3780.de/bb_monitor.pdf [eingesehen am 15.02.2019], S. 27.
- 34 Siehe Schlinkert, Reinhard u. a.: Sachsen-Monitor 2017. Ergebnisbericht dimap, Bonn 2017, S. 24.
- 35 Siehe Holtmann, Everhard / Jaeck, Tobias / Völkl, Kerstin: Sachsen-Anhalt-Monitor 2018. Polarisierung und Zusammenhalt, Halle 2018, S. 45.
- 36 Eine ganz ähnliche Verteilung beim Vertrauen in Politiker und Parteien zeigt sich auch in Sachsen-Anhalt; vgl. Holtmann, Everhard / Jaeck, Tobias / Völkl, Kerstin: Sachsen-Anhalt-Monitor 2018. Polarisierung und Zusammenhalt, Halle 2018, S. 45.
- 37 Vgl. Müller-Hilmer, Rita: Brandenburg-Monitor. Studie im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Brandenburg, URL: https://www.brandenburg.de/media/bb1a.3780.de/bb_monitor.pdf [eingesehen am 15.02.2019], S. 28.
- 38 Vgl. Holtmann, Everhard / Jaeck, Tobias / Völkl, Kerstin: Sachsen-Anhalt-Monitor 2018. Polarisierung und Zusammenhalt, Halle 2018, S. 45.
- 39 Vgl. Schlinkert, Reinhard u. a.: Sachsen-Monitor 2017. Ergebnisbericht dimap, Bonn 2017, S. 24.
- 40 Vgl. Müller-Hilmer, Rita: Brandenburg-Monitor. Studie im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Brandenburg, URL: https://www.brandenburg.de/media/bb1a.3780.de/bb_monitor.pdf [eingesehen am 15.02.2019], S. 28.

- 41 Vgl. Holtmann, Everhard / Jaeck, Tobias / Völkl, Kerstin: Sachsen-Anhalt-Monitor 2018. Polarisierung und Zusammenhalt, Halle 2018, S. 45; Reiser, Marion u.a.: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Heimat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2018, Jena 2018, S. 88.
- 42 Vgl. Schlinkert, Reinhard u.a.: Sachsen-Monitor 2017. Ergebnisbericht dimap, Bonn 2017, S. 24.
- 43 Vgl. ebd., S. 21.
- 44 Buchstein, Hubertus: Demokratietheorie in der Kontroverse, Baden-Baden 2009, S. 7.
- 45 Siehe Landwehr, Claudia / Faas, Thorsten / Harms, Philipp: Bröckelt der Verfahrenskonsens? Einstellungen zu politischen Entscheidungen und demokratischen Entscheidungsverfahren in Zeiten des Populismus, in: Leviathan, Jg. 45 (2017), H. 1, S. 35–54, hier S. 37.
- 46 Vgl. Schlinkert, Reinhard u.a.: Sachsen-Monitor 2017. Ergebnisbericht dimap, Bonn 2017, S. 19.
- 47 Vgl. Reiser, Marion u.a.: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Heimat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2018, Jena 2018, S. 79.
- 48 Vgl. Holtmann, Everhard / Jaeck, Tobias / Völkl, Kerstin: Sachsen-Anhalt-Monitor 2018. Polarisierung und Zusammenhalt, Halle 2018, S. 63.
- 49 Parteien sind hier nicht berücksichtigt, da sich ansonsten die Zahl zu sehr reduzierten würde.
- 50 Im Sachsen-Monitor 2017 wurde nach der Aussage gefragt: „Die Rechte der Minderheiten werden geschützt“, was für 94 Prozent sehr oder eher wichtig für die Demokratie war; vgl. Schlinkert, Reinhard u.a.: Sachsen-Monitor 2017. Ergebnisbericht dimap, Bonn 2017, S. 20.
- 51 Siehe Reiser, Marion u.a.: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Heimat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2018, Jena 2018, S. 80. Nach dem gleichen System werden im Sachsen-Monitor die Demokratie-Typen gebildet – nur, dass der Aspekt der demokratischen Verfassung noch einbezogen wird, d.h., die Antidemokraten (2 Prozent) sind weder mit der Demokratie als Idee, wie sie in der Verfassung ausgestaltet ist, noch damit, wie sie funktioniert, zufrieden. Die systemkritischen Demokraten (35 Prozent) sind immerhin mit der Demokratie als Idee ausgesöhnt, während die politikkritischen Demokraten (28 Prozent) darüber hinaus der Ausgestaltung der Demokratie in der Verfassung zustimmen. Nur die zufriedenen Demokraten (36 Prozent) sind sowohl mit der Idee, der Verfassungswirklichkeit und dem Funktionieren der Demokratie in ihrem Land zufrieden. Vgl. Schlinkert, Reinhard u.a.: Sachsen-Monitor 2017. Ergebnisbericht dimap, Bonn 2017, S. 21.
- 52 Vgl. exemplarisch Ferrín, Mónica / Kriesi, Hanspeter: How Europeans View and Evaluate Democracy, Oxford 2016; jüngst: Landwehr, Claudia / Steiner, Nils D.: Where Democrats Disagree: Citizens' Normative Conception of Democracy, in: Political Studies, Jg. 65 (2017), H. 4, S. 786–804.
- 53 Vgl. Dahl, Robert: Democracy and its Critics, New Haven 1989; Ders.: On Democracy, New Haven 2000.
- 54 Die Antworten auf diese Frage konnten nicht ausgewertet werden, da offenbar ein nicht unerheblicher Teil der Befragten nicht die Anzahl, sondern – wie in den beiden vorherigen Fragen – den Anteil der Flüchtlinge in Niedersachsen benannte.

Autorinnen und Autoren



Dr. Stine Marg, geb. 1983, ist Politikwissenschaftlerin und geschäftsführende Leiterin des Göttinger Instituts für Demokratieforschung.



Florian Finkbeiner, geb. 1988, studierte Politikwissenschaft und Soziologie. Er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung.



Prof. Dr. Steffen Kühnel, geb. 1956, Inhaber des Lehrstuhls für Quantitative Methoden der Sozialwissenschaften an der Georg-August-Universität Göttingen und dort Direktor des Methoden-Zentrums Sozialwissenschaften.



Efraxia Dermitzaki, geb. 1990, studiert Politikwissenschaft und Englische Philologie an der Georg-August-Universität in Göttingen. Sie ist studentische Hilfskraft am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Aktuell verfasst sie ihre Masterarbeit zum Thema politische Integration von Migranten in Europa.

Impressum

Herausgeberin

Forschungs- und Dokumentationsstelle
zur Analyse politischer und
religiöser Extremismen

am Institut für Demokratieforschung
Georg-August-Universität Göttingen
Weender Landstraße 14
37073 Göttingen
Tel.: +49 551 39 1701 00
Fax: +49 551 39 1701 01
E-Mail: kontakt@fodex-online.de

Ansprechpartner

NDM:

Dr. Stine Marg
stine.marg@demokratie-goettingen.de

Reihe FoDEX-Studien:

Dr. Matthias Micus
matthias.micus@demokratie-goettingen.de

Lektorat, Satz u. Gestaltung

Dr. Robert Lorenz

FoDEX

Forschungs- und Dokumentationsstelle
zur Analyse politischer und religiöser
Extremismen in Niedersachsen



Göttinger Institut für
Demokratieforschung

Nachweise

Schrift: Kanit Font, Cadson Demak [<http://cadsondemak.com/>], 2015, SIL Open Font License v1.10 [http://scripts.sil.org/cms/scripts/page.php?item_id=OFL_web]

Cover-Abbildung: Lage von Niedersachsen in Deutschland, TUBS, 2009 / CC BY-SA 3.0 / Kartenausschnitt verwendet; URL Originaldatei: https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Locator_map_Lower-Saxony_in_Germany.svg; URL Lizenz: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>

ISSN 2628-3743 FoDEX-Studie (Print)
ISSN 2628-3751 FoDEX-Studie (Online)
Göttingen, Mai 2019

WWW.FODEX-ONLINE.DE

ISSN (Print) 2628-3743

ISSN (Online) 2628-3751

FoDEx

Forschungs- und Dokumentationsstelle
zur Analyse politischer und religiöser
Extremismen in Niedersachsen

www.fodex-online.de



Göttinger Institut für
Demokratieforschung

www.demokratie-goettingen.de